



Vom Grossen Stadtrat
genehmigt am
28. Januar 2016

Protokoll

Nr. 42

über die Verhandlungen
des Grossen Stadtrates von Luzern
Donnerstag, 22. Oktober 2015, 8.15–18.00 Uhr
im Rathaus am Kornmarkt

Vorsitz:

Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann

Präsenz:

Anwesend sind 44–47 Ratsmitglieder.

Entschuldigt:

Jules Gut (den ganzen Tag),
Korintha Bärtsch (ab 17.00 Uhr),
Lisa Zanolla-Kronenberg (ab 17.00 Uhr),
Michael Zeier-Rast (ab 17.40 Uhr)

Der Stadtrat ist vollzählig erschienen.
Sozialdirektor Martin Merki ist ab 17.30 Uhr entschul-
digt.

| Verhandlungsgegenstände | Seite |
|---|--|
| 1. Mitteilungen der Ratspräsidentin | 4 |
| 2. Genehmigung des Protokolls 40 vom 3. September 2015 | 4 |
| 3.1 Bericht und Antrag 24/2015 vom 19. August 2015: Haushalt im Gleichgewicht | 4 |
| 3.2 Dringlicher Bevölkerungsantrag 290, Luzia Bachmann, Urs Cattani, Jeremias Duss, Janine Felder, Rachel Gaudenz, Urs Häner, Judith Kronenberg-Kalber- matten, Josef Moser, Marco Müller und Anna Paydar namens der Antragstel- lenden, vom 14. September 2015: Hände weg! Kein Sparen auf Kosten unserer Kinder! | 21 |
| 3.3 Bericht 25/2015 vom 19. August 2015: Evaluation der Quartier- und Stadtteilpolitik | 33 |
| 3.4 Bericht und Antrag 21/2015 vom 19. August 2015: Finanzierung Velodienste der Stadt Luzern 2016–2020 | 59 |
| 4. Bericht und Antrag 23/2015 vom 19. August 2015: Gesamtplanung 2016–2020 | aus Zeitgründen auf die nächste Rats- sitzung verschoben |

| | | |
|-----|---|---|
| 5. | Bericht und Antrag 22/2015 vom 19. August 2015: Voranschlag 2016 | 86 |
| 6.1 | Dringliches Postulat 280, Simon Roth und Mario Stübi namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 30. Juni 2015: Verzicht auf Plakat-Rabatte für politische Parteien | 99 |
| 6.2 | Dringliche Motion 289, Peter With namens der SVP-Fraktion, Simon Roth namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Laurin Murer namens der G/JG-Fraktion, vom 14. September 2015: Plakatstandorte für Parteien vor Wahlen und Abstimmungen | 102 |
| 7. | Motion 221, Urban Frye und Laurin Murer namens der G/JG-Fraktion, vom 18. September 2014: Vereinbarkeit von Familie und Beruf | Alle Traktanden ab Traktandum 7 wurden aus Zeit- gründen auf die nächste Ratssit- zung verschoben. |
| 8. | Motion 222, Urban Frye und Ali R. Celik namens der G/JG-Fraktion, vom 18. September 2014: Abgangsentschädigungen | |
| 9. | Postulat 253, Nico van der Heiden, Luzia Vetterli und Theres Vinatzer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 12. März 2015: Ausbau des Vaterschaftsurlaubs | |
| 10. | Postulat 254, Luzia Vetterli, Nico van der Heiden und Judith Dörflinger Muff namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 12. März 2015: Gesetzlicher Anspruch auf Teilzeitbeschäftigung bei Elternschaft | |
| 11. | Postulat 256, Theres Vinatzer und Martina Akermann namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 19. März 2015: Bei Bauvorhaben Generationenthematik berücksichtigen | |
| 12. | Motion 258, Daniel Furrer und Simon Roth namens der SP/JUSO- Fraktion, vom 23. März 2015: Mehr Transparenz bei externen Fachkräften/Beratern in der Stadt- verwaltung | |
| 13. | Interpellation 260, Albert Schwarzenbach namens der CVP-Fraktion, vom 1. April 2015: Was bewirkt die „Mall of Switzerland“? | |
| 14. | Interpellation 263, Max Bühler namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 20. April 2015: Gewerbevielfalt in der Luzerner Altstadt | |
| 15. | Postulat 261, Noëlle Bucher und Laurin Murer namens der G/JG- Fraktion, vom 7. April 2015: Massnahmen zur Steigerung der Stimm- und Wahlbeteiligung in der Stadt Luzern | |

16. Interpellation 267, Albert Schwarzenbach namens der CVP-Fraktion, vom 12. Mai 2015:
Neue VBL-Leitstelle eine Chance für das Mobilitätsmanagement?

Eingänge

1. Einladung zur 42. Sitzung des Grossen Stadtrates von Luzern vom 22. Oktober 2015
2. Einladung 38 Baukommission vom 15. Oktober 2015
3. Einladung 34 Geschäftsprüfungskommission vom 29. Oktober 2015
4. Protokoll 37 Baukommission vom 10. September 2015
5. Protokoll 25 Sozialkommission vom 10. September 2015
6. Protokoll 33 Geschäftsprüfungskommission vom 17. September 2015
7. Bericht und Antrag 27/2015 vom 16. September 2015: „Luzern Tourismus. Leistungsvereinbarung Luzern Tourismus AG 2016 bis 2020“
8. Bericht und Antrag 28/2015 vom 16. September 2015: „Änderung Kurtaxenreglement (Teilrevision)“
9. Bericht und Antrag 29/2015 vom 23. September 2015: „Pensionskasse Stadt Luzern (PKSL). Teilrevision Finanzierungsreglement. Sicherstellung der langfristigen finanziellen Stabilität“
10. Postulat 292, Luzia Vetterli, Simon Roth und Nico van der Heiden namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 22. September 2015: „Flüchtlingshilfe“
11. Motion 293, Urban Frye namens der G/JG-Fraktion, vom 24. September 2015: „Einführung des Öffentlichkeitsprinzips“
12. Interpellation 294, Nico van der Heiden und Mario Stübi namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 25. September 2015: „Rechtes Reussufer endlich als attraktiven Fussweg aufwerten?“
13. Stellungnahme zur Motion 258, Daniel Furrer und Simon Roth namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 23. März 2015: „Mehr Transparenz bei externen Fachkräften/Beratern in der Stadtverwaltung“
14. Antwort auf die Interpellation 260, Albert Schwarzenbach namens der CVP-Fraktion, vom 1. April 2015: „Was bewirkt die ‚Mall of Switzerland‘?“
15. Stellungnahme zum Postulat 261, Noëlle Bucher und Laurin Murer namens der G/JG-Fraktion, vom 7. April 2015: „Massnahmen zur Steigerung der Stimm- und Wahlbeteiligung in der Stadt Luzern“
16. Antwort auf die Interpellation 263, Max Bühler namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 20. April 2015: „Gewerbevielfalt in der Luzerner Altstadt“
17. Antwort auf die Interpellation 267, Albert Schwarzenbach namens der CVP-Fraktion, vom 12. Mai 2015: „Neue VBL-Leitstelle eine Chance für das Mobilitätsmanagement?“
18. Stellungnahme zur Dringlichen Motion 289, Peter With namens der SVP-Fraktion, Simon Roth namens der SP/JUSO-Fraktion und Laurin Murer namens der G/JG-Fraktion, vom 14. September 2015: „Plakatstandorte für Parteien vor Wahlen und Abstimmungen“

19. Stellungnahme zum Dringlichen Bevölkerungsantrag 290, Luzia Bachmann, Urs Cattani, Jeremias Duss, Janine Felder, Rachel Gaudenz, Urs Häner, Judith Kronenberg-Kalbermatten, Josef Moser, Marco Müller und Anna Paydar namens der Antragstellenden, vom 14. September 2015: „Hände weg! Kein Sparen auf Kosten unserer Kinder!“

Beratung der Traktanden

1. Mitteilungen der Ratspräsidentin

Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann begrüsst alle zur 42. Sitzung des Grossen Stadtrates und gibt die Entschuldigungen bekannt (siehe Seite 1).

Sie weist darauf hin, dass am Abend im Anschluss an die Sitzung im Restaurant „Zum wilden Mann“ der Info-Apéro zum Thema gemeinnütziger Wohnungsbau stattfinden wird.

Sie gratuliert Peter Krummenacher nachträglich zum 50. Geburtstag, den er am 7. Oktober feierte.

2. Genehmigung des Protokolls 40 vom 3. September 2015

Das Protokoll 40 vom 3. September 2015 wird genehmigt.

3.1 Bericht und Antrag 24/2015 vom 19. August 2015: Haushalt im Gleichgewicht

Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann: Den Fraktionschefinnen und Fraktionschefs wurde vorgängig zur Sitzung mitgeteilt, wie die Traktanden 3.1 bis 3.4 verhandelt werden. Als Erstes wird die Eintretensdebatte zum B+A Haushalt im Gleichgewicht geführt. Wenn der Grosse Stadtrat auf den B+A eingetreten ist, wird vor der Detailberatung der Bevölkerungsantrag 290 behandelt.

EINTRETEN

GPK-Präsidentin Luzia Vetterli: Die Geschäftsprüfungskommission des Grossen Stadtrates hat an ihrer Sitzung vom 17. September 2015 sowohl das Spar- und Massnahmenpaket Haushalt im Gleichgewicht als auch den Voranschlag 2016 und die Gesamtplanung 2016–2020 beraten. Mit HiG plant der Stadtrat, 14 Mio. Franken einzusparen, und hat dafür 83 Massnahmen erarbeitet. Am meisten zu reden gab erwartungsgemäss der besonders umstrittene Abbau bei der Integrativen Förderung, bei Deutsch als Zweitsprache, bei der Quartierarbeit sowie bei der Reinigung und dem Unterhalt von Schulhäusern. Änderungen zum Voranschlag und zum HiG beschloss die GPK in folgenden Punkten:

- Die Schulleitungspensen werden nicht wie geplant um 10 % gekürzt.
- Die Cargebühren werden im Gegensatz zum Vorschlag des Stadtrates noch weiter erhöht.
- Die Prüfungsvorbereitung für Aufnahmeprüfungen weiterführender Schulen soll nicht gestrichen werden.

Die GPK hat zusammen mit dem HiG auch den Voranschlag 2016 beraten und verabschiedet, wobei dieser mit 6 : 5 Stimmen gutgeheissen wurde, weil die linke Kommissionsminderheit das Budget infolge einiger der eben erwähnten umstrittenen HiG-Kürzungen ablehnte. Zu den einzelnen Massnahmen wird sich die Sprechende jeweils äussern, wenn sie an der Reihe sind.

Katharina Hubacher: Das städtische Budget – das wird man heute noch ein paar Mal zu hören bekommen – umfasst 610 Mio. Franken. Davon sind 560 Mio. Franken gebundene Ausgaben. Es sind also Ausgaben, welche durch Gesetze des Bundes und des Kantons festgelegt werden. Es bleiben somit noch 50 Mio. Franken, welche die Leistungen betreffen, die die Stadt selber festlegt. Davon sollen jetzt sage und schreibe 14 Mio. Franken, also rund ein Drittel, weggespart werden. Die Stadt verliert einen Drittel ihres gesamten Spielraums.

Eine andere Zahl, die der G/JG-Fraktion in diesem B+A zu denken gibt, ist die, dass 46 Vollzeitstellen abgebaut werden. Dass man darüber den Titel „Haushalt im Gleichgewicht“ setzt, scheint der Sprechenden ein bisschen zynisch. Der Stadtrat schreibt in diesem B+A, die Werte wie Gemeinschaft, Solidarität, Vielfalt, Qualität, Chancengleichheit würden nicht gefährdet. Woher er diese Gewissheit nimmt, steht aber nirgends. Die G/JG-Fraktion ist jedoch überzeugt, dass die Qualität und die Chancengleichheit mit diesen Massnahmen massiv tangiert werden. Die Schweiz befindet sich nicht in einer Wirtschaftskrise. Die Zinsen sind tief, die Arbeitslosigkeit ist tief. Und trotzdem ist die Stadt ständig am Sparen. Das hier ist das fünfte Sparpaket in Folge. Die Sprechende denkt, wenn man bei der Stadt arbeitet, kann man das Wort „Sparen“ in der Zwischenzeit wohl kaum mehr hören. Klar kann man auch sagen, Sparvorgaben können kreative Prozesse anstossen und zu ungewöhnlichen und spannenden Lösungen führen. Wenn aber Sparmassnahme auf Sparmassnahme folgt, geht Kreativität verloren oder wird vielleicht nur noch eingesetzt, um die nächste Sparmassnahme zu umgehen. Das ist kaum eine gute Arbeitssituation. Die aktuelle Politik des Stadtrates ist aus Sicht der G/JG-Fraktion rein finanzpolitisch motiviert. Statt sich mit Leistungen und Aufgaben zu befassen, die die Stadt zum Nutzen der Bevölkerung leisten muss oder soll, werden immer Leistungen abgebaut. Die Sprechende wiederholt: Ein Drittel der frei bestimmbaren Leistungen werden jetzt mit diesem B+A abgebaut. Die Konsequenzen für die Bewohnerinnen und Bewohner, für die Schülerinnen und Schüler, die Gäste und das Personal werden in der Beschreibung nach Ansicht der G/JG-Fraktion massiv heruntergespielt und schöngeredet. Ein paar Beispiele: Vor ein paar Jahren wurde die Quartierarbeit aufgebaut und neu strukturiert, weil der Stadtrat und eine Mehrheit dieses Parlaments zur Erkenntnis standen, gestärkte Quartiere würden dazu führen, dass das Zusammenleben in dieser Stadt attraktiver und lebenswerter wird und Kinder schnell und unkompliziert gut gefördert und integriert werden können. Trotzdem soll jetzt die Quartierarbeit, obschon sie noch nicht einmal fertig aufgebaut ist, wieder um- und abgebaut werden, schlicht und einfach weil gespart werden muss. Das Gleiche ist bei der Integrativen Förderung der Fall: Die Erkenntnis, dass es nicht zum Ziel führt, wenn man Kinder, die Lernrückstände, Lernschwierigkeiten, Lernblockaden usw. haben, separiert fördert, hat dazu geführt, dass die Kleinklassen abgeschafft wurden. Die sogenannte Integrative Förde-

rung wurde eingeführt. Das bedeutet, dass zusätzliche Lehrpersonen in der Klasse mitarbeiten und diese Kinder zusätzlich fördern und unterstützen, damit sie ihre Defizite aufholen können. Dieses Vorgehen hat bisher zu guten Resultaten geführt. Wenn jetzt also bei der IF abgebaut werden soll, geschieht das nicht, weil man zur Einsicht kam, es brauche sie gar nicht, die Klassen würden das allein schaffen oder die Lehrpersonen seien in der Lage, das allein zu leisten, sondern der Abbau wird vorgenommen, weil man sparen muss. Zusammengefasst kann man sagen: Nicht inhaltliche Erkenntnisse, nicht gesellschaftliche Veränderungen führen zu diesen Massnahmen, sondern rein die finanzpolitische Sicht. Diese verkürzte und gefährliche Politik in dieser Stadt – aber man wird es heute auch vom Kanton her hören – ist die G/JG-Fraktion nicht mehr gewillt mitzutragen. Von bürgerlicher Seite wird immer gesagt, man dürfe der nächsten Generation keine Schulden hinterlassen. Wenn man ihr aber eine Stadt übergibt, wo die Kinder nicht adäquat gefördert und nicht adäquat betreut wurden, dann übergibt man ihr eine Hypothek, die abzutragen viel schwieriger und viel langwieriger sein wird als ein Häufchen Schulden. Zu den einzelnen Massnahmen wird sich die G/JG-Fraktion im Detail äussern. Sie hofft immer noch, dass heute in diesem Rat die Vernunft einzieht. Die Stadt braucht nicht 14 Mio. Franken zu sparen. Gemäss der Berechnung des Stadtrates würden auch 11 Mio. Franken genügen, um eine ausgeglichene Rechnung zu erhalten. Das bedeutet also, dass die Stadt auf Vorrat spart, um schwarze Zahlen zu erreichen. Wenn es dem Grossen Stadtrat heute gelingt, diese Sparmassnahmen so zu reduzieren, dass die Stadt nicht auf Vorrat spart, dann ist auch die G/JG-Fraktion bereit, wenn auch mit einem tiefen Seufzer, das Sparpaket mitzutragen. Andernfalls, das hat die Fraktion bereits öffentlich angekündigt, wird sie das so nicht mittragen.

Sonja Döbeli Stirnemann: Der B+A 24 ist wohl der wichtigste B+A in dieser Legislatur, schliesslich geht es um ein Paket, das die städtischen Finanzen nachhaltig und wiederkehrend um 11 Mio. Franken entlastet.

Das Projekt Haushalt im Gleichgewicht wurde nach Ansicht der FDP-Fraktion sehr gut und sorgfältig erarbeitet. Das Parlament wurde bereits im Voraus in den vorberatenden Kommissionen in die Diskussionen einbezogen und konnte korrigierend einwirken.

Die Parameter des Stadtrates, nach denen die Ziele erarbeitet wurden, kann die FDP-Fraktion unterstützen, z. B. dass das Paket ausgeglichen und die Umsetzung sozialverträglich sein soll, und dass auch trotz Sparen die Ziele der Gesamtplanung nicht torpediert werden.

Im Gegensatz zum letzten Sparpaket wurden die Sparvorschläge mit externen Projektberichten untermauert. Diese Berichte haben ein sehr hohes Sparpotenzial aufgezeigt, wovon der Stadtrat im vorliegenden B+A nur einen Teil umsetzt, sodass ein Sparpotenzial von über 6 Mio. Franken jährlich wiederkehrend nicht ausgeschöpft wird.

So liegt z. B. bei der Volksschule ein Sparpotenzial von 7,6 Mio. Franken vor, und selbst dann wäre die Stadt noch auf dem Niveau der kantonalen Vorschriften. Eine adäquate Bildung kann auch bei einem Abbau von 7,6 Mio. Franken noch gewährleistet werden. Der Stadtrat berücksichtigt jedoch nur 4,3 Mio. Franken. Von einem Kahlschlag bei der Schule zu sprechen ist hier nicht angezeigt. Schliesslich wird die Stadt auch in Zukunft pro Jahr 3,3 Mio. Franken mehr Geld ausgeben, als die Experten – die Sprechende betont: es sind Experten – des Kantons empfehlen. Die FDP-Fraktion steht hinter einer starken Schule. Diese ist zentral. Daher wird die Fraktion nicht fordern, das volle Sparpotenzial auszuschöpfen, sondern ist mit dem

vorliegenden Kompromiss einverstanden. Denn die Stadt kann und soll sich eine bessere Schule, eine bessere Bildung für ihre Kinder leisten.

Natürlich ist es nicht populär, bei der Schule zu sparen. Die Sprechende versteht auch die Gegner, die Eltern, die sich Sorgen um die Qualität der Schule machen. Doch das Sparpaket, das die Schule betrifft, hätte es gar nie geben dürfen. In den letzten Jahren sind jedoch die Kosten aus dem Ruder gelaufen. Das Controlling war mangelhaft. Jetzt, mit der externen Analyse, wurde das Überborden aufgedeckt und kann nun wieder korrigiert werden. Eine Korrektur, die offensichtlich ist.

Die FDP-Fraktion hat die 83 Massnahmen intensiv diskutiert. Einige Massnahmen waren einfach, z. B. jene, die bloss Planannahmen korrigierten oder Entscheide des Kantons nachvollzogen. Andere wurden bei der FDP-Fraktion intensiv diskutiert. Am Ende aller Diskussionen stand der Entscheid, dass die FDP-Fraktion auf den B+A eintreten wird. Die Massnahmen sind ihrer Ansicht nach gut und seriös erarbeitet. Sie wird das Paket nicht aufschneiden. Denn wenn man damit anfängt, hat es kein Ende.

Unter der Prämisse, dass die FDP-Fraktion keine Steuererhöhung wünscht und die Zitrone der Stadt offensichtlich nicht ausgedrückt ist, wird die Fraktion zustimmen. Das Ziel, die Stabilisierung des Finanzhaushalts, wird erreicht.

Trotzdem muss man sich vor Augen halten, dass ab 2020 weitere Massnahmen notwendig sein werden, da man von steigenden Kosten in der Pflege und der Sozialhilfe ausgehen muss. Hier gilt es für den Stadtrat, vorausschauend zu handeln, damit das Schiff Stadt Luzern auch nach 2020 auf Kurs bleibt. Die FDP-Fraktion sieht daher in diesem B+A auf keinen Fall Sparen auf Vorrat.

Albert Schwarzenbach: Die Stadt spart 14 Mio. Franken, nicht weil sie will, sondern weil sie muss. Die Kosten für Bildung und Soziales rennen davon, die Steuereinnahmen bleiben unter den Erwartungen. Sparen tut immer weh, es gibt Betroffene, es gibt Härtefälle, es gibt viel Opposition, es gibt gegnerische Komitees, es gibt Demonstrationen. Sparen macht keine Freude. Das merkt man spätestens dann, wenn man mit einer Frau spricht, die ihr Kleinpensum bei der Reinigung verlieren wird. Aber wenn eine Schweizer Exportfirma merkt, dass aufgrund des starken Frankens die Margen zusammenbrechen, dann muss sie handeln. Das macht sie, wie man täglich sieht: längere Arbeitszeiten, Personalabbau in Raten, effizientere Abläufe, Auslagerung in Billigländer. Wenn sie es nicht macht, gerät sie schnell in grosse Not, und damit auch ihre Arbeitsplätze. In der Stadt wäre es auch so. Darum das Projekt Haushalt im Gleichgewicht, darum der ganze Prozess auf dem Weg zum Sparen. Was hier vorliegt, ist für die CVP-Fraktion vertretbar. Der Stadtrat hat Prioritäten gesetzt. Natürlich macht der CVP-Fraktion nicht jede von diesen Massnahmen Freude. Sie kann gut nachvollziehen, dass die Reduktion von Lektionen bei der Integrativen Förderung für die Lehrerinnen und Lehrer schwierig sein kann. Sie kann gut verstehen, dass der Abbau bei den Velodiensten nicht gerade ein Beitrag zur Veloförderung ist, und dass weitere Sparmassnahmen beim Liegenschaftsunterhalt auf Dauer kein Konzept sind. Aber man muss das Gesamtpaket anschauen: Jede einzelne Massnahme, welche der Grosse Stadtrat streichen würde, muss man irgendwann wieder kompensieren. Die CVP-Fraktion hat länger über die Vorschläge der SP/JUSO-Fraktion diskutiert, welche ihr zugestellt wurden, aber sie kam dann doch zum Schluss, dass die Stadt konsequent sparen muss. Darum wird sich die CVP-Fraktion den Anträgen der Fachkommissionen anschliessen.

Die Fraktion hat sich gefragt: Muss es denn so viel sein, muss es eigentlich ein Sparen auf Vorrat sein? Dazu hat der Stadtrat eine Antwort geliefert, er hat gesagt, es gebe erfahrungsgemäss einen Umsetzungsverlust von 10 %, und für das, was dann noch übrig bleibt, sehe er auch bereits neue Wünsche, neue Bedürfnisse, die ab 2017 anfallen, vor allem im Sozialbereich. Die CVP-Fraktion will vermeiden, dass es im nächsten oder übernächsten Jahr noch einmal ein Sparpaket braucht, weil die Reserven der Stadt in Bälde wieder aufgebraucht sind. Wenn der Grosse Stadtrat dem Bevölkerungsantrag zustimmen würde, rutschen das Ergebnis 2016 und die Ergebnisse der Planjahre ins Minus. Wenn man dazu Ja sagt, dann lebt man wirklich auf Kosten der Zukunft. Heute veröffentlicht der Kanton Luzern den Voranschlag und die Finanz- und Aufgabenplanung. Da wird wahrscheinlich noch etwas auf die Stadt zukommen, und darum bleibt die CVP-Fraktion in unsicheren Zeiten lieber auf der sicheren Seite. Natürlich kann man Fragen stellen; man kann sich fragen: Warum wurde nicht in den Büros der Verwaltung gespart, sondern draussen bei den Leuten? Man kann die Frage stellen: Muss die Stadt all das, was sie heute macht, auch künftig selber machen? Stichwort Outsourcing, Auslagerung von Aufgaben. Man kann sich die Frage stellen: Warum gibt es bei der Kultur keine ernsthaften Bemühungen, weiteres Sparpotenzial zu finden? Das vermisst die CVP-Fraktion. Die Kultur darf keine geschützte Werkstatt sein. Die CVP-Fraktion wird sich in der Detailberatung zu einzelnen Massnahmen äussern. Letztlich geht es der Fraktion aber, das will der Sprechende noch einmal festhalten, um das Gesamtpaket, von welchem sie keine Abstriche machen will.

Zu drei Themenbereichen einleitend noch zwei, drei Sätze:

- Zur Bildungspolitik: Die CVP-Fraktion sieht, dass dieser Abbau von Vollzeitstellen in der Volksschule markant ist, vor allem wenn er einen Bereich betrifft, der für die Stadt Luzern wichtiger ist als z. B. für Menznau, nämlich das Angebot Deutsch als Zweitsprache. Aber die Stadt nähert sich den kantonalen Vorgaben an, und auch die Vorortsgemeinden mit ihren hohen Ausländeranteilen müssen sich an diesen orientieren. Die Vorschläge kommen ja aus der Bildungsdirektion, und die Chefin der Volksschule, welche die Situation im Detail kennt, hat gesagt, sie habe das Gefühl, die Umsetzung sei machbar. Grössere Lerngruppen sind aus Sicht des Sprechenden auch nicht a priori negativ.
- Zur Quartierarbeit: Die CVP-Fraktion hat sich im Frühling im Verlauf dieses Prozesses mit Nachdruck dafür ausgesprochen, dass der Projektpool bleibt, und sie hat auch gesagt, es müsse eine Lösung geben für die flächendeckende Quartierarbeit. Die Fraktion hat den früheren B+A mit Engagement mitgetragen. Jetzt liegt ein Kompromiss vor. Der Projektpool bleibt, aber er wird auf den Betrag gekürzt, den es braucht. Die Quartierarbeit bleibt flächendeckend, allerdings ohne einen eigenen Quartiertreffpunkt Tribschen/Langensand/Schönbühl, mit einer neuen Einteilung der Kreise. Dieses Quartier wird ja schon heute aus einem Nachbarquartier versorgt. Wenn die Stadt darauf verzichtet, diesen Treffpunkt einzurichten, verzichtet sie auf etwas, was es noch nicht gibt. Die Stadt muss sparen, und dazu müssen eben auch Bereiche beitragen, die den Mitgliedern des Grossen Stadtrates nahe sind. Wie die Sozialdirektion versichert, ist der betroffene Quartierverein mit diesem Vorgehen einverstanden.
- Zur SIP: Die CVP-Fraktion hat schon lange gefordert, dass die Absprache mit der Polizei besser werden muss. Mit dem Projekt „CityPlus“ ist das erfüllt. Das ist genau im Sinn der Fraktion. Sie hat die SIP immer als Sozialarbeit und nicht als Polizeieinsatz verstanden.

Auf die Fragen und Vorschläge, welche die CVP-Fraktion im Frühling deponiert hat, ging der Stadtrat weitgehend ein. Den Prozess findet die Fraktion sinnvoll, und sie würdigt das Engagement aller Beteiligten, speziell der Finanzdirektion.

Die Stadt Luzern ist kein Einzelfall. So zeigt eine Umfrage des schweizerischen Städteverbands, dass fast die Hälfte der Kommunen, die sich daran beteiligten, Sparmassnahmen im tiefen zweistelligen Millionenbereich planen. In der Deutschschweiz muss die Hälfte der beteiligten Städte diesen Weg gehen. Bei 80 % sind Steuererhöhungen ein Tabu. Als Begründung für die Sparmassnahmen zeigte sich in der Umfrage unter den Kommunen immer daselbe: die Bereiche Soziales, Bildung und Gesundheit werden immer teurer, die Steuereinnahmen sind zu wenig hoch. Die Stadt Luzern war mit dem guten Rechnungsabschluss 2014 in der schweizerischen Politlandschaft ein Ausnahmefall. Bei der langfristigen Finanzperspektive ist sie es aber nicht. Sparen müssen fast alle. Die Stadt muss diesen Weg konsequent gehen, auch wenn er steinig ist. Sie handelt heute, damit sie morgen wieder einen finanziellen Spielraum hat, gerade für Anliegen im Bildungs- und im Sozialbereich, die ihr wichtig sind. Die CVP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und wird ihr zustimmen.

Simon Roth: Während der Grosse Stadtrat hier über das städtische Budget spricht, wird auf der anderen Seite der Reuss das kantonale Budget für das Jahr 2016 vorgestellt. Da gewisse Regierungsräte in der schweizweit tiefsten Unternehmensgewinnsteuer die eigentliche Existenzberechtigung für den Kanton Luzern sehen, werden dort munter Leistungen abgebaut, Gebühren erhöht oder eine international anerkannte Bildungseinrichtung geschlossen. Was darüber hinaus noch alles aus dem kantonalen Budget auf die Stadt zukommen wird, kann man wohl heute Mittag erfahren.

Die Stadt weiss deshalb bis jetzt nicht, was für Auswirkungen das kantonale Kahlschlagprojekt auf sie hat. Auf jeden Fall wissen die Mitglieder des Grossen Stadtrates das nicht. Die Massnahmen aus den beiden vergangenen Sparprojekten mit dem Titel „Leistungen und Strukturen“ haben bei der Stadt zu Entlastungen in Millionenhöhe geführt – ob die Stadt diese wollte oder nicht. Es ist sehr wohl möglich, dass es auch jetzt wieder so sein wird. Wenn der Grosse Stadtrat also heute das Budget beschliesst, dann geschieht das zwar nicht gerade im Blindflug, aber doch in ziemlich dichtem Nebel. Klare Sicht wird man Ende November / Anfang Dezember haben, wenn die kantonale Budgetdebatte vorbei ist. Aus diesen Gründen scheint es der SP/JUSO-Fraktion richtig, heute den B+A HiG und das Budget zu sistieren und an der Dezemberratssitzung zu behandeln. Die Fraktion wird diesen Antrag aber nicht stellen, weil ihr natürlich auch bewusst ist, dass dann der budgetlose Zustand im Falle eines Referendums doch sehr lange dauern würde. Trotzdem fordert die Fraktion den Stadtrat auf, sich Gedanken dazu zu machen, wie man in kommenden Jahren das Budget dann behandeln könnte, wenn man auch wirklich weiss, was die Rahmenbedingungen sind.

Die SP/JUSO-Fraktion hat im Vorfeld der heutigen Debatte allen Fraktionen einen Kompromissvorschlag unterbreitet. Dieser sieht vor, das städtische Sparpaket um 2 Mio. Franken auf insgesamt 12 Mio. Franken zu reduzieren. Die Fraktion wäre damit bereit, Massnahmen mitzutragen, die ihr wehtun. Sie glaubt und hofft, dass es so möglich ist, einen für alle Parteien gangbaren Weg zu finden.

Diese Reduktion um 2 Mio. Franken ist völlig problemlos finanzierbar. Denn der Stadtrat rechnet für das Jahr 2019 mit einem negativen Rechnungsergebnis von knapp 10 Mio. Franken. Aus diesem Grund sieht er sich gezwungen, jährlich 11 Millionen einzusparen. Der Um-

fang der jetzt vorgeschlagenen Massnahmen beträgt 14 Millionen. Das sind 3 Millionen mehr, als nach stadträtlicher Finanzplanung notwendig sind.

In den vergangenen zwölf Jahren hat die Stadt zudem durchschnittlich um 6,5 Mio. Franken zu pessimistisch budgetiert – in den letzten vier Jahren waren es sogar 8,5 Mio. Franken, wenn man die Differenz zwischen Rohergebnis und Budget betrachtet. Es geht hier nicht darum zu sagen, der Stadtrat tue das in böswilliger Absicht. Schliesslich liegt es in der Natur der Sache, dass man lieber positive statt negative Botschaften überbringt, und entsprechend wird auch vorsichtig budgetiert. Es zeigt aber auch, dass die Zukunft womöglich nicht ganz so düster ist, wie sie in der Finanzplanung gezeichnet wird. An dieser Stelle würde es den Sprechenden natürlich interessieren, vom Finanzdirektor zu hören, ob es bereits Prognosen für das Rechnungsergebnis des Jahres 2015 gibt.

Ein Beispiel, wie eine tendenziell zu pessimistische Berechnung zustande kommt, ist eben auch das kantonale Sparpaket Leistungen und Strukturen: Von den möglichen 4 Mio. Franken Entlastungen wurden lediglich 1,5 Mio. in die städtische Finanzplanung eingerechnet. Als Mitglied des Kantonsrats weiss aber auch Stadtpräsident Stefan Roth, dass die Wahrscheinlichkeit, dass die meisten der vorgesehenen Massnahmen auch tatsächlich umgesetzt werden, relativ hoch ist.

Was der Sprechende damit zeigen wollte, ist Folgendes: Niemand in diesem Parlament kann ernsthaft behaupten, die Stadt habe für die von der SP/JUSO-Fraktion vorgeschlagene Reduktion von 2 Mio. auf 12 Mio. Franken keinen Handlungsspielraum. Es ist schlicht und einfach eine politische Frage, ob man diesen nutzen will oder nicht. Die SP/JUSO-Fraktion ist der Meinung, dass die Mitglieder des Grossen Stadtrates die Verantwortung haben, ihn zu nutzen. Die Bevölkerung erwartet das von ihnen – und sie erwartet es zu Recht. Das zeigen der Bevölkerungsantrag, der Brief des Kinderparlaments, die Stellungnahmen von Quartiervereinen, der Lehrerschaft usw.

Wer meint, es genüge, die kantonalen Minimalvorgaben einzuhalten, weil sie sicher pädagogisch vertretbar seien, der sollte in den letzten Wochen mitbekommen haben, dass Pädagogik für den Kanton nicht gerade das Mass aller Dinge ist. Der Sprechende ist der Ansicht, die Stadt täte gut daran, sich positiv vom Kanton abzuheben.

Wenn man schon nicht bereit ist, über einzelne Massnahmen zu diskutieren, dann soll man doch so ehrlich sein und sagen: Die IF-Lektionen sind ihr Geld nicht wert. Dann soll man doch sagen: Die Quartierarbeit ist heute überdimensioniert. Dann soll man doch sagen: Hinterlassen wir den kommenden Generationen eine spannende Herausforderung, indem wir den Gebäudeunterhalt reduzieren. Die Frage lautet nicht, ob die Stadt es sich leisten kann oder nicht, sondern ob sie es sich leisten will oder nicht.

Zu sagen, man wolle das vom Stadtrat vorgeschlagene Sparpaket nicht aufknüpfen, bedeutet schlicht und einfach, dass man sich nicht traut, Stellung zu beziehen, sondern sich lieber hinter dem Rücken des Stadtrates versteckt. Das mag zwar bequem sein, mehr ist es aber auch nicht.

Die SP/JUSO-Fraktion wird auf den B+A eintreten.

Peter With: Der Bericht und Antrag Haushalt im Gleichgewicht ist nicht zuletzt auch ein Ergebnis des Vorstosses der SVP-Fraktion, die verlangte, dass es bis 2017 keine Steuererhöhung mehr geben darf, und zwar ohne Neuverschuldung, sondern eben durch die Umsetzung eines Massnahmenpakets. Der Sprechende gibt Katharina Hubacher so weit recht, dass das Mass-

nahmenpaket finanzpolitisch gelenkt ist. Das ist aber überall so, nicht nur im städtischen Haushalt. Alle müssen auch im eigenen Haushalt einfach schauen, dass sie sich nur die Sachen leisten, für die sie auch das Geld haben, und dass sie sich nicht verschulden. Oder man muss überlegen, wie man sonst irgendwie Geld auftreiben könnte. Den Steuerfuss kann die Stadt nicht beliebig erhöhen. In den Massnahmen – diese Beobachtung ist richtig – sind Reserven eingerechnet. Die Reserven braucht es aber, denn auch der Kanton spart, und man weiss ja, in welche Richtung das Sparen beim Kanton oft geht, nämlich zulasten der Gemeinden. Es ist also zu erwarten, dass die Stadt Luzern in Zukunft wieder Leistungen vom Kanton übernehmen muss. Darum braucht es den Handlungsspielraum aufgrund der Reserven. Auf der anderen Seite zeigen die Finanzplanzahlen, wie man sie bereits heute einsetzen kann, dass es bis 2020 zwar nicht schlecht aussieht, aber die Stadt nachher schon wieder langsam in Richtung rote Zahlen schlittert. Deshalb ist es sinnvoll, jetzt Reserven einzubauen, damit man nicht alle Jahre wieder mit einem neuen Massnahmenpaket kommen muss.

Die SVP-Fraktion schätzt es sehr, dass man dieses Mal ein externes Gutachten erstellen liess. Bisher war es ja so, dass die Direktionen selber nach Sparmassnahmen gesucht haben. Sie haben dann manchmal Leistungen gleich komplett abgebaut, was zu grossen Diskussionen führte; die Anwesenden werden sich wohl an die letzte Steuererhöhungsdiskussion erinnern. Das war dieses Mal anders: man ging überall über die Bücher, man hat detailliert verglichen und geschaut, wo die Stadt Luzern welche Leistungen anbietet und wie das aussieht im Vergleich mit anderen Gemeinden im Kanton oder mit anderen Städten, die ähnliche Verhältnisse haben wie die Stadt Luzern.

Es ergab sich ein Massnahmenpaket, mit welchem Leistungen reduziert, aber eben nicht komplett abgebaut werden. Das ist aus Sicht der SVP-Fraktion sehr wichtig. Es kann nicht sein, dass man wie das letzte Mal einfach an einzelnen Orten eine ganze Bibliothek schliesst, sondern man muss überall versuchen, Sparpotenzial zu finden. Viele Massnahmen, die hier aufgelistet sind, hat die SVP-Fraktion schon seit Jahren gefordert und auch entsprechende Vorstösse eingereicht. Leider kam sie damit nie durch, und darum freut es sie natürlich umso mehr, dass jetzt diese Themen trotzdem wieder aufgenommen wurden.

Die Stadt Luzern bietet sehr viele Leistungen an. Wenn man über die Grenzen der Stadt hinausschaut, stellt man fest, dass viele dieser Leistungen in anderen Gemeinden gar nicht angeboten werden, und einige Leistungen auch auf einem viel tieferen Niveau als in der Stadt Luzern. Trotz des Abbaus und auch trotz der Massnahmen, die im Bevölkerungsantrag diskutiert werden, ist die Stadt Luzern verglichen mit dem Rest des Kantons immer noch auf einem sehr hohen Niveau.

Grundsätzlich unterstützt die SVP-Fraktion das Massnahmenpaket. Allerdings stören sie einzelne Abschwächungen, die in der Geschäftsprüfungskommission gemacht wurden. Da wird die Fraktion dementsprechend Anträge stellen, damit man das Massnahmenpaket so umsetzt, wie es ursprünglich vom Stadtrat geplant war. Die SVP-Fraktion ist für Eintreten und wird dem Bericht und Antrag zustimmen.

Laura Kopp: Seit gut fünf Jahren kämpft die Stadt Luzern mit einem strukturellen Defizit. Dieses kam aufgrund verschiedener Faktoren zustande. In seinem Bericht und Antrag zählt der Stadtrat unter anderem die neue Pflegefinanzierung, die kantonale Steuergesetzrevision und die städtische Steuerfussenkung als Faktoren auf. Mit verschiedenen Sparmassnahmen und Entlastungsprogrammen hat man seither versucht, das strukturelle Defizit zu beseitigen.

Gleichzeitig hat man aber 2011 auch gewisse Aufgaben noch weiter ausgebaut. Bis zum heutigen Tag war es also noch nicht vollumfänglich und vor allem nicht nachhaltig möglich, das strukturelle Defizit zu bekämpfen. Und genau hierin liegt die Herausforderung und das Problem beim Umgang mit derartigen Defiziten. Sie sind nicht das Resultat von konjunkturellen Schwankungen und auch nicht einfach abbaubar. Bei Unternehmen sind die strukturellen Defizite dafür verantwortlich, dass z. B. die Produktion ins Ausland verlagert wird. Konjunkturelle Schwankungen, so sagte der Chef von Rieter am Dienstag in der Tagesschau, können mit anderen Massnahmen, wie z. B. Kurzarbeit, aufgefangen werden. Ein öffentliches Gemeinwesen muss andere Wege einschlagen. Entweder sorgt es über eine Steuererhöhung für mehr Einnahmen, oder es setzt mit Kürzungen auf der Ausgabenseite an. Der Stadtrat hat vom Grossen Stadtrat den Auftrag erhalten, für eine nachhaltige Steuerpolitik zu sorgen. Mit dem Projekt Haushalt im Gleichgewicht und dem nun vorliegenden B+A wird dieser Auftrag erfüllt. Der Stadtrat schlägt ein Bündel von Massnahmen vor, welches den Staatshaushalt um insgesamt 14 Mio. Franken entlastet. 1,5 Mio. Franken davon ergeben sich aus dem kantonalen Projekt Leistungen und Strukturen II. Eine Entlastung um weitere 2,7 Mio. Franken ergibt sich aufgrund von 30 Massnahmen zur Effizienzsteigerung, Kostenabwälzung oder durch Ertragssteigerungen. Der effektive Sparbeitrag aufgrund von Verzicht oder Reduktionen beträgt also noch 9,9 Mio. Franken und setzt sich aus 53 Massnahmen zusammen. In diesen knapp 10 Mio. Franken hat es auch noch kosmetische Korrekturen, z. B. Anpassung der Budgetzahlen aufgrund der bisherigen Erfahrungen. Aus Sicht der GLP-Fraktion ist es deshalb völlig falsch, von einem Kahlschlag oder von einem unnötigen, überrissenen Sparen auf Vorrat zu sprechen. Der Stadtrat hat sein Möglichstes getan, um den Sparauftrag des Grossen Stadtrats so verträglich wie möglich umzusetzen. Das heisst aber nicht, dass die Massnahmen nicht wehtun. Sparen ist nie einfach und kostet immer auch gewisse Opfer. Besonders schmerzhaft und auch emotional sind natürlich die Massnahmen im Sozial- oder im Bildungsbereich. Deshalb erstaunt es die GLP-Fraktion nicht, dass der Bevölkerungsantrag in derart kurzer Zeit so viele Unterschriften zusammenbrachte. Wenn man jetzt aber einzelne Massnahmen streicht, schreibt die Stadt jedes Jahr wieder tiefer rote Zahlen und das strukturelle Defizit wächst weiter. Ein Verzicht auf einzelne Massnahmen ist aus Sicht der GLP-Fraktion deshalb unverantwortlich und sicher langfristig schädlicher, als wenn man jetzt an diesem Massnahmenpaket festhält. Natürlich sind die Diskussionen um einzelne Massnahmen nicht ganz spurlos an der GLP-Fraktion vorbeigegangen. Sie hat intensiv über den Bevölkerungsantrag und die Vorschläge der SP/JUSO-Fraktion diskutiert. Sie wird deshalb im Detail zur Quartierarbeit zwei Protokollbemerkungen beantragen. Aber grundsätzlich hält die GLP-Fraktion am vorliegenden Paket fest. Das Herauslösen einzelner Massnahmen würde die Stadt in eine labile Finanzlage bringen und könnte zu einem tieferen Rating führen, was dann auch die Schuldenlasten erhöht, weil die Stadt schlechtere Zinsen erhalten würde. Die GLP-Fraktion tritt auf den B+A ein und stimmt ihm zu.

Franziska Bitzi Staub muss für das Protokoll etwas zu den finanzrechtlichen Begriffen „gebunden“ und „frei bestimmbar“ richtigstellen, weil diese von Katharina Hubacher in ihrem Eintretensvotum so falsch strapaziert wurden.

Diese Definitionen beziehen sich auf die einzelne Ausgabe. Ein Beispiel: Bei einem Strassenbauprojekt ist die Belagssanierung gebunden, denn sie muss gemacht werden. Aber ein zu-

sätzlicher Velostreifen, den es vorher nicht gab, ist frei bestimmbar. „Gebunden“ und „frei bestimmbar“ beziehen sich immer auf ein Projekt.

Die budgetmässige Gebundenheit ist etwas völlig anderes. Es gibt auch eine Bundesgerichtsrechtsprechung dazu. Zu allem, was im Budget als budgetmässig gebunden eingestellt ist, gibt es irgendwo Beschlüsse. Aber auf diese Beschlüsse kann man sehr wohl zurückkommen. Das ist nicht eine Gebundenheit, wie sie die Bundesgerichtsrechtsprechung hat. Darum hat die Stadt sehr viel mehr Spielraum, als es Katharina Hubacher darstellte. Diese Begriffe darf man nicht für das Budget brauchen, weil sie sich nicht auf Aufwand beziehen, sondern auf einzelne Ausgaben.

Katharina Hubacher dankt Franziska Bitzi Staub für die Berichtigung. Sie hat diese Aussagen aus einer Erklärung des Stadtrates übernommen, wo er das so dargestellt hat.

Die Sprechende ist schockiert über das, was sie hier in der Debatte gehört hat. Die Verträglichkeit der Sparmassnahmen wird im Parlament einmal mehr einfach heruntergespielt, und hochgehalten wird das Päckli, das der Stadtrat geschnürt hat. Man versteckt sich hinter diesem Päckli und will, wie der Sprecher der SP/JUSO-Fraktion es vorhin sagte, keine Verantwortung übernehmen. Die Mitglieder des Grossen Stadtrates sind doch da, um ihre Politik zu machen, um die einzelnen Massnahmen wirklich anzuschauen und zu überlegen, welche Auswirkungen sie haben. Es geht doch nicht, dass man einfach sagt, man wolle jetzt dieses Päckli zusammen lassen, es sei ja gut geschnürt, man solle es jetzt einfach umsetzen und nicht lange überlegen, was für Auswirkungen die einzelnen Massnahmen auf die Stadt und die Bevölkerung haben, und vor allem auf die Kinder, die hier in die Schule gehen. Die Sprechende ist bass erstaunt über diese Expertengläubigkeit, die hier an den Tag gelegt wird, und dass die kantonalen Vorgaben so hochgehalten werden. Man wusste immer, dass die kantonalen Vorgaben Minimalvorgaben sind, die zwingend umgesetzt werden müssen, aber dass es nirgends heisst, dass sie schlussendlich wirklich für alle Kommunen die richtige Lösung darstellen. Die Mitglieder des Grossen Stadtrates müssen sich doch von der Stadt her überlegen, welche Ressourcen es für die städtische Schule braucht, damit die Stadt eine gute, hoch qualifizierte Schule anbieten kann. Das sind die Überlegungen, die sich der Grosse Stadtrat machen muss. Jetzt werden aber von einigen Fraktionen diese Vorgaben einfach als hoch und heilig hochgehalten. Die Stadt ist auch kein KMU, sie muss anders überlegen. Luzern ist eine Stadt, von welcher die Bevölkerung Leistungen erwartet und Leistungen zugut hat. Die Mitglieder des Grossen Stadtrates müssen sich überlegen, wie diese Leistungen der Stadt aufrechterhalten werden können. Es braucht eine andere Art, mit Finanzen umzugehen, als in einem KMU. Diesen Vergleich hält die Sprechende wirklich nicht für zielführend.

Sonja Döbeli Stirnemann muss eine Replik auf das Votum von Katharina Hubacher machen. Die GPK hat bereits im Frühling gefühlte zehn Stunden über dieses Päckli gesprochen, als es noch nicht geschnürt war. Die Fraktionen haben nachher stundenlang darüber diskutiert. Wohl niemand will jetzt hier im Rat noch einmal zehn Stunden darüber diskutieren. Die vorberatenden Kommissionen haben ihre Arbeit gemacht, und nachher wurde das Päckli geschnürt. Die FDP-Fraktion ist dafür, dass es ausgeglichen ist und alle einen Beitrag leisten müssen. Es ist doch einfach unfair, dass diejenigen, die sich vielleicht nicht so wehren können und keine Erfahrung mit Lobbying haben, jedes Mal unter den Teppich kommen, während die anderen, die sich organisieren können, jedes Mal verschont bleiben.

Zu den kantonalen Vorgaben kann vielleicht Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst noch etwas sagen. Die Sprechende weiss nicht, woher die linke Ratshälfte ihre Behauptung nimmt, es seien Minimalvorgaben. Woher nehmen sie dieses „minimal“? Der FDP-Fraktion wurde erklärt, dass es im Kanton dazu sehr viele Experten gibt. Diese haben das eingeschätzt; sie wissen, wie viele Leute, wie viel IF und wie viele Zusatzstunden es braucht, und haben es entsprechend definiert. Das „minimal“ ist irgendwie eine linke SP-Idee, die Sprechende weiss nicht, woher das kommt. Der FDP-Fraktion wurde zuverlässig versichert, die Vorgaben seien richtig, mit ihnen lasse sich eine gute Schule machen. Schliesslich will auch der Kanton gescheitete Kinder haben. Die Stadt gibt sogar noch ein bisschen mehr dazu, und die FDP-Fraktion unterstützt das auch. Die Stadt ist ein bisschen wohlhabender als vielleicht eine Landgemeinde wie Menznau und kann sich ein bisschen mehr leisten. Aber woher dieses „Minimum“ kommt, möchte die Sprechende einfach einmal geklärt haben.

Christian Hochstrasser kann diese Frage von Sonja Döbeli Stirnemann nicht beantworten, aber er will zu einem anderen Thema noch kurz etwas sagen, das Katharina Hubacher schon angetönt hat. Der Sprechende hat es jetzt heute Morgen erlebt, wie die Mitglieder des Grossen Stadtrates versuchen, einander die Verantwortung zuzuschieben. Der Ausgangspunkt – um die Sache historisch kurz aufzurollen – ist ein Postulat der SVP-Fraktion, welches die Mehrheit dieses Rates überwiesen hat. Damit hat der Rat verlangt, dass es keine weitere Verschuldung und bis 2017 keine weitere Steuererhöhung gibt. Der Stadtrat hat, wie es das Postulat verlangte, diese Massnahmenliste vorgelegt und betont, dass er einen Auftrag des Parlaments erfülle. Weil es keine weitere Verschuldung geben darf, hat der Stadtrat das Sparpaket entsprechend grosszügig gestaltet: 14 Mio. Franken. Während der Stadtrat betont, dass er einen Auftrag des Parlaments erfülle, sagt das Parlament jetzt, das sei ein Päckli des Stadtrates, das es nicht aufschnüren wolle. Eine der wichtigsten Aufgaben des Grossen Stadtrates ist die Verabschiedung des Voranschlags mit allen einzelnen Positionen. Dafür ist das Parlament hauptsächlich zuständig. In den Gemeinden draussen muss das an den Gemeindeversammlungen gemacht werden. Wenn die Mitglieder des Grossen Stadtrates jetzt über die einzelnen Massnahmen nicht sachlich – es geht eben nicht nur um eine finanzpolitische, sondern um eine sachliche Diskussion – diskutieren wollen, erfüllen sie ihre Aufgabe nicht.

Zum Verhältnis von sachlich und finanzpolitisch: Peter With hat gesagt, alles werde finanzpolitisch gelenkt, und das sei auch richtig so. Man muss sich aber bewusst sein, dass es auch privat durchaus Gründe gibt, Investitionen zu tätigen, auch wenn man vielleicht im Moment die nötigen Mittel dazu nicht hat. Eine Verschuldung ist nicht per se immer negativ. Finanzpolitisch bringt es nichts, wenn man versucht, z. B. beim Gebäudeunterhalt weniger zu investieren. Irgendeinmal kommen diese Kosten wieder. Wenn die Stadt hier Geld ausgibt, ist das eine Investition, die ihren Wert behält. Wenn man in Quartierarbeit, Deutsch als Zweitsprache und Integrative Förderung investiert, ist das eine gesellschaftliche Investition, die gesellschaftlich letztlich ihren Wert hat.

Sonja Döbeli Stirnemann hat gefordert, dass alle einen Beitrag leisten müssten. Geht es wirklich darum, dass alle irgendwo einen Beitrag leisten, um zu sparen? Sonst hat der Grosse Stadtrat in der Regel jeweils geschaut, welche Aufgaben die Stadt hat, wie sie diese Aufgaben erfüllt, was die beste Variante wäre, wie es finanziell aussieht. Dann hat er eine optimale Entscheidung in der einzelnen Sachposition gefällt. So war es z. B. mehrmals bei der Quartierarbeit, und auch die Bevölkerung hat ihr beim letzten Sparpaket zugestimmt. Jetzt aber

schaut der Grosse Stadtrat die Fragen nicht sachlich an und überlegt nicht, was die beste Variante bei der Quartierarbeit, für die Schule, beim Gebäudeunterhalt ist, sondern offenbar schaut er das alles heute nur finanzpolitisch an, rein von der finanziellen Seite her, und er achtet darauf, dass alle irgendwo einen Beitrag leisten. So streicht man überall gewisse Beiträge, damit sich am Schluss ein ausgeglichenes Budget ergibt. Wenn man privat so haushalten würde, wäre das nach Ansicht des Sprechenden nicht verantwortungsbewusst.

Peter With will auf dieses Votum eine Replik geben. Er hat jetzt zweimal gehört, die Mitglieder des Grossen Stadtrates seien nicht bereit, Verantwortung zu übernehmen. Dem muss er widersprechen. Die SVP-Fraktion steht hinter diesen Massnahmen, sie hat sie einzeln über Wochen geprüft und diskutiert; sie ist bereit, Verantwortung zu übernehmen, indem sie diese Massnahmen überweisen wird. Es entstand jetzt auch der Eindruck, der Stadtrat sei vom Parlament gezwungen worden, dieses Massnahmenpaket zu erarbeiten, weil ja die bürgerliche Mehrheit das Postulat der SVP-Fraktion überwiesen hat. Das ist natürlich nicht so, denn die Mitglieder des Grossen Stadtrates werden sich erinnern, dass der Stadtrat bereit war, das Postulat entgegenzunehmen. Es ist also nicht so, dass der Stadtrat jetzt nicht hinter dem Massnahmenpaket stehen könnte, sondern er hat im Gegenteil eben auch gesehen, dass solche Massnahmen notwendig sind.

Wenn die Ratslinke über einzelne Massnahmen diskutieren will, so ist die SVP-Fraktion bereit, das zu tun. Die Sitzung wird einfach länger dauern. Die SVP-Fraktion hat ihre Gründe, weshalb sie bei jeder einzelnen Massnahme Ja stimmt, und sie wird diese Gründe, falls das gewünscht wird, auch gern kundtun.

Stefan Sägesser will auch kurz auf den Vorwurf von Christian Hochstrasser erwidern. Er ist der Ansicht, dass man, wenn man schon eine differenzierte Auseinandersetzung über Haushalt im Gleichgewicht möchte, auch differenziert argumentieren sollte. Das ist so nicht passiert. Der Pauschalvorwurf von Christian Hochstrasser, die Mehrheit der Mitglieder des Grossen Stadtrates interessiere sich nicht und sie würden die Verantwortung abschieben, stimmt so nicht. Die Fraktionen haben mehr als genug über die Sparmassnahmen diskutiert. Der Sprechende ist auch gern bereit, heute im Detail noch einmal zu diskutieren. Aber dieser pauschale Vorwurf ist so nicht haltbar.

René Meier will die Frage von Sonja Döbeli Stirnemann beantworten: Im B+A Haushalt im Gleichgewicht steht auf Seite 25: „Die Minimalvorschriften des Kantons sind primär auf kleinere Gemeinden ausgerichtet und berücksichtigen keine erhöhten Kosten aufgrund spezieller Gegebenheiten und Voraussetzungen.“ Das ist also nicht eine Erfindung der SP/JUSO-Fraktion, sondern steht in diesem Bericht.

Der Sprechende weist noch auf die Leitsätze der Stadt in der Gesamtplanung hin: Beim Leitsatz Gesellschaft steht, dass die Stadt ein qualitativ hochstehendes und vielfältiges Bildungsangebot anstreben will. Das ist nicht auf die minimalen Vorschriften des Kantons ausgerichtet.

Stadtpräsident Stefan Roth: Die Rechnung 2014 hat erstmals nach vier Jahren positiv abgeschlossen. Auch das Budget 2015 sieht einen positiven Abschluss vor, und in den kommenden Planjahren erwartet der Stadtrat ebenfalls mindestens eine ausgeglichene Rechnung. Dass das

nicht selbstverständlich ist, zeigen die in den letzten Tagen publizierten Voranschläge, z. B. auch diejenigen der umliegenden Gemeinden. Die Stadt kann diese positive Botschaft nur aussenden, weil sich Verwaltung und Stadtrat sehr angestrengt haben. Der Stadtrat erfüllt damit auch die Forderung des vom Parlament überwiesenen Vorstosses nach ausgeglichenen Rechnungen, die man ohne Zunahme der Neuverschuldung erreichen muss. Der Stadtrat hat ein Paket mit zirka 80 Massnahmen geschnürt. Er ist sich dabei wie bei jedem Sparpaket seiner politischen Verantwortung bewusst. Er hat sich sehr intensiv, in diesem Jahr besonders intensiv mit der Ausgangslage auseinandergesetzt. Durch die Sparmassnahmen werden Leistungen und Standards reduziert. Sparen, ein Sparpaket schnüren macht keinen Spass. Aber es ist die Aufgabe einer Exekutive, sicherzustellen, dass alle drei Nachhaltigkeitsdimensionen, also Gesellschaft, Ökologie und Finanzen, ausgewogen sind. Nötig wurden diese über 80 Massnahmen, weil der Finanzhaushalt der Stadt in drei Bereichen massgeblich belastet ist: Erstens fallen durch die Abschaffung der Liegenschaftsteuer 5 Mio. Franken aus. Zweitens steigen die Ausgaben der Stadt, ohne dass sie etwas dagegen tun kann. Die Fallzahlen der wirtschaftlichen Sozialhilfe steigen ungebremst; sie werden auch im Jahr 2015 über dem Budget liegen und sind damit auch bereits über dem Voranschlag 2016. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler steigt. Das ist familienpolitisch erfreulich, aber belastet die Stadt finanziell. Drittens hat die wirtschaftliche Situation das Wachstum der Steuereinnahmen gebremst. Aus diesem Grund musste man die Wachstumsannahmen bei den Einnahmen erheblich zurücknehmen. Diese drei Gründe sind nicht kurzfristige Phänomene, und es wäre verantwortungslos, wenn der Stadtrat nicht darauf reagieren würde. Der Stadtrat hat reagiert, er will den Finanzhaushalt der Stadt ins Gleichgewicht bringen, damit sich die Stadt in Zukunft den übrigen Zielen der Gesamtplanung zuwenden kann.

Die über 80 Massnahmen verteilen sich auf alle Bereiche. Die Volksschule trägt mit der Reduktion von Zusatzlektionen bei Deutsch als Zweitsprache oder bei der Integrativen Förderung massgeblich dazu bei. Dem Stadtrat war aber wichtig, dass die pädagogischen Vorgaben und die Ziele immer noch erreicht werden können und den speziellen Herausforderungen, welche die Stadt Luzern hat, nach wie vor Rechnung getragen wird. Deshalb liegt die Stadt in gewissen Bereichen über der Mindestvorgabe des Kantons. Es gibt aber auch Massnahmen in diesem Paket, die eine Ertragssteigerung zur Folge haben. Es ist also kein reines Sparpaket, sondern ein Entlastungspaket. So werden z. B. in Zukunft die Angehörigen und nicht mehr die Allgemeinheit die Kremationskosten tragen; die Carparkierungsgebühr wird verdoppelt und aus den Plakatverträgen ergeben sich Mehreinnahmen.

Das Massnahmenpaket ist notwendig, und es ist in den Augen des Stadtrates ausgewogen. Es war dem Stadtrat ein grosses Anliegen, bei diesem Massnahmenpaket sozialverträglich vorzugehen. Die Sozialpartner wurden schon beim Start eingebunden und auf den Weg mitgenommen, sie können diese Massnahmen nachvollziehen. Der Stadtrat liess sich auch vom Beginn des Prozesses an dadurch leiten, dass das Massnahmenpaket das Selbstverständnis der Stadt Luzern nicht gefährdet. Es lässt dem Stadtrat auch in Zukunft den nötigen Spielraum, dass er die prioritären Handlungsfelder der Gesamtplanung, also die Bereiche Wohnen, Mobilität, Wirtschaft, Arbeitsplätze, weiter vorantreiben kann.

Finanzpolitik ist anspruchsvoll. Finanzpolitik lebt auch vom sogenannten Unvorhersehbaren. Es gibt Sondererträge und unerwartete Ausgaben, welche die Herausforderung in der Finanzpolitik darstellen. Bei der Finanzpolitik stützt sich der Stadtrat auf Erfahrungswerte ab, auf Strukturveränderungen, auf Konjunkturprognosen. Er stützt sich auch, sofern das auf der

Zeitachse möglich ist, auf die kantonalen Budgetangaben ab. Für die Finanzpolitik braucht es ein unterjähriges Controlling, aufgrund dessen der Stadtrat die Finanzplanung rollend justieren kann. Bereits heute weiss man aufgrund der Hochrechnungen, dass die Stadt für die Planjahre 2017–2020 mit Mehrbelastungen von zirka 1,2–1,5 Mio. Franken zu rechnen hat. Das ist z. B. auf den Bereich Kinder Jugend Familie zurückzuführen, auf zusätzliche Ressourcen infolge Mandatswachstum, auf AHIZ für Heimbewohnende, ambulante Pflegerestkosten, stationäre Pflegerestkosten und WSH. Dadurch sind die im Projekt Haushalt im Gleichgewicht vorgesehenen 1,8 Mio. Franken für Risikopositionen aus solchen exogenen Kosten- und Ertragsentwicklungen heraus planerisch zu einem grossen Teil bereits verwendet.

Der Sprechende hat der GPK aufgezeigt, wie die effektiven Abweichungen der Jahresrechnungen 2011–2014 aussahen. Die Abweichungen sind geringer als 1 % und somit nach Ansicht des Stadtrates als sehr zuverlässig einzuschätzen. Es fand auch ein Paradigmenwechsel statt, indem der Stadtrat bei den Einnahmen gegenüber den Planungen in den Jahren 2000 bis 2010 viel mehr ans Maximum gegangen ist. Von einer systematisch pessimistischen Budgetierung kann also nicht gesprochen werden. Es liegt in der Natur der Sache, dass es in den Finanzplanannahmen auch Ausreisser nach oben und nach unten gibt. Die positiven Ausreisser in der Rechnungslegung gegenüber dem Budget braucht die Stadt, um unterjährig bewilligte Sonderkredite zu kompensieren. Das unterjährige Controlling als Teil der Finanzplanung, das der Stadtrat zweimal im Jahr durchführt, dient auch der Hochrechnung im Blick auf den Jahresabschluss. Der Sprechende kann festhalten, dass die prognostizierte Hochrechnung per Ende 2015 positiv beeinflusst wird durch einmalige ausserordentliche Effekte und die vorzeitige Umsetzung von Massnahmen aus dem Projekt HiG im Umfang von zirka 1,65 Mio. Franken, wie es auch im B+A dargestellt ist. Die prognostizierten ordentlichen Steuern und die prognostizierten Nachträge der natürlichen Personen liegen unter Budget. Hingegen gibt es Zusatzerträge bei der Grundstückgewinnsteuer in der Höhe von 2 Mio. Franken und bei der Erbschaftssteuer von 4 Mio. Franken. Es ist nicht voraussehbar, wann jemand stirbt und welchen Stand sein Vermögen dann hat. Es ist auch nicht klar, wann z. B. die Veranlagung der Erbschaftssteuer stattfindet. Ohne die genannten drei Effekte würde die Rechnung 2015 plus/minus auf der Höhe des Budgets 2015 abschliessen. Der Stadtrat hat sich wegen dieser einmaligen Effekte sehr intensiv mit der Hochrechnung 2015 auseinandergesetzt und kommt zur Erkenntnis, dass sich daraus keine Auswirkungen auf das Budget 2016 und auch nicht auf die Finanzplanung 2016–2019 ergeben, und somit auch keine Auswirkungen für HiG feststellbar sind. Das unterjährige Controlling wird auch dazu genutzt, um die Prognosen zu plausibilisieren und allenfalls anzupassen. Das hat der Stadtrat im vorliegenden Fall besonders intensiv getan. Wenn Überschüsse erzielt werden sollten, so wird man sie, wie der Sprechende schon in der GPK dargelegt hat, dazu benützen, um Vorfinanzierungen für den Nachholbedarf bei den Schulliegenschaften zu tätigen.

Der Stadtrat ist überzeugt, dass trotz der Umsetzung der Massnahmen der Gesamtstandard der städtischen Dienstleistungen auf einem guten Niveau gehalten werden kann. Schwerpunkte werden dort gesetzt, wo durch Entwicklungen und kantonale Vorgaben das Angebot eingeschränkt werden kann, ohne – und das ist dem Stadtrat wichtig – ohne die Gesamtqualität zu schmälern. Der Stadtrat zeigt mit dem vorliegenden Massnahmenpaket und der Finanzplanung 2016–2020, dass der Finanzhaushalt im Gleichgewicht gehalten werden kann, sofern keine weiteren exogenen Faktoren Auswirkungen auf die Rechnung der Stadt haben. Mit den exogenen Faktoren ist auch das kantonale Sparpaket gemeint. Der Sprechende hat gestern

Abend zum ersten Mal gesehen, was der Kanton heute um 10 Uhr präsentieren wird. Wie die Auswirkungen auf die Stadt Luzern und auf die Kommunen aussehen, wird dann die detaillierte Analyse zeigen. Auswirkungen auf die städtische Rechnungslegung hat auch das Paket Leistungen und Strukturen II. Was davon gesichert ist, wurde in den Massnahmen von Haushalt im Gleichgewicht eingerechnet.

Die Stadt kann jeweils nicht auf die Budgetvorgaben des Kantons warten, denn der Kanton befindet ja erst im Dezember über das Budget, und der Budgetprozess der Stadt beginnt viel früher.

Der Sprechende bittet die Mitglieder des Grossen Stadtrates, auf den B+A Haushalt im Gleichgewicht einzutreten.

Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst wurde aufgefordert, etwas zu den Wörtern Minimalvorgaben und Mindestvorgabe zu sagen. Der Stadtrat hatte den Auftrag, das Sparpaket zu schnüren. Um die Zahlen der Stadt Luzern zu analysieren, hat man nicht nur die Vorgaben des Kantons angeschaut, sondern auch ein externes Unternehmen beigezogen. Im Zusammenhang mit den Vorgaben des Kantons hat man auch den Vergleich mit anderen Gemeinden gemacht. Es hat niemand gesagt, auch im Stadtrat nicht, diese Einsparungen im Bereich der Volksschule seien eine besondere Leistung oder etwas ganz Tolles. Die Sprechende hält aber fest, dass der Stadtrat diese Einsparungen nicht unverantwortlich oder kurzfristig gemacht hat. Gegen einen solchen Vorwurf wehrt sie sich in aller Form auch stellvertretend für ihre Fachleute in der Schulführung. Diese Massnahmen wurden sorgfältig erarbeitet. Jetzt wurde die Frage aufgeworfen, was die Minimalvorgaben bedeuten. Wenn der Kanton Vorgaben macht, ist es nicht so, dass dann jede Gemeinde automatisch das Angebot noch erhöhen müsste. Die Sprechende wollte auch wissen, was die Minimalvorgaben bedeuten, und hat explizit diese Rückfrage schon vor Monaten gestellt. Die Auskunft, die sie vom Kanton erhalten hat, lautet: Minimalvorgaben bedeuten, dass mit diesen Vorgaben eine gute Schule möglich sein muss. Natürlich haben einzelne Gemeinden dann noch zusätzliche Herausforderungen, die einen aufgrund der Anzahl der fremdsprachigen Kindern, die anderen aufgrund der Finanzen oder wegen besonderer sozialen Situationen oder auch topografischer Situationen, dass die Kinder z. B. weit weg wohnen. Die Stadt Luzern verfügt im Vergleich mit allen anderen Gemeinden, auch im Vergleich mit den Agglomerationsgemeinden, über ein sehr gutes Angebot, und sie wird auch weiterhin ein sehr gutes Angebot haben. Der Stadtrat hat sich auch entschieden, im Bereich Volksschule nicht das ganze Sparpotenzial von 7,6 Mio. Franken auszuschöpfen; die Stadt investiert immer noch mehr in diesem Bereich, als sie gemäss der kantonalen Vorgaben investieren müsste, denn es ist wichtig, dass der Hauptort dieses Kantons vorangeht und in gewissen Bereichen mehr tut.

Das Thema Deutsch als Zweitsprache hat die Stadt schon vor dem Sparpaket intensiv mit dem Kanton diskutiert, denn sie hatte aufgrund einer erst vor zirka zwei Jahren erfolgten Verordnungsänderung wirklich explizit mehr Stunden. Alle paar Jahre findet die Schulevaluation der Stadt durch den Kanton statt, und auch dort hat man gesagt, dass die Stadt die Stunden, die sie für IF und DaZ hat, ein bisschen gezielter einsetzen soll. Es gilt hier also nicht das Giesskannenprinzip, sondern es gibt eben Schulhäuser, wo der Bedarf höher, und solche, wo er geringer ist.

Es ist tatsächlich so, dass die Stadt nun bei DaZ auf die Vorgaben des Kantons zurückgeht. Bei der Integrativen Förderung hat die Stadt zurzeit rund 1600 Stunden insgesamt. Wenn sie ein-

fach die Vorgaben des Kantons erfüllen wollte, müsste man auf rund 1200 Stunden hinuntergehen. Das heisst, in der Stadt stehen zurzeit 400 IF-Stunden mehr zur Verfügung als in den Vergleichsgemeinden im Kanton. Diese 400 zusätzlichen IF-Stunden werden nun um 100 reduziert. Dieser Sachlage muss man sich bewusst sein, wenn behauptet wird, es finde eine radikale Reduktion statt. Die Sprechende betont noch einmal: Die Vorgaben des Kantons, der für die Volksschulbildung zuständig ist, sind so, dass es möglich sein muss, damit eine gute Schule zu machen.

Simon Roth wurde aus dem Votum von Stadtpräsident Stefan Roth nicht klar, was jetzt die genaue Budgetabweichung ist. Wenn man vom Durchschnitt der vergangenen Jahre ausgeht, müsste man erwarten, dass die Stadt etwa mit 7,3 Mio. Franken positiv abschliesst.

Zu den einmaligen ausserordentlichen Effekten bemerkt der Sprechende, dass sie offensichtlich ausserordentlich regelmässig eintreffen, vielleicht nicht die einzelnen Effekte, aber die Summe der positiven Effekte; diese gab es, seit der Sprechende im Parlament ist, jedes Jahr. Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst hat von ihren Fachleuten in den Schulen gesprochen. Für den Sprechenden sind die Fachleute in den Schulen die Lehrpersonen, und diese sehen die Sparmassnahmen ganz offensichtlich nicht so, wie Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst es jetzt dargestellt hat. Die Schulleitungsteams von mindestens zwei Schulhäusern haben sich ja vehement gegen die Sparmassnahmen gewehrt.

Korintha Bärtsch: Stadtpräsident Stefan Roth hat vorhin die drei Nachhaltigkeitsdimensionen angesprochen: Wirtschaft – statt Wirtschaft hat er Finanzen gesagt –, Ökologie und Gesellschaft müssten miteinander abgewogen werden; sie würden manchmal divergieren, aber man müsse trotzdem versuchen, sie in Einklang zu bringen. Im gleichen Atemzug hat er angekündigt, dass die Fallzahlen in der wirtschaftlichen Sozialhilfe steigen werden. Das ist genau das Problem, das die G/JG-Fraktion bei diesem Sparpaket und bei der Finanzpolitik der Stadt Luzern und des Kantons Luzern in den letzten Jahren sieht: Es ist immer so, dass man irgendwo ein bisschen herumschraubt, aber die Auswirkungen auf die anderen Dimensionen werden gar nicht bedacht. Die G/JG-Fraktion ist der Ansicht, dass der Stadtrat mit dem Sparpaket, so wie er es angelegt hat, 3 Mio. Franken zu viel spart. Vielleicht ist der Stadtrat ja einfach nur ehrlich, wenn er sagt, er spare nicht auf Vorrat, sondern selber aufzeigt, dass man mit diesem Sparpaket nicht wirklich sparen kann, sondern die Auswirkungen und die Verantwortung auf die zukünftigen Jahre abschiebt, auf Verliererinnen und Verlierer, die sich definitiv nicht wehren können. Die G/JG-Fraktion erwartet vom Stadtrat eine andere Politik, nämlich dass er seine Finanzpolitik in einen Kontext setzt, in welchem die Nachhaltigkeit wirklich beachtet wird.

Katharina Hubacher: Stadtpräsident Stefan Roth ist jetzt gar nicht darauf eingegangen, was man allerdings im B+A lesen kann, dass nämlich 46 Stellen abgebaut werden. Das wird auch irgendwann Auswirkungen haben, vielleicht sogar auf die wirtschaftliche Sozialhilfe. Und zur wirtschaftlichen Sozialhilfe hat er gesagt, sie wachse ungebremst. Das stimmt nicht, sie wächst nicht ungebremst, sondern der Kanton hat im letzten Jahr massive Eingriffe gemacht. Die Sparmassnahmen, welche die Stadt da herausholt, sind hier nicht aufgeführt; man hat sie einfach entgegengenommen, aber in diesen Papieren sind sie nirgends. Als sich die Sprechende deswegen erkundigte, hat man ihr gesagt, das sei zu spät gekommen, man habe das nicht

mehr in dieser Zeit einrechnen können. Die Stadt spart also auch dort. Das ist das eine. Das andere: Bei den Schwächsten zu sparen, ist das Allerletzte, was die Sprechende unterstützen könnte. Wenn die Stadt wirklich so weit ist, dass sie bei den Allerschwächsten sparen muss, dann ist sie an einem traurigen Ende angekommen.

Stadtpräsident Stefan Roth gibt noch einige Rückmeldungen auf die letzten Voten. Bei der Hochrechnung 2015 liegt die Prognose aufgrund der erwähnten drei Effekte – vorgezogene HiG-Massnahmen in der Höhe von 1,65 Mio. Franken plus Zusatzerträge bei der Grundstücksgewinnsteuer und bei der Erbschaftssteuer – bei zirka 8,5 Mio. Franken. Einmalige Effekte in Form von Sondererträgen hatte man auch im Jahr 2014; die Stadt braucht das auch, weil immer wieder, worauf der Sprechende hingewiesen hat, unterjährige Sonderkredite bewilligt werden müssen. Im Jahr 2014 waren diese einmaligen Effekte z. B. die Sonderdividende von ewl, die Zusatzdividende des Bahnhofparkings und die Mehrausschüttung aus den REAL-Geldern. Man kann also sehen, dass es solche einmaligen ausserordentlichen Effekte jedes Jahr gibt.

Das ungebremste Wachstum bei der WSH ist nicht darauf zurückzuführen, dass die Stadt oder der Stadtrat oder die Sozialdirektion ihren Job nicht gut machen würde. Tatsache ist, dass die wirtschaftliche Sozialhilfe im Jahr 2013 gegenüber dem Vorjahr um 9,5 % gestiegen ist, im Jahr 2014 um 8,1 %, und für das Jahr 2015 lautet die Prognose 6,1 %. Das hat einen Zusammenhang einerseits mit dem Rückgang der Rückerstattungen aufgrund von Gesetzesrevisionen auf kantonaler Ebene bei der IV und bei der ALV, andererseits hat es auch mit der steigenden Zahl von Dossiers von Flüchtlingen und von vorläufig aufgenommenen Personen zu tun, die länger als zehn Jahre hier sind. Das ist das Problem. Der Sprechende hat nicht irgendeine Kritik an irgendjemandem geäussert, sondern einfach die Faktenlage benannt. Es sind ja genau diese Kosten, die, wie der Sprechende vorhin erwähnt hat, nicht beeinflussbar sind, sondern jedes Jahr im Budgetprozess wieder antizipiert und justiert werden.

Korintha Bärtsch ist negativ überrascht, dass Stadtpräsident Stefan Roth sie nicht verstanden hat. Natürlich ist das nicht nur der Einfluss der städtischen Politik. Der CVP-Sprecher hat vorhin gesagt, die anderen Städte müssten genau gleich viel sparen wie die Stadt Luzern. Ganz abgesehen davon, dass die Sprechende es bedenklich findet, sich einfach mit Schlechtem zu vergleichen und dabei zu beruhigen, ist es ebenso bedenklich, dass alle anderen Städte auch sparen müssen. Es herrscht Vollbeschäftigung, die Schweiz hat eine gute Wirtschaftslage, das strukturelle Defizit gab es schon vor dem Euro. Vielleicht muss man sich einfach fragen, was für eine Politik denn die bürgerliche Mehrheit macht. Warum steigen denn die Zahlen der wirtschaftlichen Sozialhilfe? Es ist nicht nur die Stadt Luzern, die so agiert. Das meint die Sprechende, wenn sie verlangt, man müsse alles in einen Kontext hineinstellen. Man muss sich fragen: Wie agiert die Politik städtisch, kommunal, kantonal und national? Das meint sie mit dem Kontext Nachhaltigkeit.

Damit ist der Grosse Stadtrat auf den B+A 24/2015: „Haushalt im Gleichgewicht“ eingetreten.

An dieser Stelle wird das Traktandum 3.2 behandelt.

**3.2 Dringlicher Bevölkerungsantrag 290, Luzia Bachmann, Urs Cattani, Jeremias Duss, Janine Felder, Rachel Gaudenz, Urs Häner, Judith Kronenberg-Kalbermatten, Josef Moser, Marco Müller und Anna Paydar namens der Antragstellenden, vom 14. September 2015:
Hände weg! Kein Sparen auf Kosten unserer Kinder!**

Der Stadtrat lehnt den Dringlichen Bevölkerungsantrag ab.

Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann: Auch wenn der Grosse Stadtrat jetzt den Bevölkerungsantrag nicht überweisen würde, ist es nachher in der Detailberatung zum B+A Haushalt im Gleichgewicht immer noch möglich, zu diesen Massnahmen Anträge zu stellen. Sollte der Grosse Stadtrat den Bevölkerungsantrag überweisen, sind die drei Massnahmen, um die es darin geht, praktisch gestrichen.

Mirjam Fries: Bildung ist auch für die CVP-Fraktion eine der wichtigsten Ressourcen. Die Fraktion will eine qualitativ hochstehende Schule, und zwar für alle Kinder. Eine solche Volksschule hat die Stadt Luzern, und das soll auch weiterhin so bleiben. Die CVP-Fraktion steht auch hinter der Quartierarbeit, wie es ebenso der grosse Teil der Bevölkerung tut, nachdem in der Anfangsphase eine gewisse Skepsis vorhanden war. Trotzdem steht die CVP-Fraktion, wie Albert Schwarzenbach es in seinem Eintretensvotum gesagt hat, hinter allen Sparmassnahmen in diesen beiden Bereichen, nicht weil sie sich hinter dem Stadtrat verstecken will, sondern weil sie ausgiebig darüber diskutiert hat. In der Bildung kürzt man ja nicht einfach mit der Giesskanne. Man machte ein Projekt mit einem externen Berater, und das in Zusammenarbeit mit dem Kanton. Das Angebot der Stadt wurde im Detail analysiert und mit den kantonalen Vorgaben verglichen. In diesem Projekt hat man ein Sparpotenzial von etwa 7 Mio. Franken definiert, wovon man jetzt nur 60 % umsetzt. Die Bildungsdirektion hat einen Sparvorschlag erarbeitet, hinter dem sie stehen kann. Das ist für die CVP-Fraktion ein wichtiges Argument. Bei DaZ wird vor allem durch grössere Lerngruppen gespart, und bei der Anzahl der IF-Lektionen will man ja bewusst über den kantonalen Vorgaben bleiben. Das macht auch aus Sicht der CVP-Fraktion absolut Sinn, auch die CVP-Fraktion will nicht eine Schule auf den Minimalvorgaben. Sie ist wie die Bildungsdirektion davon überzeugt, dass die Stadt damit weiterhin die pädagogischen Ziele erreichen kann. Sie ist auch davon überzeugt, dass es sich lohnt, jetzt einen vertretbaren Leistungsabbau zu machen und dadurch eine gewisse finanzielle Handlungsfreiheit zu erhalten. Gerade im Bereich der Bildung stehen ja grosse Investitionen im Schulhausbau bevor, und auch im Bereich der Betreuung, also der additiven Tagesschule, muss die Stadt weiter aufbauen. Da geht man im Moment von einem Ziel von 30 % der Schüler aus, die betreut werden können. Das genügt aber nicht; auch da werden Kosten auf die Stadt zukommen. Gerade die Tagesschule ist auch ein wichtiger Bestandteil einer attraktiven Schule. Sie hilft bei der sozialen Integration und bei der Chancengleichheit. Auch sie ist ein Teil einer qualitativ hochstehenden Schule als Ganzen.

Was die Quartierarbeit betrifft, so hält die CVP-Fraktion die Massnahme des Stadtrates für vertretbar. Er bekennt sich immer noch zu einer flächendeckenden Quartierarbeit. Es wird zwar ein Standort aufgehoben respektive ein Quartierbüro weniger betrieben. Das ist aber eigentlich schon ein Kompromiss; ursprünglich war geplant, zwei Standorte aufzuheben. Natürlich ist es nicht so schön, dass man die Quartierarbeit zusammen mit den anderen Quartier-

kräften jetzt noch einmal neu organisieren muss. Jedes Quartier in der Stadt ist anders, es gibt verschiedene soziale Strukturen, verschieden aktive Quartiervereine und andere Organisationen oder kirchliche Stellen. Darum haben die Quartiere auch verschiedene Bedürfnisse in Bezug auf die Quartierarbeit. Die Quartiere verändern sich auch von der Altersstruktur her, darum wird es immer von Zeit zu Zeit Anpassungen geben. Wichtig für die Quartierarbeit und vor allem auch die Angestellten ist, dass es jetzt endlich Klarheit gibt, wie es weitergeht. In den letzten Monaten herrschte da doch eine gewisse Verunsicherung. Jetzt muss man weiterarbeiten und das neue Konzept erarbeiten können.

Trotz Verständnis für die Antragstellenden lehnt die CVP-Fraktion den Bevölkerungsantrag ab.

Sandra Felder-Estermann: Die Stadtschulen sind gut. Sie waren schon gut vor der Einführung von IF und DaZ, und sie werden auch immer noch gut sein nach diesen nötigen Sparmassnahmen. Jetzt wird so argumentiert, als würde die Schule bei Annahme dieser dringend nötigen Anpassungen untergehen. Für die Sprechende ist es eine Anpassung eines neuen Modells nach einer Einführungsphase. Das ist ein normaler Vorgang und ein Muss zum heutigen Zeitpunkt, erstens damit die Bildungskosten der Stadt nicht noch mehr aus dem Ruder laufen und womöglich die Gefahr aufkommt, dass der Kanton nach dem vorliegenden Überprüfungsbericht nicht mehr bereit sein wird, die enormen Mehrkosten gegenüber den kantonalen Vorgaben überhaupt zu tragen. Zweitens muss die Stadt aber auch genügend Geld für die bevorstehenden Grossinvestitionen in ihre Schulanlagen haben. Damit die Finanzen der Stadt wieder ins Gleichgewicht kommen, muss die Stadt sparen. Das ist überall so. Die Stadt muss sparen, damit sie Geld für grosse Investitionen hat. Wenn sie die nötigen Gelder nicht hat, müssten Investitionen weiter nach hinten verschoben werden. Weiter Schulden aufzubauen ist keine Lösung und ein schlechtes Vorbild gerade im Bildungswesen. Man könnte sogar sagen, diese Sparmassnahmen sind zugunsten der Zukunft, zugunsten der Kinder in der Stadt. Zur Massnahme betreffend DaZ: Alle DaZ-berechtigten Kinder haben auch nach dieser Sparmassnahme noch gleich viele DaZ-Stunden wie vorher, einfach in grösseren Gruppen. Trotz Sparmassnahme ist die Chancengleichheit noch immer gegeben. Eine erschwerte Integration der Schulabgänger, wie sie von Lehrerseite prognostiziert wird, besteht heute schon, nämlich dann, wenn Primar- oder gar Sekundarschüler auf dem Pausenplatz nicht mehr Schweizerdeutsch sprechen. Und solche Schulhausplätze gibt es mehrere in der Stadt Luzern. Die Lektionen Deutsch als Zweitsprache sind enorm wichtig, aber Schweizerdeutsch darf für eine gelebte Chancengleichheit nicht vergessen gehen. Dafür ist die Freizeit rund ums Quartierschulhaus sehr wichtig und nicht DaZ als alleiniges Mittel.

Bei der Reduktion um 100 IF-Lektionen handelt es sich um eine Reduktion um 6 %, pro Klasse sind das 0,3 Lektionen. Das sei auch pädagogisch vertretbar, wird versichert. Es bedeutet aber eine grosse Herausforderung bei der zukünftigen Verteilung der IF-Lektionen an die einzelnen Schulklassen oder Schulhäuser. Natürlich, für die direkt Betroffenen ist jede Sparmassnahme ein schmerzlicher Einschnitt und die Objektivität geht dann oft verloren. Fakt ist aber: bei einem heutigen IST von 1660 Lektionen stehen neu noch immer 1560 Lektionen zur Verfügung. Dies entspricht gegenüber den kantonalen Vorgaben noch immer einem Plus von rund 25 %! Den städtischen Gegebenheiten wird damit klar Rechnung getragen. Dazu kann die FDP-Fraktion absolut stehen. Denn die Kosten pro Schulkind sind in den letzten Jahren

enorm gestiegen. Mit HiG und diesen Anpassungen wird die Kostensteigerung ein bisschen gebremst.

So setzt die FDP-Fraktion immer noch auf die Quartierschulhäuser, das heisst, Kinder sollen möglichst im Quartier zur Schule gehen, wo sie auch wohnen. Das gibt den Kindern Wurzeln im Quartier, was enorm wichtig ist für das gesunde Aufwachsen und sich Einbringen im Quartier, sei es im Sport- oder Freizeitbereich, aber auch, wenn man sich einfach mit Schulfreunden im Quartier treffen will. Da wird nicht gespart, trotz Sparpotenzial.

Auf die städtische Heterogenität wird auch beim Schuldienst und bei der Schulunterstützung hingewiesen. 24 % Mehrausgaben hat die Stadt dort, das sind über 530'000 Franken Mehrkosten gegenüber den kantonalen Vorgaben. Auch da wird nicht gespart, trotz möglichem Sparpotenzial. Die FDP-Fraktion steht hinter diesem Vorgehen.

Die Schulen der Stadt, davon ist die FDP-Fraktion überzeugt, werden auch nach HiG immer noch gut sein. Die FDP-Fraktion steht hinter den vom Stadtrat vorgeschlagenen Sparmassnahmen, über welche sie stundenlang diskutierte, und sie steht auch zu den Anpassungen im Bildungsbereich.

Weitere Stunden hat die Fraktion über die Quartierarbeit diskutiert, dazu wird sich ein Fraktionskollege der Sprechenden äussern.

Simon Roth: Innert weniger Tage haben mehr als 2000 Personen den Bevölkerungsantrag unterschrieben. Das ist ein starkes Zeichen. Zuerst äussert sich der Sprechende zum geforderten Verzicht auf die geplanten Reduktionen bei IF- und DaZ-Lektionen. Eine Reduktion würde zu Qualitätseinbussen in den Schulen führen. Davon sind sämtliche Kinder betroffen. Zudem sind die Lehrpersonen bereits heute stark gefordert. Mit der geplanten Reduktion bei den IF- und DaZ-Lektionen fällt für sie eine wichtige Entlastung weg. Vielleicht wären die einzelnen Massnahmen aus dem Sparpaket noch verkräftbar, aber in der Summe sind sie es nicht. Es ist zudem klar, dass die kantonalen Minimalvorgaben für die Stadt nicht ausreichend sind. Denn sie richten sich nicht primär nach der Situation in der Stadt, sondern nach der Situation auf der Landschaft. Da bestehen doch erhebliche Unterschiede, z. B. was die Grösse der Schulen, die Zusammensetzung der Gesellschaft usw. betrifft. Wenn jetzt engagierte Lehrpersonen aus verschiedenen Schulhäusern schreiben, dass sie mit den geplanten Sparmassnahmen die Chancengleichheit als Ziel der Volksschule gefährdet sehen, sollte das auch bei Menschen ohne näheren Bezug zur Schule die Alarmglocken läuten lassen. Und zwar nicht nur wegen der zu erwartenden Folgekosten, sondern auch in Bezug auf den eigentlichen Sinn der Volksschule der Stadt. Wenn die CVP immer wieder sagt, wie wichtig ihr die Schule und die Familien sind, sollte sie diesen Worten irgendeinmal auch Taten folgen lassen. Sonst wird nämlich die zweitgrösste Partei in diesem Kanton unglaubwürdig. Die Bemerkung von Sandra Felder-Estermann zur Umgangssprache auf dem Pausenplatz konnte der Sprechende nicht ganz nachvollziehen. Die Umgangssprache kann man doch nur dann fördern, wenn auch möglichst viele Kinder genügend gut Deutsch sprechen. Und im Zusammenhang mit der Bemerkung, man brauche ja jetzt Geld für Investitionen in grosse, neue, schöne Schulhäuser, weist er darauf hin, dass das allein noch nichts bringt; wichtig ist doch, was dann der Inhalt dieser grossen, neuen, schönen Schulhäuser ist.

Zur Quartierarbeit: Der Grosse Stadtrat wird heute auch die Evaluation der Quartierarbeit behandeln. Wenn der Sprechende diese Evaluation richtig verstanden hat, ist die Stadt mit der Quartierarbeit auf einem guten Weg. Wenn man also jetzt, zu einem Zeitpunkt, da diese

Massnahmen mehr oder weniger umgesetzt sind, gleich wieder massiv zu reduzieren beginnt, ist die Stadt offensichtlich relativ orientierungslos unterwegs. Die Quartierarbeit wurde in der Erwartung von konkreten Wirkungen beschlossen, und sie wird offenbar diesen Erwartungen gerecht. Mit dem vorgesehenen Abbau gefährdet man das, was man bereits erreicht hat. Zum einen wird das Netz der Quartierarbeit ausgedünnt, zum anderen wird weitgehend auf die fachliche Weiterentwicklung der Quartierarbeit verzichtet. Gerade die Arbeit in den Quartieren ist häufig ein Experimentieren mit neuen Formen, mit neuen Möglichkeiten. Das geschieht nicht nur hier in der Stadt Luzern, sondern es geschieht auch in anderen Städten und in anderen Gemeinden. Wenn die Stadt jetzt auf die Facharbeit verzichtet, verzichtet sie auch darauf, von den Erfahrungen an anderen Orten zu profitieren. Wenn diese Arbeit von den einzelnen Personen in den Quartierbüros geleistet werden soll, dann ist das hochgradig ineffizient und lässt ihnen zudem noch weniger Zeit für die eigentliche Arbeit mit den Menschen in den Quartieren.

Im Übrigen offenbart die Antwort des Stadtrates ein merkwürdiges Paradox. Er schreibt, dass mit dem Sparpaket mehr Geld in die Infrastruktur gesteckt werden kann. Da fragt sich der Sprechende, wieso denn eigentlich beim Gebäudeunterhalt reduziert wird. Es kann ja nicht sein, dass man mehr Geld in den Bau von Infrastruktur investiert und dann bei ihrem Unterhalt reduziert. Weiter schreibt der Stadtrat, dass infolge des Sparpakets Geld für zukünftige Investitionen zur Verfügung gestellt werden kann. Der Sprechende fragt sich, ob nicht gerade die Bildung eine Investition in die Zukunft ist. Die Antwort des Stadtrates ist nicht ganz zu Ende gedacht, und sie ist damit für den Sprechenden sinnbildlich für etliche Teile des vorliegenden Sparpakets. Die SP/JUSO-Fraktion ist darum für die Überweisung des Dringlichen Bevölkerungsantrags.

Katharina Hubacher: Der Bevölkerungsantrag nimmt aus dem Sparpaket drei Massnahmen auf, die nicht nur wehtun, sondern sehr wehtun. Davon ist die Sprechende überzeugt, und sie ist auch überzeugt, dass es keine nachhaltige Politik ist, wenn man diese Massnahmen jetzt einfach umsetzt. Über 2000 Leute haben während eines verlängerten Wochenendes den Bevölkerungsantrag unterschrieben; das bedeutet, dass die Betroffenheit gross ist. Man kann jetzt einwenden, es sei ja klar, dass diese Leute unterschrieben hätten, eben weil sie betroffen sind, aber es fehle ihnen die grosse Weitsicht. Wenn man so über diese Unterschriften hinweggeht, findet die Sprechende das ziemlich verantwortungslos. Der vorgesehene Leistungsabbau entspricht ja auch nicht den Vorgaben, welche der Stadtrat in der Gesamtplanung macht. Die G/JG-Fraktion wehrt sich, dass das Sparpaket jetzt einfach so durchgewunken wird, wie es der Stadtrat dem Parlament vorgibt. Und nicht nur die G/JG-Fraktion wehrt sich; alle Mitglieder des Grossen Stadtrates haben in den letzten Tagen von den verschiedensten Leuten Reaktionen erhalten. Noch selten gab es zu einem Thema so viele Reaktionen wie zu dem, das jetzt behandelt wird. Das heisst, die Bevölkerung merkt, dass es nicht in die richtige Richtung geht; sie merkt, dass sie sich einmischen muss, und sie hofft, dass der Grosse Stadtrat heute Einsicht zeigt. Die drei Massnahmen aus dem Bevölkerungsantrag „Hände weg! Kein Sparen auf Kosten unserer Kinder!“ machen zusammen 2,5 Mio. Franken aus. Wenn man auf diese Massnahmen jetzt verzichtet, spart die Stadt immer noch die 11 Mio. Franken, welche das strukturelle Defizit ihr vorgibt. Zu den einzelnen Massnahmen hat sich die Sprechende schon geäussert. Der Grosse Stadtrat hat die Quartierarbeit selber gutgeheissen. Jetzt ist man daran, sie aufzubauen, man ist noch gar nicht ganz fertig damit, und schon hört man mit dem

Aufbau auf und will wieder umbauen. Man muss sich das vorstellen: Die Quartierarbeitsregionen müssen wieder neu zusammengesetzt werden, müssen neu definiert werden. Alle Netzungen, die entstanden sind, alle Arbeit, die geleistet wurde, muss man neu machen. Die G/JG-Fraktion bezweifelt massiv, ob das effizient ist, ob das nachhaltig ist, ob das wirklich das ist, was die Quartierleute wollen, wenn nämlich jetzt die vertrauten, erst gerade aufgebauten Netzwerke wieder zerstört werden und neu umgebaut werden müssen.

Zur IF wurde heute auch schon einiges gesagt. Die Integration ist nicht gratis zu haben. Wenn die Stadt ihrem Leitbild folgen will, muss sie investieren, sie muss schauen, dass es auch jenen Kindern in der Schule gut geht, die Lernschwierigkeiten oder Startschwierigkeiten haben. Es darf nicht dazu kommen, dass dann die Lehrpersonen und die anderen Klassenkameraden damit belastet werden, sondern sie müssen unterstützt werden, sodass es möglich ist, dass auch Kinder mit Defiziten gut durch die Schule kommen.

Zu DaZ: Das schnelle Lernen der deutschen Sprache ist das Grundlegende, damit die Kinder und Jugendlichen im Schulsystem mitgetragen werden können und dann einen guten Schulabschluss machen und einen guten Lehreinstieg haben. Es ist falsch zu sagen, die Reduktion sei nicht so schlimm, es gebe dann einfach Lerngruppen, in welchen man gleich gut lerne. Das stimmt einfach nicht. Es ist grundlegend wichtig, dass die Kinder die deutsche Sprache – es ist nicht Schweizerdeutsch, sondern Hochdeutsch, das in der Schule gelehrt wird – schnell und gut verstehen. Dazu muss man eben auf das einzelne Kind eingehen und es dort abholen können, wo es gerade steht, damit es dann je nach seiner Art möglichst schnell vorwärtskommt und im Klassenverband dem ganzen Schulunterricht folgen kann. Darum braucht es DaZ, und darum braucht es die individuelle Förderung im Einzelnen und nicht einfach einen weiteren Gruppenunterricht. Natürlich kann man diesen vielleicht in einer zweiten Phase auch machen, diese Freiheit sollte man nach Ansicht der Sprechenden den Leuten, die den Unterricht gestalten, lassen. Aber wenn man bei DaZ einfach reduziert, haben die Lehrpersonen diese Freiheit gar nicht. Die Sprechende erinnert an den Schlusssatz, den die Mitglieder des Grossen Stadtrates aus dem Schulhaus Maihof zugestellt erhalten haben: „Es gibt nur eines, was auf Dauer teurer ist als Bildung: unzureichende Bildung.“ Diesen Satz haben nicht die Leute im Maihof erfunden, sondern er stammt von John F. Kennedy.

Marcel Lingg: Die SVP-Fraktion hat sich einige Gedanken darüber gemacht, wie wohl der Bevölkerungsantrag 290 in die Behandlung des Sparpakets eingehen würde. Die Antwort des Stadtrates wurde den Parlamentariern erst vor zwei Tagen zugestellt; deshalb kann sich der Sprechende erst jetzt zum Vorgehen äussern. Mit diesem Vorgehen ist die SVP-Fraktion nicht ganz einverstanden. Es ist ein Bevölkerungsantrag, und ein Bevölkerungsantrag wird eigentlich gleich behandelt wie ein Postulat. Ein Postulat beauftragt den Stadtrat, eine Prüfung zu machen, und der Stadtrat hat dann ein gutes Jahr Zeit, um das Ergebnis seiner Prüfung dem Grossen Stadtrat im B+A Abschreibung von Motionen und Postulaten zu präsentieren. Nach Ansicht der SVP-Fraktion ist es nicht ganz korrekt, dass dem Grossen Stadtrat, wenn der Bevölkerungsantrag jetzt überwiesen werden sollte – was der Sprechende zwar aufgrund der Stimmenverhältnisse nicht annimmt –, quasi die Hände gebunden wären und er zu diesen drei Massnahmen in einem Bericht und Antrag, auf den bereits eingetreten wurde, nichts mehr sagen dürfte.

Inhaltlich will sich der Sprechende zum Bevölkerungsantrag nicht gross äussern. Peter With hat in seinem Eintretensvotum gesagt, dass die SVP-Fraktion zum Massnahmenpaket steht,

auch zu diesen zwei Massnahmen 15 (DaZ) und 32 (IF-Lektionen) aus dem Bildungsbereich. Je nachdem, wie die Diskussion verläuft, wird sich die SVP-Fraktion im Detail dann noch kurz dazu melden, aber nicht ausführlich. Weil jedoch zur Massnahme 3, Quartier- und Stadtteilpolitik, ein separater Bericht vorliegt, wird sich die SVP-Fraktion dort äussern. Jetzt aber empfiehlt der Sprechende den Bevölkerungsantrag zur Ablehnung.

Peter Krummenacher: Die Wichtigkeit der Quartierarbeit mit ihren Projekten und Angeboten, mit welchen sie Kinder und Jugendliche und ihre Familie aktiviert und unterstützt, ist für die FDP-Fraktion unumstritten. Die vor vier Jahren im Rahmen der Quartier- und Stadtteilpolitik beschlossene kontinuierliche Erweiterung auf den heutigen Stand hat sich als richtig erwiesen. So kann die offene Kinder- und Jugendarbeit der Stadt Luzern Kinder und Jugendliche auf ihrem Weg in die erwachsene Selbstständigkeit begleiten und sie in gesellschaftliche Prozesse integrieren. Zudem leistet sie einen Beitrag zur Prävention und trägt dazu bei, einem Problemverhalten von Jugendlichen vorzubeugen.

Die Quartierarbeit ist aber auch Anlaufstelle für Menschen jeden Alters und aller Nationen, die das Quartierleben mitgestalten möchten. Das Ziel der Vernetzung und Beteiligung aller relevanten Gruppen und die Bündelung der Kräfte im Quartier wurde grösstenteils schon erreicht. Ein Dankeschön an alle Beteiligten für ihre Arbeit und ihr grosses Engagement! Jetzt liegt aber dieses unpopuläre Sparpaket vor, welches die FDP-Fraktion nicht aufzuschnüren gedenkt. Denn andernfalls würde jeder etwas herausholen wollen, und am Schluss wäre man überrascht, wie viel auf 14 Mio. Franken fehlen.

Für die Quartierarbeit bedeutet das Sparpaket eine Reduktion um 20 % bei der Leitung, Streichung der 50%-Fachmitarbeit und vor allem die 80%-Reduzierung der Standortarbeit. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass die Reduzierung der Standorte um einen Siebtel vertretbar ist. Natürlich schmerzt der Einschnitt bei der Quartierarbeit und beim Projektpool Quartierleben auch die FDP-Fraktion. Aber es wird keinen weissen Fleck in der Stadt Luzern geben, die flächendeckende Quartierarbeit wird garantiert und muss auch weiterhin gewährleistet werden. Leider wird es sicher Einschränkungen bei der Quartierarbeit geben und vor Ort wird nicht mehr im gleichen Ausmass wie bisher auf Anliegen eingegangen werden können. Das ist bedauerlich und benötigt Flexibilität, aber es ist im Rahmen des Sparpaketes unumgänglich und aus Sicht der FDP-Fraktion vertretbar.

Die FDP-Fraktion hofft einstweilen auf bessere Finanzzeiten, sodass die Quartierarbeit der-einst wieder im geplanten Umfang aktiv sein wird.

Laura Kopp möchte die Diskussion nicht unnötig verlängern und hält sich darum jetzt sehr kurz. Zur Massnahme SOD 3, Quartier- und Stadtteilpolitik, wird die GLP-Fraktion eine Protokollbemerkung beantragen, deshalb äusserst sich die Sprechende an dieser Stelle nicht zu diesem Teil.

Der Bevölkerungsantrag hat auch die GLP-Fraktion bewegt. Es geht nicht spurlos an einem vorbei, wenn innerhalb von zwei oder drei Tagen so viele Unterschriften zusammenkommen. Die Wertschätzung gegenüber diesen Leuten, die sich wirklich für die Stadt und für ihre Anliegen engagieren, und auch der Brief des Kinderparlaments haben die GLP-Fraktion veranlasst, noch einmal intensiver über die einzelnen Massnahmen zu diskutieren. Die Lobbyarbeit, die von allen Seiten betrieben wird, hat auch auf die Fraktion eine gewisse Wirkung ausgeübt, auch wenn die Fraktion daran festhält, dass sie das Sparpaket nicht aufschnüren will.

Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst hat aufgezeigt, dass die Qualität der Bildung trotz dieser Massnahmen nicht sinkt. Die GLP-Fraktion verlässt sich auf diese Aussage. Deshalb bleibt sie konsequent und behält die Massnahmen bei. Deutsch als Zweitsprache braucht es in den Schulen, das ist klar. Aber es gibt je nach Schule Unterschiede: eine Schule mit einem kleineren Ausländeranteil hat einen kleineren Bedarf als eine Schule mit einem sehr hohen Ausländeranteil. Die Sprechende wurde in einer Schule unterrichtet, in der es italienischsprachige Kinder gab, und es hat funktioniert. Sie hofft, dass das auch heute noch möglich ist und die Lehrpersonen ihre entsprechenden Fähigkeiten auch heute noch umsetzen können. Es ist der GLP-Fraktion bewusst, dass die Herausforderungen andere sind. Der Ausländeranteil ist grösser, es gibt eine grössere Durchmischung der Klassen. Aber für DaZ stehen ja weiterhin Lektionen zur Verfügung, auf diese Möglichkeit wird ja nicht verzichtet, sondern letztlich werden einfach die Gruppen vergrössert. Das Gleiche gilt für die Integrative Förderung. Auch da tut die Reduktion zwar weh, aber trotzdem bleibt die Qualität der städtischen Schulen aufrechterhalten. Wenn die Stadt jetzt keine Massnahmen in diesem Bereich ergreift, wird man vielleicht in zwei, drei Jahren auf einmal darüber diskutieren müssen, dieses oder jenes Schulhaus zu schliessen. Die Stadt muss jetzt einfach irgendwelche Massnahmen ergreifen, um das strukturelle Defizit zu beseitigen. Die Lösung der G/JG-Fraktion und der SP/JUSO-Fraktion wäre ja, die Steuern zu erhöhen. Aber das will die Mehrheit des Grossen Stadtrates nicht. Der Stadtrat hatte den Auftrag, eine nachhaltige Steuerpolitik zu machen, ohne Steuererhöhung. Die GLP-Fraktion lehnt den Bevölkerungsantrag ab.

Urban Frye scheint es, dass die rechte Ratshälfte einen kleinen Crashkurs in Bildungsökonomie braucht. Bildung erhöht den Wert des Humankapitals, das der wichtigste Produktionsfaktor in einer Dienstleistungsgesellschaft ist, wie die Stadt Luzern sie hat. Sie ist in erster Linie eine persönliche Wertstellung von jemandem, der sich auf dem Arbeitsmarkt befindet. Ökonomen wissen, dass das Einkommen pro zusätzliches Schuljahr um durchschnittlich 10 % steigt. Damit steigen auch die Steuereinnahmen. Man kann also folgenden Fall annehmen: Ein Kind mit Migrationshintergrund, das wegen mangelnder Deutschkenntnisse nur eine Anlehre macht, aber durchaus genügend begabt gewesen wäre, ein Gymnasium zu besuchen und dann zu studieren, zahlt dann eben jährlich leider nur 3'000 Franken Steuern. Als Akademiker würde dieses Kind 10'000 oder mehr Franken zahlen. Der Öffentlichkeit entgehen also mit den vorgeschlagenen Sparmassnahmen bei 40 Arbeitsjahren direkte Einnahmen von rund 280'000 Franken. Wenn man annimmt, dass bei diesem Kind mit der DaZ-Sparmassnahme vielleicht etwa 2'800 Franken gespart würden, so sind der entgangene Gewinn für die Stadt Luzern oder die sogenannten negativen Opportunitätskosten hundertmal höher als das vermeintlich eingesparte Kapital, das die Mitglieder der rechten Ratshälfte einsparen wollen. Oder wenn man nur schon bei acht Kindern pro Jahr mit dem aktuellen DaZ-Standard erreicht, dass sie eine höhere Ausbildung machen können, dann hat die Stadt bereits mehr Steuereinnahmen generiert, als die Höhe der geplanten Sparmassnahme ist. Diese Quote ist mit Sicherheit bedeutend besser als die mit der Senkung der Unternehmensgewinnsteuer von den Gspänli der rechten Ratshälfte im Kantonsrat erhofften zusätzlichen Steuereinnahmen. Dazu kommen aber noch weniger gut bezifferbare Schäden, welche man mit der Einsparung von diesen 2'800 Franken pro Kind verursacht. Ein höheres Bildungsniveau begünstigt die Entwicklung und Verbreitung von Wissen und führt so zu Produktionsgewinn und Lohnsteigerung in der gesamten Volkswirtschaft. Weiter wissen die Ökonomen, von welchen es in der

rechten Ratshälfte ja einige haben sollte, dass die Bildung Verhaltensweisen stärkt, die allgemein in der Gesellschaft für wünschenswert gelten. Das führt zu einem gehobeneren Bürgersinn mit einem grösseren freiwilligen sozialen Engagement, zu einem besseren Funktionieren demokratischer Institutionen und zu geringeren Ausgaben im Gesundheitswesen. Abgesehen von den kriminellen Machenschaften einiger Finanzdienstleister verringert sich auch die Kriminalitätsquote. Dies an die Adresse der SVP-Fraktion. Das sind Gewinne, die man als Sozialrendite bezeichnen kann. Ökonomen praktisch aller Glaubensrichtungen sind sich einig, dass sich eine öffentliche Investition in Bildung über die positive Wirkung auf das Wirtschaftswachstum rechtfertigen lässt. Jeder Risk-Manager einer Unternehmung würde von solchen Sparmassnahmen, wie der Stadtrat sie in der Bildung durchführen will, dringendst abraten, weil das Schadensrisiko bedeutend höher ist als das vermeintlich eingesparte Kapital. Um das Lieblingswort eines nationalen Parteipräsidenten zu brauchen: es ist ein Blödsinn, ein ökonomischer Blödsinn. Wenn ein Unternehmensberatungsbüro zum Schluss kommt, die geplanten Einsparungen würden keinen negativen Effekt haben, so ist das für eine kurze Zeitdauer meistens zutreffend, weil die eingesparten Leistungen für eine gewisse Zeit durch Improvisation aufrechterhalten werden. Das Engagement der Lehrerschaft vergrössert sich und die Eltern entwickeln Eigeninitiative oder schicken die Kinder in privaten Zusatzunterricht. Aber das kann ja wohl auch nicht das Ziel der rechten Ratshälfte sein. Die bürgerliche Politik richtet sich einseitig auf eine Kostenreduktion aus, im frommen Vertrauen einer Leistungsunwirksamkeit. Da ist sie also gläubiger als der Papst. Der Sprechende appelliert an die Mitglieder derjenigen Partei, die sich eine ökonomische Kompetenz auf die Fahne geschrieben hat, und bittet sie, die geplanten Sparmassnahmen bei der Bildung und der Quartierarbeit zu streichen und den Bevölkerungsantrag anzunehmen. Das ist sinnvolles ökonomisches Denken.

Simon Roth erwidert Laura Kopp, dass die SP/JUSO-Fraktion keine Steuererhöhung will. Die Stadt braucht keine Steuererhöhung. Das einzige Strukturelle, das der Sprechende sieht, sind einmalige ausserordentliche positive Effekte.

Zu Peter Krummenacher, der sagte, man könne das Sparpaket nicht aufschnüren, bemerkt der Sprechende, dass die SP/JUSO-Fraktion einen Vorschlag gemacht hat, sie war bereit, ernsthaft darüber zu diskutieren. Wenn jetzt die ganze bürgerliche Parlammentshälfte wegen bestimmter Massnahmen Krokodilstränen heult und sagt, man schätze das Engagement, aber ein Verzicht auf einzelne Massnahmen sei nicht möglich, dann ist das für den Sprechenden leeres Blabla. Die bürgerlichen Fraktionen waren nicht bereit, eine Lösung zu suchen. Wenn sie schon versichern, sie hätten stundenlang diskutiert, dann hätte irgendeinmal auch etwas dabei herauskommen müssen.

Peter With: Was Urban Frye in einer gefühlten Dreiviertelstunde dargestellt hat, lässt sich in einem einfachen Satz zusammenfassen: Sparmassnahmen können zu höheren Folgekosten führen. Das bestreitet der Sprechende nicht, das ist so. Allerdings ist der Umkehrschluss natürlich nicht richtig, dass man nämlich Geld sparen würde, wenn man höhere Ausgaben macht. Dann könnte die Stadt ja Millionen in Deutsch als Zweitsprache hineinstecken und am Schluss würde sie noch Geld zurückerhalten. So ist es eben nicht. Es gibt einen Punkt, wo es kippt, wo mehr Investitionen nicht eins zu eins auch mehr Erträge ergeben. Deutsch als Zweitsprache wird ja nicht abgeschafft, sondern es sind einfach ein paar Kinder mehr in der Lerngruppe. Die ganze Kalkulation, die Urban Frye vorgeführt hat, ist letztendlich ein Kaffeesatzlesen.

Man berücksichtigt dabei nicht, wie die Schüler im Unterricht mitmachen, man berücksichtigt nicht, wie die Lehrer auf die neue Situation eingehen, man berücksichtigt nicht, ob es überhaupt eine Rolle spielt, wenn es in der Klasse den einen oder anderen Schüler mehr hat. Diese Kalkulation ist einfach falsch und geht so nicht auf. Der Sprechende ist davon überzeugt, dass die Reduktion bei Deutsch als Zweitsprache kaum ins Gewicht fallen wird, denn die Stadt ist dort immer noch über den kantonalen Vorgaben.

Christian Hochstrasser: Peter With hat recht: man kann nicht alles voraussehen, wie es wirklich herauskommt. Aber der Sprechende hat heute Morgen in diesem Parlament gehört, dass auf den Pausenplätzen zu wenig Deutsch gesprochen werde. Aus seiner Erfahrung als Berufsschullehrer kann er sagen, dass Deutsch für viele der Schlüssel ist, ob die Lehre abgeschlossen wird oder nicht. Dabei spielt es keine Rolle, in welcher Berufssparte; es geht darum, ob man die Fragen versteht, ob man sich ausdrücken kann, vor allem schriftlich. Wenn zu wenig Deutsch gesprochen wird, so wäre das doch ein Grund zu sagen, man brauche Massnahmen, damit man gerade bei fremdsprachigen Kindern das Deutsch verbessert. Das würde der Stadt gesellschaftlich und ökonomisch etwas bringen. Der Sprechende denkt, dass das unbestritten ist. Eine Massnahme, die dazu beiträgt, ist eben DaZ. Bei diesem DaZ will man aber jetzt Ressourcen kürzen, wodurch die Gruppen grösser werden. Diejenigen, die behaupten, Gruppenunterricht sei mindestens so gut oder sogar besser als kleinere Gruppen oder Einzelunterricht, sollen sich einmal daran erinnern, wie viel ihnen der Blockflötengruppenunterricht beim Blockflötenspielen geholfen hat. Oder wie war es in der Skischule, wenn man in einer Zehnergruppe dem Skilehrer nachgefahren ist? Das müsste man sich überlegen, wenn man darüber diskutiert, welches wohl die effizientere Möglichkeit ist, den Schülern etwas beizubringen.

GPK-Präsidentin Luzia Vetterli bezieht sich auf das Votum von Marcel Lingg: Was er über den Ablauf sagte, ist nicht korrekt. Ein Bevölkerungsantrag kann nach Art. 101a des Geschäftsreglements sowohl eine Motion als auch ein Postulat sein. Die Ansicht von Marcel Lingg, dass der Bevölkerungsantrag nur als Postulat behandelt werden könne, ist überholt. Der vorliegende Bevölkerungsantrag ist klar motionsfähig, allein schon vom Betrag her, um den es geht, wenn auf diese Sparmassnahmen verzichtet wird. Und weil es ein Dringlicher Bevölkerungsantrag ist, muss er an der heutigen Sitzung behandelt werden und nicht später einmal im Rahmen eines Berichts. Das Vorgehen ist durchaus korrekt. Es würde auch überhaupt keinen Sinn machen, wenn man in vier Monaten noch einmal über dieses Thema diskutieren würde. Das war übrigens auch früher nicht der Fall; die Sprechende erinnert z. B. an die Sache mit dem Michaelshof und der Bibliothek in Ruopigen.

Michael Zeier-Rast muss im Zusammenhang mit Blockflötenunterricht etwas zu Christian Hochstrasser sagen. Er will alle Anwesenden daran erinnern, dass es auf dieser Welt nicht nur die Schweiz und nicht nur das schweizerische Bildungssystem gibt. Und es ist auch nicht nur die Schweiz, aus welcher Leute kommen, die etwas können. Es gibt Orchester von internationaler Bedeutung, die nur in Klassenverbänden gelernt haben, mit Instrumenten, die eigentlich unbrauchbar waren. Es ist nur eine Frage der Einstellung, sowohl von denjenigen, die unterrichten, wie von jenen, die in der Klasse sind. Blockflöte ist ein wunderbares Beispiel: Wenn man nicht gern in den Blockflötenunterricht geht, nützt keine Lernform etwas. Das ist das Problem. Der Sprechende will damit nicht sagen, Deutsch als Zweitsprache sei nicht wich-

tig; im Gegenteil, es ist sehr wichtig und entscheidend, und es braucht Mittel dafür, das ist klar. Aber es ist auch eine Einstellungsfrage. Man kann nicht einfach sagen, es gehe nur mit kleineren Gruppen, es dürfe keine grössere Gruppe sein. Es gibt heute alle pädagogischen Formen, und je nachdem, wie sie eingesetzt werden, erreicht man damit einen optimalen Lernerfolg, einzeln oder in Gruppen.

Der Grosse Stadtrat lehnt den Dringlichen Bevölkerungsantrag 290 ab.

Fortsetzung der Beratung des Berichts und Antrags 24/2015: „Haushalt im Gleichgewicht“

DETAIL

Kapitel 1 und Kapitel 2: Keine Wortmeldung.

Kapitel 3, Hinweise zu einzelnen Sparmassnahmen, und Kapitel 4, Massnahmen in der Kompetenz des Grossen Stadtrates, werden anhand des Anhangs 1, der Gesamtliste der Massnahmen, behandelt.

SOD 1: Keine Wortmeldung.

SOD 2 Wohnbegleitung und Anlaufstelle Vermieter

Theres Vinatzer: Die SP/JUSO-Fraktion stellt den **Antrag, auf diese Sparmassnahme zu verzichten** und den Ausbau der Wohnbegleitung auf Personen ausserhalb der WSH wie geplant umzusetzen. Der Verzicht auf den Ausbau der Wohnbegleitung gehört zu den Massnahmen, bei denen man zwar kurzfristig Kosten spart, mittel- und langfristig jedoch höhere Kosten generiert. Den Ausbau der Wohnbegleitung wollte man nicht einfach, weil man dachte, es wäre doch nett, wenn noch mehr Menschen von diesem guten Angebot profitieren könnten. Nein, der Ausbau wurde von den Sozialen Diensten vorgeschlagen, weil sie im Kontakt mit ihren Klientinnen und Klienten gesehen haben, dass man mit der Wohnbegleitung, die sich übrigens bei Menschen in der WSH bestens bewährt hat, in einigen Fällen verhindern könnte, dass Menschen ihre Wohnung verlieren. Da es sich bei dieser Zielgruppe um Menschen handelt, die auf dem Wohnungsmarkt kaum Chancen haben, ist die Folge eines Wohnungsverlustes dann oft, dass eine Beistandschaft eingerichtet werden muss oder die Personen in die WSH abrutschen. Beides ist mit hohen Kosten verbunden.

Im Vorfeld wurde vorgeschlagen, man solle doch jetzt diese Massnahme einmal umsetzen und dann in einem Jahr schauen, ob es zu Folgekosten gekommen sei. Das ist nach Ansicht der Sprechenden eine Alibiübung, weil man im Alltag der Sozialen Dienste ja bereits gesehen hat, dass es zu Folgekosten kommt, und der Ausbau die Antwort auf diese Feststellung ist. Darum bittet die Sprechende die Mitglieder des Grossen Stadtrates, auf diese Massnahme zu verzichten.

Katharina Hubacher: Diese Massnahme kann man unter diejenigen einreihen, von welchen man definitiv sagen kann, dass sie langfristig mehr kosten. Wer seine Wohnung verliert und selber nicht mehr in der Lage ist, ohne Hilfe eine neue Wohnung zu finden, braucht diese Unterstützung, sonst kostet es eben mehr. Die Investitionen der bisherigen Begleitungen zeigen, dass es billiger ist, wenn man solche Leute im Wohnverhältnis begleitet, in welchem sie sind. Es profitieren nicht nur die betroffenen Personen, es profitieren vor allem die Vermieter, denn sie haben weniger Reklamationen, weniger Umstände mit den betroffenen Personen und den übrigen Mietern im Haus. Wenn in einem Haus schwierige Wohnverhältnisse geregelt werden müssen, ist das für eine Vermietung immer ein riesiger Aufwand. Darum ist das eine Massnahme, die den Direktbetroffenen hilft, und ebenso den Vermieterinnen und Vermietern und den übrigen Wohnleuten im Haus. Der Profit ist somit auf allen Ebenen. Die G/JG-Fraktion bittet die Mitglieder des Grossen Stadtrates, auf den Wohnbegleitungsausbau nicht zu verzichten, sondern ihn so wie geplant umzusetzen.

Agnes Keller-Bucher: Die Wohnbegleitung ist ein freiwilliges Angebot der Stadt Luzern. Damit wird den Sozialbezügern Unterstützung bei Wohnproblemen geboten. Jetzt wird aber auf einen Ausbau verzichtet. Die CVP-Fraktion kann diese Massnahme unterstützen, weil das bisherige Angebot weiterläuft und man wirklich nicht von einem Abbau sprechen kann.

Laura Kopp: Die GLP-Fraktion lehnt den Antrag ebenfalls ab. Es handelt sich um eine Massnahme, die gar noch nicht eingeführt wurde. Würde man den Ausbau jetzt vornehmen, wäre es später schwierig, ihn wieder rückgängig zu machen, wenn die Stadt wieder einmal sparen müsste. Aufgrund der jetzigen Situation empfiehlt die GLP-Fraktion, auf neue Angebote und einen Leistungsausbau zu verzichten.

Peter With: Tatsächlich ist es möglich, dass diese Sparmassnahme Mehrkosten zur Folge haben wird, wenn man den ursprünglich vorgesehenen Ausbau nicht umsetzt. Aber, so wurde auch in der Kommission argumentiert, man kann das nicht beziffern. In der Kommission wurde der Stadtrat ja explizit gefragt, ob es Folgekosten gibt oder nicht. Es ist eine Daueraufgabe des Stadtrates, das zu beobachten. Der Stadtrat ist jetzt der Meinung, der Verzicht sei möglich und werde nicht zu Mehrkosten führen. Sollte es aber trotzdem zu Mehrkosten kommen, müsste man natürlich auch im Sinn einer Sparmassnahme dann eine solche Anlaufstelle umsetzen. Aus diesem Grund ist die SVP-Fraktion dagegen, die Massnahme jetzt herauszustreichen. Sie bittet aber den Stadtrat, darauf zu achten, dass es eben auf lange Sicht tatsächlich eine Sparmassnahme bleibt.

Katharina Hubacher: Der Ausbau der Wohnbegleitung ist ja eine Idee der Sozialdirektion, um Kosten zu sparen. Denn die Mitarbeitenden der Sozialen Dienste sehen im täglichen Umgang mit den Betroffenen, dass es besser wäre, man würde gleich am Anfang investieren und sie, solange sie noch eine Wohnung haben, begleiten, damit sie nicht ausziehen müssen. Nach Ansicht der Sprechenden ist es nicht nötig, jetzt noch ein Jahr zu warten und dann alle Massnahmen und Beistandschaften zusammenzuzählen, welche darauf zurückgehen würden, dass man die Wohnbegleitung nicht ausgebaut hat. Die Mitarbeitenden der Sozialen Dienste haben jetzt schon hingeschaut und gesehen, dass Personen ihre Wohnung verlieren, die sie mit einer Begleitung nicht verloren hätten. Das weiss man bereits, das muss man nicht noch ab-

warten. Deshalb wurde ja auch der Vorschlag gemacht, die Wohnbegleitung auszubauen. Die Sprechende wüsste nicht, weshalb man jetzt noch abwarten sollte. Wenn man die Wohnbegleitung ausbauen würde, könnte man letztlich sparen.

GPK-Präsidentin Luzia Vetterli: Dieser Antrag wurde auch in der GPK gestellt und mit 5 : 6 Stimmen abgelehnt. Die GPK hat jedoch ausdrücklich festgehalten, dass es ein Reporting braucht, damit man sieht, ob die Sparmassnahme zu allfälligen Mehrkosten führt. Die Sozialkommission soll regelmässig informiert werden, wie sich diese Kosten entwickeln.

Sozialdirektor Martin Merki: Die Wohnbegleitung gibt es bereits. Sie ist zuständig für die 1700 WSH-Bezügerinnen und -bezüger in der Stadt Luzern. Darüber hinaus leistet sie auch Arbeit zugunsten des Erwachsenenschutzes, um mitzuhelfen, dass Personen, für welche von der KESB Massnahmen angeordnet wurden, nicht aus ihrer Wohnung ausziehen müssen. In diesem Bereich unterstützt die Wohnbegleitung also bereits zusätzlich Leute mit einer schwachen Wohnkompetenz. Die Stadt Luzern hat zudem das Wohncoaching mit Freiwilligen angefangen, die professionell begleitet werden. Es gibt auch seit drei Jahren zusätzliche Notwohnungen. Bei der GSW gibt es viele Wohnungen für Leute mit schwacher Wohnkompetenz. Was hier angedacht war, wäre über die reine Wohnbegleitung der WSH-Bezügerinnen und -bezüger hinausgegangen und hätte sich auf Gruppen bezogen, die ebenfalls eine schwache Wohnkompetenz haben. Der Antrag, die Wohnbegleitung auszubauen, basiert auf der qualitativen Einschätzung derjenigen, die in der Wohnbegleitung arbeiten. Es ist aber unmöglich, wissenschaftlich fundiert und auf Zahlen gestützt zu sagen, ob es diesen Ausbau der Wohnbegleitung genau in dieser Art braucht. Das wird man vermutlich auch in einem halben Jahr oder in einem Jahr nicht beantworten können, wenn die Wohnbegleitung in der Sozialkommission Rechenschaft ablegt. Aber man wird dann wieder eine qualitative Einschätzung machen, ob die Beanspruchung der Wohnbegleitung gestiegen ist und wie hoch der Bedarf bei der Gruppe mit schwacher Wohnkompetenz ist. Mit Zahlen wird man das jedoch nicht ausdrücken können. Darum will der Sprechende die Erwartungen dämpfen, man könne zu einem späteren Zeitpunkt mögliche Folgekosten stringent einschätzen. Das wird man nicht machen können. Aber man wird die qualitative Einschätzung der Mitarbeitenden in der Wohnbegleitung haben, die sehr wertvoll ist.

Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann macht eine generelle Bemerkung zu den Anträgen, welche sich auf die Massnahmen in Kapitel 3 beziehen. Rein formell gesehen sind das alles Protokollbemerkungen. Dessen muss man sich bewusst sein. Aber es ist in Ordnung, wenn man der Einfachheit halber von Anträgen spricht.

Der Grosse Stadtrat lehnt den Antrag der SP/JUSO-Fraktion, die Massnahme SOD 2 zu streichen, ab.

An dieser Stelle, vor der Massnahme SOD 3, Quartier- und Stadtteilpolitik, wird das Traktandum 3.3 behandelt.

3.3 Bericht 25/2015 vom 19. August 2015: Evaluation der Quartier- und Stadtteilpolitik

EINTRETEN

Sozialkommissionspräsidentin Theres Vinatzer: Die Sozialkommission des Grossen Stadtrates hat an ihrer Sitzung vom 10. September 2015 den Bericht 25/2015: „Evaluation der Quartier- und Stadtteilpolitik“ beraten. Die Kommission äussert sich grossmehrheitlich positiv zu den Ergebnissen des Evaluationsberichts und zur Quartierarbeit allgemein. Der Bericht, der auf dem Evaluationsbericht von Interface beruht, zeigt auf, dass die im B+A 12/2011 beschlossenen zwölf Massnahmen fast vollständig umgesetzt wurden und ihre Wirkung entfalten konnten.

Die Kommission teilt die Erkenntnis aus der Evaluation, dass vor allem die Kinder- und Jugendarbeit mit ihren dezentralen Strukturen in den Quartieren für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Stadt Luzern von grosser Bedeutung ist. Durch die persönlichen Kontakte mit den Kindern und Jugendlichen, die Unterstützung bei der Umsetzung von Ideen und Projekten sowie die Vernetzungsarbeit mit der Schule, mit Quartiervereinen und der kirchlichen Jugendarbeit leistet die Quartierarbeit einen grossen Beitrag im Bereich Prävention und Integration.

Die Kommission nimmt ebenfalls erfreut zur Kenntnis, dass die Quartierarbeit, entgegen anfänglicher Befürchtungen, die traditionellen Vereine, die kirchlichen Angebote und die Arbeit der Quartiervereine nicht konkurrenziert und dies von den Quartierkräften auch so wahrgenommen wird.

Auch der Projektpool wird sowohl von den Quartierkräften als auch von der Kommission positiv gewürdigt, wobei über die Höhe der Äufnung die Meinungen auseinandergingen. Handlungsbedarf sieht die Kommission bei einer Schärfung und Abgrenzung der Aufgaben des Koordinationsauftrags der Quartierarbeit und der Fach- und Anlaufstelle für Quartieranliegen in der Baudirektion. Ausserdem wird von einzelnen Mitgliedern gewünscht, dass in Anbetracht des demografischen Wandels der Fokus in Zukunft vermehrt auch auf die dezentrale Altersarbeit gelegt werden soll.

Eine kleine Minderheit sieht die Quartierarbeit nach wie vor als Bevormundung der Bevölkerung und lehnt sie als unnötig ab.

Bei der Schlussabstimmung liess die Sprechende die Kommission nach Art. 53 abstimmen, da sie den vorliegenden Evaluationsbericht als Rechenschaftsbericht und nicht wie im Beschlussdispositiv vorgesehen als Planungsbericht eingestuft hat. Rechenschaftsberichte kann man genehmigen, teilweise genehmigen oder nicht genehmigen. In der Schlussabstimmung wurde der Bericht „Evaluation der Quartier- und Stadtteilpolitik“ von der Sozialkommission einstimmig genehmigt.

Eine Klärung mit Toni Göpfert im Nachgang der Sitzung zeigte, dass das Abstimmungsverfahren deshalb nach Art. 52 gewählt wurde, weil mit dem Fazit des Stadtrates zukunftsgerichtete Schlüsse gezogen werden und man den Evaluationsbericht daher als Planungsbericht einstufte. Da nun im Rat, wie im Abstimmungsdispositiv vorgesehen, nach Art. 52 abgestimmt wird und der Bericht somit zustimmend, ablehnend oder neutral zur Kenntnis genommen werden kann, haben einzelne Mitglieder der Sozialkommission für die heutige Ratssitzung anderslautende Anträge in Aussicht gestellt.

Judith Dörflinger Muff: Zeitgleich mit dem Sparvorschlag des Stadtrates wurde dem Grossen Stadtrat die Evaluation der Quartier- und Stadtteilpolitik vorgelegt. Der Stadtrat hat sich bewusst entschieden, die Evaluation schlank zu halten, um die zeitlichen Rahmenvorgaben einhalten zu können. Er hat deshalb fünf der zwölf vor vier Jahren installierten Massnahmen ausgewählt, die er evaluieren liess. Wahrscheinlich sind sich alle einig, dass es wünschenswert gewesen wäre, wenn die Evaluation vor der Erarbeitung des Sparpakets vorgelegen hätte. Aber noch ist es ja nicht zu spät für allfällige Korrekturen.

Es fällt der Sprechenden schwer, die beiden Geschäfte unabhängig voneinander zu betrachten. Doch sie wird versuchen, sich in diesem Votum auf die konkreten Evaluationsergebnisse zu beschränken, ohne den geplanten Abbau bereits in ihre Ausführungen einzubeziehen. Quartierarbeit und Stadtteilpolitik ist eine vielfältige Aufgabe. Vor zehn Jahren hat man sie ins Leben gerufen und vor vier Jahren wurde der Ausbau beschlossen. Seither ist viel passiert. Das Angebot der Quartierarbeit ist vielfältig:

- Regelmässige Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche, insbesondere für jene, die nicht in Vereinen eingebunden sind.
- Unterstützung bei der Umsetzung von eigenen Ideen. Dieses Angebot gilt sowohl für Kinder und Jugendliche als auch für alle andern Quartierbewohner und die Quartiervereine. Damit bewirkt man die Gestaltung des öffentlichen Raumes. Gemeint ist auch die Leitung von Schülerräten, die Initiierung von Projekten und Aktionen in Quartieren.
- Aufbau und Unterhalt von Früherkennungsnetzwerken mit der Schulsozialarbeit, Jugendarbeit und der Sozialarbeit der Pfarreien.

Das sind nur einige Aspekte des Angebots. Die anfängliche Skepsis einiger Akteure in Bezug auf die Notwendigkeit der Quartierarbeit ist in den meisten Fällen der Erkenntnis gewichen, dass Quartierarbeit neben dem Engagement von Privaten und Vereinen ein wesentlicher Faktor für lebendige Quartiere ist. Die dezentrale Organisation ist hierzu von zentraler Bedeutung.

- Quartierarbeit ist Präventionsarbeit, sie fördert die Partizipation und Integration der Quartierbewohner.
- Quartierarbeit hilft, Identifikation mit dem Quartier zu schaffen.
- Quartierarbeit bringt Menschen zusammen.

Kurz: Es ist gut investiertes Geld, das Folgekosten verhindern hilft.

Zusammenfassend wird im Bericht festgehalten,

- dass der Ausbau der Quartierarbeit auf sieben Standorte breit abgestützt und als notwendig betrachtet wird;
- dass der Projektpool wirkungsvoll die Freiwilligenarbeit stärkt;
- dass die dezentralen Strukturen die richtige Form für die Unterstützung des zivilen Engagements sind;
- aber auch, dass die Information über die Zuständigkeiten noch verbesserungswürdig ist;
- und zum Schluss, dass alle Massnahmen weiterzuerfolgen sind.

Die SP/JUSO-Fraktion geht mit dem Stadtrat in all diesen Punkten einig und würde sogar auch einem weiteren Ausbau nicht widersprechen. Sie tritt auf den Bericht ein und wird ihn **zustimmend** zur Kenntnis nehmen.

Marcel Lingg: Sparprogramme machen keine Freude. Hätte die Stadt Geld im Überfluss, würde sich auch die SVP-Fraktion bei einigen Massnahmen, vor allem im Bildungsbereich oder beim Unterhalt, gegen eine Reduktion einsetzen oder sie erst gar nicht vorschlagen. Sparen ist wahrlich nichts Schönes. Ob man als Familie sparen muss: Ehepartner und Kinder sind kaum begeistert. Ob man als Unternehmer Sparmassnahmen umsetzen muss: auch Mitarbeiter werden betroffen sein. So geht es auch den Politikern: sie wissen, dass auch die Bevölkerung individuell durch Verzicht etwas beitragen muss.

Doch es gibt auch Positionen in diesem Sparpaket, welche die SVP-Fraktion nicht nur des Geldes wegen, sondern auch aus ideologischen Gründen streichen würde. Hierzu zählt die Führung von Quartierbüros beziehungsweise die vorliegende Quartier- und Stadtteilpolitik.

Die SVP-Fraktion hat sich schon seit Jahren kritisch ablehnend gegen diesen Auf- und Ausbau ausgesprochen. Der Sprechende nimmt also nicht an, dass die generelle Skepsis und Ablehnung der SVP-Fraktion gegen dieses Angebot heute noch gross überrascht.

Kinder und Jugendliche leben und wachsen in drei Beziehungsebenen auf:

- Das ist einerseits die Familie. Da sollte nach Ansicht der SVP-Fraktion der Staat nur in absoluten Notfällen eingreifen und sich über die Familie setzen.
- Dann gibt es die Schule. Da ist es gerade umgekehrt: da übernimmt der Staat seit eh und je die Führung.
- Und dann gibt es den Freizeitbereich.

Die Freizeitgestaltung – und da unterscheidet sich die SVP-Fraktion eben von den Mitte-Linksparteien – soll ihrer Ansicht nach nicht durch den Staat geführt und organisiert sein. Die Fraktion geht immer noch davon aus, dass die heutige Gesellschaft, Kinder und Jugendliche, aber auch Erwachsene, in der Lage sind, ihre Freizeit ohne staatliche Animation und Anleitung zu gestalten. Der Staat sollte sich höchstens im Bereich der Infrastrukturbereitstellung eingeben, also Turnhallen und Lokalitäten zur Verfügung stellen. Für die Freizeitgestaltung stehen auch für Kinder und Jugendliche seit jeher private Organisationen bereit, die dieses Angebot ebenso gut, ja sogar besser anbieten können, Vereine, welche leider in Konkurrenz zu staatlichen Einrichtungen schleichend an Bedeutung verlieren.

Was der SVP-Fraktion zu denken gibt, ist die Tendenz, dass man entgegnet, Kinder und Jugendliche könnten sich ohne staatliche Freizeitangebote nicht mehr sozialverträglich entwickeln. Heute Morgen fiel bereits das Wort „adäquate Förderung“. Man argumentiert, dass die gesellschaftliche Entwicklung und das Zusammenleben von den Quartierbüros abhängig sei. Wenn ein solches Denken vorherrscht, wenn man eben der Ansicht ist, Kinder oder Jugendliche würden ohne dieses staatliche, flächendeckende Angebot in ihrer Entwicklung nicht mehr richtig gefördert, kann sogar der Sprechende verstehen, dass man bestürzt ist, wenn nun ein Abbau stattfindet. Es ist tatsächlich unlogisch, einerseits die Quartierarbeit als unentbehrlich zu werten und andererseits trotzdem nicht bereit zu sein, Mittel zu sprechen beziehungsweise sogar zu erhöhen.

Auch wenn heute ein kleiner Schritt zurück gemacht wird, ist es doch nur eine Frage der Zeit, bis der nächste Ausbau beantragt, ja sogar hier drin beschlossen wird. Denn solange es quartierbürolose Quartiere oder Quartierteile gibt, wird es immer Kinder und Jugendliche geben, die dieses Angebot noch nicht beanspruchen können und für die die Politiker ein Angebot bereitstellen müssen.

Man wird also ein Gefangener der pauschalisierten Erfolgsstory der Quartierbüros. Der vorliegende Bericht ist nur ein Beispiel dafür. Eigentlich ist es ja heute schon so, dass man fast als

jugend- und kinderfeindlich angesehen wird, wenn man sich nicht dafür einsetzt, dass jedes Kind und jeder Jugendliche von einem Quartierssozialarbeiter betreut werden kann. Flächen- deckend muss es sein, staatlich muss es sein, aus einem Büro mit den grossen Buchstaben Q und A.

Dabei attestiert man dieser Generation doch, dass auch diese noch jungen Menschen sehr wohl in der Lage sind, die Freizeit ohne dauernde Überwachung und Führung von erwachse- nen Sozialarbeitern zu gestalten. Es sei nur ein Beispiel erwähnt, welches der Sprechende der Zeitung entnommen hat, aus einem Interview mit einem Quartierssozialarbeiter: Braucht es wirklich Steuergelder für die Löhne von Sozialarbeitern für ein Projekt „Flimmerpause“, in welchem Kinder, je nach unterschiedlichem Gesichtspunkt, motiviert oder gezwungen wer- den, eine Woche auf Fernsehen, Handy und Computer zu verzichten?

Doch da heute ausser der SVP-Fraktion wohl alle im Grosse Stadtrat der Ansicht sind, dass solche staatliche, wie auch immer motivierte Projekte notwendig sind, bleibt ihr vielleicht nur noch eine Hoffnung: dass möglicherweise eine nächste Generation von Jugendlichen sich selber von der Bevormundung durch Quartierssozialarbeiter abwenden wird, dass Werte wie Selbstgestaltung und Eigeninitiative von den Jugendlichen selber wieder eingefordert wer- den. Vielleicht wird auch die Politik ausserhalb der SVP dereinst zur Erkenntnis kommen, dass eine allumfassende staatliche Einflussnahme in allen Lebensbereichen, auch in der Freizeit- und Familiengestaltung, sowohl aus gesellschaftlicher wie finanzieller Betrachtung nicht die Lösung aller Probleme sein kann.

Wenn der Sprechende jetzt immer Kinder und Jugendliche erwähnt hat, soll man ihm bitte nicht entgegnen, dass die Quartierarbeit auch für erwachsene Personen tätig sei. Er will ein- fach seine Fraktionserklärung nicht noch mehr in die Länge ziehen.

Was soll man nun von diesem Bericht halten? Es ist nicht mehr und nicht weniger als eine sündhaft teure Werbezeitschrift für staatliche Quartierarbeit. Für einige Fraktionen mag die- ser Bericht nun als zusätzliche Rechtfertigung gelten, jährlich solche Millionenkosten zu spre- chen. Doch nur schon ein Blick auf die Liste der Interviews, auf welchen die Erstellung des Berichts basierte, sagt eigentlich alles: Kritische Stimmen wurden erst gar nicht aufgenom- men.

Die SVP-Fraktion **beantragt deshalb ablehnende Kenntnisnahme** zum B 25/2015.

Die SVP-Fraktion beantragt zur Massnahme SOD 3 folgende Protokollbemerkung:

| |
|--|
| Auf eine Weiterführung der Quartier- und Stadtteilpolitik, insbesondere der Führung von Quartierbüros, wird verzichtet. |
|--|

In der Gesamtplanung 2016–2020 **beantragt die Fraktion die Ablehnung des Ziels 3.2.**

Ali R. Celik macht zuerst eine Vorbemerkung: Die Politik muss sich nicht unbedingt um die Erledigung der routinierten Aufgaben kümmern. Die fixen Vorgaben beziehungsweise Auf- gaben kann die Verwaltung besser erledigen als die Politikerinnen und Politiker. Die Politik hat vor allem die Aufgabe, Entscheidungen zur Gesellschaftsentwicklung zu treffen und de- ren Umsetzungsprozess zu begleiten.

Mit der Quartier- und Stadtteilpolitik hat die Stadt einen sehr kreativen und integrativen Schritt für die sozialräumliche Entwicklung beziehungsweise für den gesellschaftlichen Zu- sammenhalt in die Wege geleitet. Worum geht es dabei? Es geht um Kinder- und Jugendar- beit, es geht um die Quartierbevölkerung, es geht um verschiedene Generationen, es geht um die Koordination der Quartiervereine und -verbände, es geht um Partnerschaften und Bezie-

hungsarbeit, und schliesslich geht es um die sozialräumliche Entwicklung der Stadt Luzern. Mit der Motion „Quartierarbeit überprüfen und stärken“ hat Rieska Dommann einen guten Schritt in die Wege geleitet. Der Evaluationsbericht, insbesondere das Gutachten zur Quartier- und Stadtteilpolitik, liefert wichtige Erkenntnisse, nämlich dass sich bisher geleistete Arbeiten gelohnt haben. Der Sprechende zitiert dazu aus dem Gutachten:

„Die Quartier- und Stadtteilpolitik konnte dazu beitragen, dass Prozesse für eine bessere gesellschaftliche Integration und für einen verstärkten gesellschaftlichen Zusammenhalt in Gang gekommen sind. Verschiedene Bevölkerungsschichten werden für die Themen im Quartier sensibilisiert und das Bewusstsein für eine gemeinsame Verantwortung steigt“ (Seite 30). Das Gutachten schildert nicht nur, welche wertvollen Arbeiten geleistet werden, sondern auch, in welchen Bereichen noch Verbesserungsbedarf besteht. Bevor der Sprechende die Verbesserungsvorschläge des Gutachtens erwähnt, möchte er kurz auf die einseitig formulierte Haltung des Stadtrates bezüglich der Erkenntnisse des Gutachtens eingehen. Er zitiert zuerst einen Satz: „Es ist dem Stadtrat ein grosses Anliegen, die bereits stark engagierten Quartiervereine, quartierbezogene Interessenorganisationen, Elternvereine usw. in ihren Aktivitäten zu unterstützen“ (Seite 5). Diese Haltung des Stadtrates ist sehr begrüssenswert. Wenn man aber die Erkenntnisse des Stadtrates genauer verifiziert, beziehen sich diese nur auf das, was gemacht wurde und was gut gelaufen ist. Aus sparpolitischen Gründen ignoriert der Stadtrat die Verbesserungsvorschläge. Für ihn sind nicht die Verbesserungsvorschläge für die Stadtentwicklung wichtig, sondern das Sparen. Dann fragt man sich, weshalb das Gutachten in Auftrag gegeben wurde, wenn man die Verbesserungsvorschläge zugunsten der Sparpolitik sowieso ignorieren möchte.

Der Sprechende kommt jetzt zu den wichtigsten Verbesserungsvorschlägen des Gutachtens:

1. Der flächendeckende Ausbau der Quartierarbeit für Kinder und Jugendliche auf das gesamte Stadtgebiet wird als wichtigste Massnahme der Quartier- und Stadtteilpolitik erachtet (Seite 21). Der Stadtrat erachtet selber das Engagement der Stadt Luzern in der Quartier- und Stadtteilpolitik im Vergleich mit anderen Städten als angemessen. Gemäss dem Gutachten aber gibt die Stadt Luzern in der offenen Kinder- und Jugendarbeit im Vergleich zu den anderen Städten wenig aus und das Engagement ist eher unterdurchschnittlich (Seite 29).
2. Der Ausbau der Quartierarbeit auf das gesamte Stadtgebiet wird als wichtig für die Gleichbehandlung der Quartiere erachtet. Die Quartierarbeit im Gebiet Tribtschen/Langensand/Schönbühl wurde noch nicht vollständig ausgebaut. Der Stadtrat möchte aus Spargründen darauf verzichten. Im Übrigen ist der Ausbau der Quartierarbeit in diesem Gebiet besonders wichtig, weil vor allem ein Teil des Tribtschenquartiers neu ist und dort auch viele Kinder leben.
3. Durch den Projektpool Quartierleben kamen viele Projekte zustande. Er wirkt motivierend, verbessert die Zusammenarbeit in den Quartieren, ist wirkungsvoll in der Stärkung der Freiwilligenarbeit und fördert das zivile Engagement (Seite 22). Seit der Einführung des Projektpools sind die Gesuche kontinuierlich gestiegen. Die Quartierarbeit geniesst bei der Quartierbevölkerung Wertschätzung. Es besteht weiterhin Bedarf nach Verbesserung der Kommunikation und Information beziehungsweise Bekanntmachung des Projektpools bei der Quartierbevölkerung (Seite 23). Weiterhin könnte die Zusammenarbeit in den Quartieren gestärkt und das Angebot aktiver in der Quartierbevölkerung bekannt gemacht werden.

Zusammenfassend: Wenn die Stadt Luzern eine konstruktive Quartier- und Stadtteilpolitik machen möchte, muss sie die notwendigen Verbesserungen in die Wege leiten, damit die sozialräumliche Entwicklung der Stadt den Bedürfnissen der Bevölkerung entspricht. Die G/JG-Fraktion tritt auf den Bericht ein und wird ihn **zustimmend** zur Kenntnis nehmen. Sie wird den **Verzicht auf die Massnahmen 3 und 58 im HiG beantragen**, damit die Quartierarbeiten optimal geleistet werden können.

Agnes Keller-Bucher: Mit dem Zwischenbericht und der Standortbestimmung liegt eine Evaluation über die Quartier- und Stadtteilpolitik vor. Es ist richtig und wichtig, dass für die Interviews eine breite Palette an Personen ausgelesen wurde, Personen mit unterschiedlichen Berührungspunkten und unterschiedlichen Sichtweisen auf die Quartierarbeit. Ebenso wurden auch verwaltungsinterne Personen befragt. Allerdings ging man nur auf fünf Massnahmen genauer ein. Aus dem Bericht geht hervor, dass die wichtigste Massnahme der Ausbau der Quartierarbeit für Kinder und Jugendliche ist. Dabei geht es um regelmässige Angebote und Unterstützung, womit präventiv auf ein mögliches Problemverhalten eingewirkt werden kann. Das ist ein besonders wichtiger Ansatz. Es ist festzustellen, dass diese Massnahme andere bereits bestehende verbandliche oder kirchliche Jugendarbeit nicht konkurrenziert. Auch aus Sicht der CVP-Fraktion ist das die wichtigste Massnahme. Bei den Massnahmen 2 und 4, wo es um den Koordinationsauftrag Quartierarbeit und um die Fach- und Anlaufstelle für Quartieranliegen geht, ist aus Sicht der Fraktion nicht auseinanderzuhalten, was für Aufgabenbereiche diese haben. Beide Massnahmen sind Info- und Anlaufstellen zur Unterstützung und Beratung. Da fehlt eindeutig eine klare Abgrenzung, was auch aus allen diesen Rückmeldungen hervorging.

Den Projektpool betrachtet die CVP-Fraktion als eine gute Sache. Verschiedenste Gruppierungen, nicht nur die Quartiervereine, können da für ihre Projekte und Anlässe Unterstützung beantragen. Trotzdem wurde der Pool nicht voll ausgenützt. Aus diesem Grund kann man über die Höhe des Betrags nach Ansicht der CVP-Fraktion durchaus diskutieren.

Der Vergleich mit anderen Städten ist ziemlich schwierig, weil sie je nach Grösse auch verschiedene Aufgaben haben, die wichtig sind. Man kann auch nicht davon ausgehen, dass die Quartierarbeit umso besser ist, je mehr Geld fliesst. Aus Sicht der CVP-Fraktion ist es wichtig, dort zu handeln, wo es dringend nötig ist und dringend erscheint. Nicht jedes Quartier muss genau die gleiche Abdeckung haben, einfach weil es so vorgeschrieben ist, sondern man setzt die Kräfte individuell ein. Das heisst, dass nicht in jedem Quartier unbedingt auch ein Quartierbüro installiert werden muss. Man kann die Grenzen ein bisschen anders ziehen, sodass die Quartierarbeit trotzdem gewährleistet bleibt.

Der Bericht bietet nach Ansicht der CVP-Fraktion eine gute Übersicht über die Quartierarbeit in der Stadt Luzern. Die CVP-Fraktion nimmt ihn zur Kenntnis.

Peter Krummenacher hat das meiste bereits in seinem Votum zum Bevölkerungsantrag erwähnt und wird daher jetzt nur ein paar kurze Ergänzungen machen. Der Evaluationsbericht zeigt auf, dass die Quartierarbeit in der Stadt Luzern angemessen und auf dem richtigen Weg ist. Die Notwendigkeit der Quartierarbeit und der notwendige Aufbau werden erklärt und auch von der FDP-Fraktion unterstützt. Die Fraktion dankt für die Arbeit, die für die Quartiere geleistet wurde. Für die weitere Zukunft ist vor allem wegen der Sparmassnahmen die Stärkung der schon jetzt bedeutenden Freiwilligenarbeit eine Voraussetzung. Der Sprechende

will hier anfügen, dass auch ein grosser Teil der FDP-Fraktion aktiv in der Freiwilligenarbeit der Quartiere mithilft.

Ebenfalls muss die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit sicher noch verbessert werden. Zudem wird künftig dem Thema „Wohnen im Alter“ in der Quartierarbeit mehr Gewichtigkeit zukommen. Man spricht jetzt immer von Jugendlichen und Kindern, aber „Wohnen im Alter“ wird in Zukunft sicher eine starke Bedeutung erhalten.

Die FDP-Fraktion hofft, dass die Quartierarbeit weiterhin sehr engagiert weiterarbeitet. Sie nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Laura Kopp verzichtet darauf, alles noch einmal zu wiederholen, was ihre Vorrednerinnen und Vorredner bereits zum Inhalt der Evaluation und zu den evaluierten Massnahmen gesagt haben. In ihrem Votum legt sie den Blick auf einen anderen Punkt. Der Stadtrat schreibt, mit diesem Bericht werde die Motion 109 beantwortet. Damals hat er dem Grossen Stadtrat auf den Herbst 2015 einen vertieften Bericht im Sinne einer Auswertung der Quartier- und Stadtteilpolitik angekündigt. Eine wirklich vertiefte Analyse ist der vorliegende Bericht aus Sicht der GLP-Fraktion allerdings nicht. Es scheint, als ob man die Analyse seit dem Februar 2014 auf die lange Bank geschoben und dann aufgrund der laufenden Arbeiten am Projekt Haushalt im Gleichgewicht als nicht mehr wirklich relevant erachtet hat. Im Frühling dieses Jahres hatte man dann trotzdem noch die Idee, die Evaluation nachzuholen. Aufgrund der mangelnden finanziellen und auch zeitlichen Ressourcen hat man sich dann für eine Evaluation einiger weniger Massnahmen entschieden, und zwar anhand eines qualitativen Vorgehens. Das eigentliche Ziel, also die Ermittlung des Nutzens und der Wirkungen der Quartier- und Stadtteilpolitik, kann man so jedoch nicht erreichen. Die Erkenntnisse der Evaluation sind nicht allgemein gültig. Sie liefern nach Ansicht der GLP-Fraktion darum auch nicht unbedingt eine vertiefte Analyse der Quartier- und Stadtteilpolitik. Vielmehr illustrieren sie die Meinungen der 21 befragten Personen, die auf irgendeine Art und Weise mit der Quartierarbeit oder der Stadtteilpolitik zu tun haben. Allerdings – da ist der Aussage von Marcel Lingg zu widersprechen – gibt es durchaus auch kritische Stimmen unter den interviewten Personen. Allgemeingültige Aussagen über die Wirkungen der Quartier- und Stadtteilpolitik können aber trotzdem nicht gemacht werden. In der Tendenz stellen einige Interviewpartner zwar Veränderungen fest. Ob aber die Quartier- und Stadtteilpolitik zum Beispiel den Werdegang eines Kindes nachhaltig positiv beeinflussen kann, ist aufgrund dieses Berichtes nicht zu erkennen. Insofern spielt es auch keine Rolle, dass die Evaluationsergebnisse, so wie sie sich jetzt präsentieren, bei der Erarbeitung der Massnahmen für das Projekt Haushalt im Gleichgewicht noch nicht vorlagen. Und so betrachtet spielt es grundsätzlich auch keine Rolle, dass es keine Empfehlungen zur Optimierung der Quartier- und Stadtteilpolitik gibt. Trotzdem hätte sich die GLP-Fraktion beides gewünscht. So hätte man zum Beispiel vor der Formulierung der Massnahmen für das Projekt Haushalt im Gleichgewicht auch organisatorische Belange genauer anschauen können. Als Beispiel wurden von Theres Vinatzer schon die Koordinationsarbeit und die Fachstelle genannt. Vielleicht wären dort Synergieeffekte nutzbar gewesen. Die GLP-Fraktion hofft, dass solche Aspekte vom Stadtrat jetzt bei der geplanten Überprüfung der Organisation der Stadtverwaltung und bei der Neuausrichtung der Quartierarbeit besser berücksichtigt werden. Die GLP-Fraktion tritt auf den Bericht ein und nimmt ihn zur Kenntnis.

Rieska Dommann ist die Quartierarbeit, wie die Mitglieder des Grossen Stadtrates wissen, ein Herzensanliegen. Deshalb muss er auf das Votum des SVP-Sprechers reagieren. Die Jugendlichen in der Stadt Luzern sind nicht eine homogene Gruppe, wie dieser es darzustellen versuchte. Es gibt Jugendliche in den Quartieren, die von der Quartier- und Jugendarbeit sehr profitieren. Es gibt selbstverständlich auch viele Jugendliche in den Quartieren, die diese Angebote nicht brauchen und ihre Freizeit selber gestalten. Darum wirkt die Quartier- und Jugendarbeit subsidiär; sie wirkt eben dort, wo Bedarf besteht. Sie wirkt nicht flächendeckend in dem Sinn, dass Jugendliche gegen ihren Willen gezwungen würden, an den Angeboten teilzunehmen. Es ist dem Sprechenden kein solcher Fall bekannt. Er befürchtet darum auch nicht, dass sich die Jugendlichen früher oder später gegen die Quartier- und Jugendarbeit einsetzen oder dagegen antreten würden. Es ist auch nicht so, dass in den Quartieren, wo es eine Quartierarbeit gibt, das Engagement der Zivilgesellschaft abnimmt. Das Gegenteil ist der Fall. Im Quartier Würzenbach, wo sich der Sprechende gut auskennt, gibt es die Quartierarbeit seit 2008. Das Engagement der Zivilgesellschaft in diesem Quartier hat in dieser Zeit nicht abgenommen, sondern im Gegenteil zugenommen. Dem Quartierverein ging es nie besser, er war nie engagierter, er hatte nie mehr Mitglieder als in den letzten Jahren. Ebenso werden auch alle anderen Vereine und Organisationen durch die Quartierarbeit nicht bedrängt, sondern unterstützt. Mit der Quartierarbeit ist in diesem Quartier mehr gesellschaftliches Engagement möglich als ohne Quartierarbeit. Auch der Vorwurf, man habe nur die Personen interviewt, die sowieso positiv eingestellt sind, lässt sich sehr einfach widerlegen. Von den drei Quartiervereinen, die befragt wurden, sind mindestens zwei bekannt dafür, dass sie sich in der Vergangenheit sehr negativ über die Quartierarbeit geäussert haben. Der Quartierverein Würzenbach, der sich bekanntlich seit Jahren sehr positiv äussert, wurde nicht befragt. Die Quartiervereine Hochwacht und Maihof haben immer sehr grosse Skepsis an den Tag gelegt. Möglicherweise haben aber auch sie wie viele andere erkannt, dass die Quartierarbeit ein wertvolles Angebot darstellt, das überhaupt nicht in Konkurrenz steht zu den Quartiervereinen oder zu den anderen Personen, die sich engagieren.

Sozialdirektor Martin Merki: Dass dieser Bericht jetzt mit dem Sparpaket zusammentrifft, ist speziell. Der Evaluationsbericht wurde aufgrund eines politischen Vorstosses in Auftrag gegeben und sollte in diesem Herbst vorliegen. Die Motion 109 verlangte eine neutrale Zwischenbilanz zur Quartierarbeit. Diesen Auftrag hat der Stadtrat erfüllt.

Unter den Voraussetzungen eines 14-Mio.-Sparpakets sind Sparmassnahmen in vielen Bereichen notwendig. Der Stadtrat hat alle Bereiche angeschaut; die Quartierarbeit wurde nicht ausgenommen. Der Vorschlag des Stadtrates ist bezüglich der Auswirkungen für die Bevölkerung moderat und so umsetzbar, dass die guten Resultate, die der Evaluationsbericht aufzeigt, nur gering tangiert werden. Der Bericht zeigt, dass die städtische Quartierarbeit viel erreicht hat und in den meisten Quartieren geschätzt wird, und zwar nicht nur von Quartiervereinen, sondern auch von der Kirche, von weiteren Vereinen, auch von der Schule.

Der Bericht zeigt weiter, dass sich die Quartierarbeit etabliert hat. Die Kommunikation zwischen der Stadt und den Quartiervereinen wurde besser, die Stadtteilkonferenzen zu verschiedenen Themen werden von den Quartiervereinen geschätzt. Bei der Planung werden die Quartiervereine konsequent einbezogen; die Weiterentwicklung in den Quartieren wird mit den Quartiervereinen als ersten Partnern und mit weiteren Partnern geplant.

Zu Marcel Lingg bemerkt der Sprechende, dass man kritische Stimmen, die für die Quartiere auch eine gewisse Repräsentativität haben, fast mit der Lupe suchen musste. Darum wurden die beiden Quartiervereine befragt, die sich in der Vergangenheit negativ geäußert haben, nämlich Maihof und Hochwacht. Weitere Stimmen haben sich in der Vergangenheit nicht entsprechend geäußert. Das hat sich jetzt auch im Zusammenhang mit dem Sparpaket und mit der Massnahme SOD 3 wieder gezeigt: die meisten Quartiervereine bedauern diese Massnahme. Sie zeigen jedoch je nach politischer Haltung mehr oder weniger Verständnis. Aber von allen Kräften in den Quartieren wird zum Ausdruck gebracht, wie wichtig die Quartierarbeit ist.

Die Quartierpolitik der Stadt Luzern baut auf dem Bestehenden auf, sie koordiniert und vernetzt, sie stärkt, was an dezentralen Strukturen schon vorhanden ist, sie stärkt die Quartiervereine, sie stärkt die privaten Kräfte, sie sich in den Quartieren engagieren, sie stärkt damit den inneren Zusammenhalt der Gesellschaft. Ursprünglich wurde ja der Ausbau der Quartierarbeit im Zusammenhang mit der starken Stadtregion und mit der Vergrößerung der Stadt angedacht. Aber es gibt natürlich noch einen anderen ganz wichtigen Grund für die Quartierarbeit: die Individualisierung der Gesellschaft, die dazu führt, dass heute alles schneller und mobiler wird. Da ist die Identität der Quartiere und Stadtteile sehr wichtig. Die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt wollen sich in den Quartieren wohl- und daheimfühlen. Unter diesen Leitsätzen ist die Quartier- und Stadtteilpolitik unterwegs und leistet einen wichtigen Beitrag. Allgemein wurde, wie der Sprechende der Mehrzahl der Stimmen entnimmt, anerkannt, dass die Quartierarbeit in dieser Form nicht mehr wegzudenken ist. Es wurden auch bereits wieder Ideen geäußert, wie man sie noch weiter ausbauen könnte. Wenn man jetzt die Ressourcen noch weiter einschränken wollte, muss man sich bewusst sein, dass man dann noch hinter das zurückgehen würde, was beispielsweise Altdorf oder Adligenswil machen. In Adligenswil stehen im Verhältnis zur Bevölkerungsgröße von 5'500 Einwohnern 160 Stellenprozent in diesem Bereich zur Verfügung. Die Stadt Luzern mit 80'000 Einwohnern hat etwa 800 Stellenprozent. Sie macht also bezogen auf ihre Größe mit vergleichsweise sehr wenig Ressourcen sehr viel.

Baudirektorin Manuela Jost verantwortet in Ergänzung zum Sozialdirektor einen Teil der Quartier- und Stadtteilpolitik in der Verwaltung. Sie möchte einem implizit geäußerten Vorwurf von Ali R. Celik widersprechen, der gesagt hat, der Stadtrat habe die Empfehlungen von Interface in der Evaluation nicht wirklich ernst genommen. Der Stadtrat hat seine Verantwortung wahrgenommen und diese Empfehlungen sehr wohl diskutiert, er hat sie aber auch gewichtet. Er hat sie nicht ignoriert, aber auch nicht einfach telquel umgesetzt. Der Evaluationsbericht enthält sehr wertvolle Hinweise; er macht z. B. in Bezug auf den Teil der Quartierarbeit, der die Baudirektion betrifft, Optimierungsvorschläge, damit die Quartier- und Arbeitsfachstelle, der Projektpool und die Resultate der Stadtteilkonferenz bekannter werden. Da besteht Handlungsbedarf. Der Stadtrat nimmt das ernst und wird diese Empfehlungen auch umsetzen. Aber er hat nicht einfach bei allem gesagt, er wolle das jetzt telquel so übernehmen. Die subsidiäre Tätigkeit der Quartier- und Stadtteilpolitik ist auch für den Stadtrat eine Herzensangelegenheit. Deshalb versucht er, im Rahmen der Möglichkeiten der Stadt die finanziellen Mittel optimal einzusetzen.

Damit ist der Grosse Stadtrat auf den B 25/2015: „Evaluation der Quartier- und Stadtteilpolitik“ eingetreten.

DETAIL

Keine Wortmeldung.

Antrag, Seite 24

Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann wiederholt die drei vorliegenden Anträge: die SVP-Fraktion beantragt ablehnende Kenntnisnahme, die SP/JUSO-Fraktion und die G/JG-Fraktion beantragen zustimmende Kenntnisnahme; die übrigen Fraktionen unterstützen den Antrag des Stadtrates auf blosse Kenntnisnahme.

In der Gegenüberstellung des Antrags auf ablehnende Kenntnisnahme mit dem Antrag auf zustimmende Kenntnisnahme obsiegt Letzterer.

In der Gegenüberstellung des Antrags auf zustimmende Kenntnisnahme mit dem Antrag auf blosse Kenntnisnahme obsiegt Letzterer mit 21 : 25 Stimmen.

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht 25 vom 19. August 2015 betreffend

Evaluation der Quartier- und Stadtteilpolitik,

gestützt auf den Bericht der Sozialkommission,

in Anwendung von Art. 30 Abs. 1 lit. b der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999 und Art. 52 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

Vom Bericht „Evaluation der Quartier- und Stadtteilpolitik“ wird Kenntnis genommen.

Fortsetzung der Beratung des Berichts und Antrags 24/2015: „Haushalt im Gleichgewicht“

SOD 3 Quartier- und Stadtteilpolitik

Ali R. Celik hat schon angekündigt, dass die G/JG-Fraktion den **Antrag** stellt, **auf diese Massnahme zu verzichten**. Er hat auch genug ausführlich begründet, warum die Streichung nötig ist. Deshalb fügt er nur noch kurz ein paar Sätze an. Bevor die Quartierarbeit vollständig aufgebaut ist, will der Stadtrat auf die Installierung des Standortes Tribtschen/Langensand/Schönbühl verzichten und dadurch 100'000 Franken sparen. Gleichzeitig sollen die 50 Stellenprozente für die Fachmitarbeit gestrichen und dadurch 50'000 Franken gespart werden, sowie die Leitung der Quartierarbeit um 20 Stellenprozente reduziert und 30'000 Franken gespart werden. Damit das, was in den letzten Jahren aufgebaut wurde, nicht schon wieder abgebaut wird, erwartet die G/JG-Fraktion die Zustimmung des Grossen Stadtrates zu ihrem Antrag, die Massnahme zu streichen.

Judith Dörflinger Muff braucht die grundsätzliche Haltung der SP/JUSO-Fraktion gegenüber dieser Massnahme wohl nicht mehr weiter zu erläutern. Über den Wert der Quartierarbeit hat der Grosse Stadtrat ja vorhin diskutiert. Sie will hier trotzdem Folgendes festhalten: Von den vorgeschlagenen 84 Massnahmen zur Entlastung der städtischen Finanzen sind es offensichtlich drei, die auch in der Bevölkerung auf grosses Interesse respektive grossen Widerstand stossen. Die Mitglieder des Parlaments haben es heute Morgen, als sie ins Rathaus kamen, eindrücklich gesehen, wie sich die Leute mobilisieren liessen: sie wurden von den Personen empfangen, die sich gegen diese drei Massnahmen eingesetzt und innert kürzester Zeit die nötigen Unterschriften zusammengebracht haben. Das ist eine beachtliche Leistung. Leider war es aber diesen Leuten unter dem Zeitdruck nicht möglich, ihre Überlegungen und Argumente in der Kommission darzulegen und allfällige Fragen zu beantworten. Alle Mitglieder des Grossen Stadtrates haben jedoch von ihnen ein Schreiben erhalten, in welchem sie ihre Argumente darlegen, und dazu kamen noch Informationen von anderen Seiten. Offensichtlich stösst also das Ansinnen, die sich etablierende Quartierarbeit bereits wieder zu schwächen, auf Ablehnung. Der Evaluationsbericht hält fest, dass die Stadt auf einem guten Weg ist, aber noch lange nicht dort, wo sie sein will und sein sollte. Es wurde viel und engagiert gearbeitet, und es geht weiter. Die Quartierarbeit ist in den Quartieren angekommen, jetzt soll sie dort auch ihre Wirkung entfalten können. Dazu braucht sie genügend Ressourcen und die Unterstützung der Menschen. Das Zweite ist ihr sicher, über das Erste kann der Grosse Stadtrat bestimmen.

Der Stadtrat hat Sparvorschläge mit einem Gesamtvolumen von 14 Mio. Franken zusammengestellt. Sein erklärtes Ziel ist es, eine Nettoverbesserung von 11 Mio. Franken zu erreichen. Die Stadt hat also einen Spielraum! Der Grosse Stadtrat muss nicht einfach alle Massnahmen als ein Ganzes durchwinken. Sicher war sich der Stadtrat bewusst, dass sich unter diesen 84 Massnahmen solche befinden, die in der Bevölkerung mehr, und andere, die weniger breit abgestützt sind. Die Massnahme 3 ist offensichtlich eine, die von den Menschen in dieser Stadt gar nicht geschätzt wird.

Nach Ansicht der Sprechenden ist die Befürchtung sehr ernst zu nehmen, dass man die zusammengekürzten Ressourcen, wenn man den positiven Effekt der Quartierarbeit zu einem

so ungünstigen Zeitpunkt mit Sparen schon wieder abwürgt, zuerst einmal in die Reorganisation wird stecken müssen. Wie sie im Eintreten zum Evaluationsbericht schon gesagt hat, ist Quartierarbeit Präventionsarbeit. Und Prävention zahlt sich aus, zwar nicht heute und nicht morgen, aber sie lohnt sich.

Der bei dieser Sparmassnahme angepeilte Spareffekt beträgt 180'000 Franken pro Jahr. Das Sparpaket umfasst 14 Mio. Franken. 180'000 Franken entsprechen nicht einmal 1,5 % der vorgeschlagenen Summe. Alle drei im Bevölkerungsantrag angesprochenen Massnahmen, die auf so grossen Widerstand stossen, könnten ohne Problem gestrichen werden und die Stadt würde die Vorgabe immer noch erfüllen. Die Sprechende ist überzeugt, dass ein Verzicht auf die Massnahme 3 in Zukunft mehr zum Haushalt im Gleichgewicht beiträgt, als wenn sie jetzt umgesetzt wird. Ein Verzicht wäre ganz im Sinn einer Präventionsmassnahme.

Falls die Sprechende die Mitglieder des Grossen Stadtrates aber mit ihren Argumenten nicht überzeugt haben sollte, möchte sie noch einen Kompromissvorschlag unterbreiten: **Der Sparbetrag und die Pensenreduktion werden um die Hälfte gekürzt**, das heisst, die jährliche Einsparung würde bei 90'000 Franken liegen, respektive der Stellenetat um 75 % gekürzt. Die Kürzung bei der Leitungsstelle um 20 % ist ja bereits umgesetzt; die Fachmitarbeit würde gemäss dem Vorschlag der SP/JUSO-Fraktion um 25 % gekürzt und die restliche Reduktion der Stellenprozentage auf die sieben Standorte verteilt. Das ist der **Antrag** der SP/JUSO-Fraktion. Die Sprechende dankt den Mitgliedern des Grossen Stadtrates für ihre Unterstützung!

Laura Kopp: Der Antrag der GLP-Fraktion geht nicht ganz so weit, sondern möchte die Quartierarbeit vor allem im nächsten Jahr entlasten, damit man sie in Ruhe und ohne Hetze neu ausrichten kann. Die Fraktion beantragt eine **Protokollbemerkung**, die wie folgt lautet:

Die Quartierarbeit reduziert ihr Angebot schrittweise respektive richtet dieses schrittweise neu aus. Deshalb soll der vollumfängliche Sparbeitrag von 180'000 Franken erst ab 2017 gelten. Im Jahr 2016 leistet die Quartierarbeit einen Sparbeitrag von 100'000 Franken.

Den Hintergrund für diese Protokollbemerkung bildet nicht nur die Überlegung, dass man die Neuausrichtung in Ruhe machen soll, sondern auch, dass die Quartierarbeit in diesem Jahr schon einige Unwegsamkeiten erleben musste. Es gab personelle Änderungen, die dazu führten, dass Arbeiten nicht so gemacht werden konnten, wie es angedacht war. Er gibt eine Kürzung des Pensums der Leitung. Auf dieser Basis eine Neugestaltung zu machen, scheint der GLP-Fraktion schwierig zu sein und wäre auch langfristig nicht unbedingt nachhaltig. Die GLP-Fraktion beantragt daher, dass die Quartierarbeit erst ab Beginn des Schuljahres 2016/2017 den vollumfänglichen Sparbeitrag leistet. Denn die Sprechende konnte bei einem Verwaltungsbesuch lernen, dass sich viele Angebote der Kinder- und Jugendarbeit eben am Schuljahr ausrichten.

Albert Schwarzenbach: Die CVP-Fraktion hat sich heute Morgen schon verschiedentlich zur Quartierarbeit geäussert. Der Vorschlag, den der Stadtrat im Frühling unterbreitete, als man in diesen Prozess einstieg, sah einen Abbau von sieben auf fünf Standorte und eine Reduktion der Vernetzungsaufgaben von 10 % pro Standort vor. Damit war die Mehrheit der Fraktionen nicht einverstanden, und daraus entstand dann der Kompromiss, der jetzt vorliegt. Hinter diesem Kompromiss kann die CVP-Fraktion stehen, und sie wird deshalb den Vorschlag der GLP-Fraktion konsequenterweise ablehnen.

Das Komitee zum Bevölkerungsantrag „Hände weg! Kein Sparen auf Kosten unserer Kinder!“ hat den Mitgliedern des Grossen Stadtrates ein Argumentarium zugestellt, in welchem zu lesen ist: „Mit neu sechs Standorten muss die ganze Quartierarbeit komplett reorganisiert (neues Konzept, Verlagerung der Büros etc.) werden, was zu hohen Mehrkosten führen wird. Unter dem Strich wird so kaum Geld eingespart.“ Wenn das wirklich so wäre, wäre das wirklich keine gute Sparmassnahme. Deshalb möchte der Sprechende noch eine Stellungnahme vonseiten des Stadtrates zu diesem Satz hören.

Ali R. Celik begrüsst es, dass die GLP-Fraktion nach so langer Verhandlungsphase plötzlich aufgewacht ist. Vielleicht hat sie auch, wie es Baudirektorin Manuela Jost vom Stadtrat gesagt hat, Verbesserungsvorschläge gelesen. Aber trotzdem ist der Antrag nicht optimal. Wenn man ästhetisch etwas macht und in diesem Jahr die Quartierarbeiten eigentlich weiterhin geleistet werden müssen, ist das aus Sicht der G/JG-Fraktion nicht unterstützbar.

Judith Dörflinger Muff: Für die SP/JUSO-Fraktion stellt sich im Zusammenhang mit dem Antrag der GLP-Fraktion die Frage, was der Effekt ist, wenn man den Sparbetrag einfach für das nächste Jahr um 80'000 Franken kürzt. Im Vergleich dazu ist der Vorschlag der SP/JUSO-Fraktion nachhaltiger, denn er sieht über die ganze Zeit eine kleinere Reduktion vor. Richtig ist aber, was Laura Kopp gut aufgezeigt hat: die Sparmassnahme bedeutet für die Leute in der Quartierarbeit aufgrund der aktuellen Situation bereits jetzt eine grosse Herausforderung. Und diese Situation wird noch schwieriger werden, denn sie können ja nicht alle Aufgaben mit immer kleineren Ressourcen erfüllen.

Weiter ist für die Sprechende nicht ganz klar, warum man die Quartierarbeit ans Schuljahr koppeln sollte. Auch in der Sozialkommission wurde von mehreren Seiten bemängelt, dass im Evaluationsbericht die ältere Bevölkerung zu wenig erwähnt wird. Das hat sicher auch mit der Auswahl der Massnahmen zu tun, aber die Quartierarbeit soll nicht an die Schule angehängt werden. Quartierarbeit ist mehr als die Arbeit mit Kindern, die in die Schule gehen; Quartierarbeit betrifft alle Menschen in den Quartieren. Daher scheint der Sprechenden eine Anhängung an den Schuljahresrhythmus nicht notwendig.

Marcel Lingg wiederholt den Antrag der SVP-Fraktion:

Auf eine Weiterführung der Quartier- und Stadtteilpolitik, insbesondere der Führung von Quartierbüros wird verzichtet.

Der Antrag ist in dem Sinn zu verstehen, dass es sich um einen weitergehenden Sparbeitrag in der Höhe von plus/minus 1 Mio. Franken handelt. Die SVP-Fraktion geht also gerade in die entgegengesetzte Richtung als die anderen Fraktionen. Sie hat sich auch überlegt, ob sie noch einmal den weniger weitgehenden Antrag stellen soll, den sie in der GPK eingebracht hat, dass man nämlich zur allerersten Fassung des Stadtrates mit einer Reduktion von sieben auf fünf Quartierbüros zurückkehren würde. In der GPK wurde dieser Antrag jedoch von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Die SVP-Fraktion hat sich jetzt entschieden, diesen extremeren Antrag, den der Sprechende in der Sozialkommission gestellt hat und der dort auch abgelehnt wurde, heute hier im Rat vorzubringen.

Sozialdirektor Martin Merki: Als der Stadtrat diese Massnahme diskutierte und beschloss, tat er das vor dem Hintergrund der ganzen Quartier- und Stadtteilpolitik, zu welcher eben noch

einiges mehr dazugehört, nämlich die Frühe Förderung, Altern in Luzern, die Wohnbaupolitik, die Schulsozialarbeit, kurz zusammengefasst alles, was vor allem für Kinder und Jugendliche und für Ältere getan wird, also für die Gruppen im Quartier, die noch nicht oder nicht mehr so mobil unterwegs sind. In dieser Hinsicht wurde in den letzten drei Jahren viel Grundlagen- und Aufbauarbeit geleistet. Darum – und das ist die Antwort auf die Frage von Albert Schwarzenbach – sind die verbleibenden sechs Standorte in der Lage, die zusätzlichen Aufgaben des einen Standortes, auf den verzichtet wird, zu übernehmen. Die Grenzen werden verschoben, die Einzugsgebiete werden vergrössert, und in den Quartieren müssen Schwerpunkte gesetzt werden. Diese Arbeit wird zusammen mit den Kräften in den Quartieren im ersten Quartal des kommenden Jahres gemacht. Es geht in dieser Diskussion ja nicht um einen einzelnen Standort, sondern um etwas weniger Ressourcen für die gesamte Quartierarbeit. Etwas weniger heisst, dass es an der Front einen Siebtel weniger geben wird. Aber es muss kein einzelnes Quartier bluten. Mit dem Quartierverein Tribtschen/Langensand/Schönbühl ist man im Gespräch und wird dessen Anliegen bei der Umsetzung möglichst berücksichtigen. Es ist im Interesse von allen Beteiligten, dass die Qualität weiterhin so hoch wie möglich gehalten wird. Die Versorgung des ganzen Stadtgebiets kann weiterhin sichergestellt werden. Der Stadtrat ist überzeugt, dass die Quartierarbeit auch mit sechs statt sieben Standorten flächendeckend in der ganzen Stadt gute Leistungen anbieten kann. Die Auswirkungen dieser Sparmassnahme für die Bevölkerung sind vertretbar. Die Quartiere werden weiterhin als Sozialräume betrachtet, und diejenigen Quartiere, die einen besonderen Bedarf haben, werden auch weiterhin besonders gestützt.

Katharina Hubacher ist froh über die klare Antwort des Sozialdirektors. Jetzt wissen es also alle ganz genau: Er hat gesagt, die Grenzen werden verschoben. Das heisst, die ganze Konstruktion, die auf sieben Standorte angedacht und aufgebaut wurde oder sich eben noch in der letzten Phase der Aufbauarbeit befindet, wird neu überdacht. Man beginnt jetzt wieder von vorn und macht sechs Standorte. Die Sprechende glaubt schon auch, dass so die ganze Stadt abgedeckt wird, aber es muss eine Neuorganisation des Ganzen stattfinden. Das muss man sich einmal vorstellen, das ist doch unsinnig. Jetzt wurden sieben Standorte, sieben Regionen geschaffen, sieben Mal hat man sich quartierbezogen überlegt, wie es sein soll. Es muss nicht in allen Quartieren gleich sein, das ist richtig. Jetzt sagt man aber, man mache sechs Gebiete, man verschiebe einfach die Grenzen ein bisschen. Das kann man nicht einfach so schnell machen, sondern da werden Vernetzungsarbeiten und ganze Konstrukte, die eben aufgebaut wurden, wieder abgebaut und dann nochmals neu aufgebaut. Klar kann man vom Bestehenden das eine oder andere hinübernehmen, aber es ist doch eine riesige Übung, nur um ganz wenig Geld zu sparen. Die Mitglieder des Grossen Stadtrates sollen doch ehrlich und vernünftig sein: Diese Sparmassnahme bringt wirklich wenig. Und gleichzeitig neben dem Umbau der Gebiete findet ja noch ein Stellenabbau statt. Für ganz wenig Geld, das man mit dieser Massnahme einsparen kann, wird sehr viel Goodwill zerstört.

András Özvegyi weist darauf hin, dass jetzt fünf verschiedene Protokollbemerkungen in verschiedenen Stufen vorliegen. Zuerst steht der Verzicht auf die ganze Massnahme. Der Sprechende stimmt mit Katharina Hubacher überein, dass die Verschiebung der Grenzen am meisten wehtut. Da muss man Beziehungen verschieben und neu organisieren, es braucht wieder ein Gutachten, auch wenn dieses der Quartierarbeit fast nichts nützt. Dazu wird die GLP-Frak-

tion, je nachdem, wie die Abstimmung jetzt ausgeht, noch eine weitere Protokollbemerkung beantragen, welche die gleiche Kosteneinsparung mit sich bringen wird wie die Massnahme des Stadtrates, aber die Grenzen müssten nicht unbedingt verschoben werden.

Sozialdirektor Martin Merki hat in seinem Votum schon irgendwie vorweggenommen, diese sechs Standorte seien jetzt das Richtige. Die GLP-Fraktion teilt diese Meinung nicht, sie ist nicht überzeugt, dass das wirklich so gut ist. Beim Bericht zur Quartierpolitik hat Sozialdirektor Martin Merki gesagt, die Identität der Stadtteile sei ganz wichtig, sie sei der Schlüssel. Jetzt soll dann aber ausgerechnet der Stadtteil Tribtschen, wo das grösste Schulhaus steht und zu welchem praktisch die ganze linke Seite vom Hirtenhof oben bis in die Tribtschenstadt hinunter gehört, keine Identität mehr haben. Die Grenzen sollen irgendwie ein bisschen verschoben werden, und die Leute werden sich nicht mehr orientieren können, wo sie eigentlich hingehören. Das will der Sprechende auch zur CVP-Fraktion sagen, die ja an den sechs Standorten festhält. Ihm scheint das ein Widerspruch zu sein, und deshalb wirbt er jetzt bereits für die zweite Protokollbemerkung, welche die GLP-Fraktion beantragen wird.

Sonja Döbeli Stirnemann: Judith Dörflinger Muff hat den Antrag der SP/JUSO-Fraktion als Kompromiss bezeichnet. Was im B+A steht, ist bereits ein Kompromiss. Der Stadtrat sah ja ursprünglich eine grössere Kürzung vor, und in der GPK hat man dann diesen Kompromiss gefunden, wie er jetzt im B+A steht. Zu diesem Kompromiss kann die FDP-Fraktion Ja sagen. Man muss immer abwägen. Aber wenn man jedes Mal zu einem Kompromiss noch einen Kompromiss sucht, kommt man nirgends hin. Um den Kompromiss im B+A hat die GPK gerungen; die FDP-Fraktion wird ihm zustimmen. Sie teilt die Ansicht, dass für eine Stadt mit 80'000 Einwohnern sechs Quartierbüros genügen sollten, das ist sicher zumutbar, auch wenn man den Vergleich mit anderen Städten zieht. Wichtig ist auf jeden Fall, dass es keine weissen Flecken gibt und dass kein Quartier bevorzugt wird. Alle Quartiere und alle Stadtteile sind gleichwertig, und das wurde vom Sozialdirektor ja auch zugesichert.

Sozialdirektor Martin Merki: Die Stadt Luzern ist eine Einheit. Sie hat 80'000 Einwohner, es ist keine riesige Stadt. Jetzt wird so getan, also wolle die Sozialdirektion bei der Umsetzung dieser Massnahme eine bürokratische Grossübung mit zusätzlichen Gutachten inszenieren. Das wird ganz sicher nicht stattfinden. Wenn man von der Verschiebung der Grenzen spricht, muss man sich bewusst sein, dass heute schon eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit stattfindet. Das ist z. B. im Maihof so, oder bei der Quartierarbeit in Ruopigen, die sich Richtung Littau hinzieht. Der Bedarf in den Quartieren ist unterschiedlich; im Wesemlin passiert weniger als im Maihof. Die Zusammenarbeit findet jetzt schon statt. Es gibt zwischen den einzelnen Quartieren keinen Stacheldraht. Man setzt Schwerpunkte, und das wird man auch weiterhin tun, nämlich dort, wo es etwas mehr braucht. Wenn es zwischen bestimmten Quartieren mehr Zusammenarbeit braucht, wird sie auch stattfinden. Der Sprechende mahnt, dass man doch jetzt nicht mit den Befürchtungen zu übertreiben beginnt.

Korintha Bärtsch: Die Mitarbeitenden in der Quartierarbeit sind den einzelnen Quartieren zugeteilt, wobei noch ein bisschen vom angrenzenden Gebiet dazukommen kann. Diese Leute sind für ihr Gebiet verantwortlich, sie haben mit den anderen Schlüsselpersonen im Quartier ein Netz aufgebaut, und sie können auch bei den Schulhäusern vor Ort sein. Wenn man jetzt die Quartierarbeit um einen Standort reduziert, muss man diese Vernetzung neu ma-

chen. Dann kann man die Aufbauarbeit, die jetzt geleistet wurde, nicht mehr zu 100 % nutzen, was ja eigentlich die idealste Lösung wäre, sondern vielleicht nur noch zu 60 %. Das heisst, dass diese Massnahme letztlich nicht so kostenneutral umgesetzt werden kann, wie sie eigentlich vorgesehen ist. Peter Krummenacher hat gesagt, man nehme die Quartierarbeit jetzt einfach ein bisschen zurück und organisiere sie anders, aber wenn es der Stadt dann wieder besser geht, könne man sie wieder hochfahren, denn es sei ja eine gute Sache. Der Sprechenden scheint das eine falsche Einstellung zu sein. Und wenn Sonja Döbeli Stirnemann dann sagt, die FDP-Fraktion sei mit sechs Standorten zufrieden, ist die FDP-Fraktion da offensichtlich auch nicht ganz einheitlicher Meinung.

Judith Dörflinger Muff entnimmt dieser Diskussion, dass die Frage der Standorte wirklich sehr umstritten ist. Sie teilt die Befürchtungen von Katharina Hubacher und András Özvegyi, dass es enorm viele Ressourcen, sowohl personelle als auch finanzielle, in Anspruch nehmen wird, bis man die neuen Beziehungen geknüpft hat. Der Aufbau in den neuen Gebieten braucht Zeit, und die Mitarbeitenden in der Quartierarbeit können nicht alles auf einmal leisten, sondern müssen kontinuierlich vorgehen. Sie sind vielleicht erst gerade in den letzten, äussersten Zipfeln der Gebiete, die ihnen zugeteilt sind, angekommen. Wenn man jetzt alles wieder ganz umstellen muss, ist das sehr unglücklich. Die Sprechende will darum noch einmal den Kompromissvorschlag der SP/JUSO-Fraktion ins Spiel bringen. Es gibt keine Vorgabe, dass man zu einem Kompromiss nicht noch einmal einen Kompromiss vorschlagen dürfe. Die Sprechende möchte beliebt machen, an den sieben Standorten festzuhalten. Dadurch könnte man sehr viel Energie dorthin leiten, wo sie auch wirklich hingehört.

GPK-Präsidentin Luzia Vetterli: Bereits in der GPK wurden zu dieser Massnahme diverse Anträge gestellt, so derjenige der G/JG-Fraktion und derjenige der SP/JUSO-Fraktion. Die SVP-Fraktion brachte ihren Antrag in einer abgemilderten Version. Die Anträge wurden einander gegenübergestellt. In der letzten Abstimmung verlor der Antrag der SP/JUSO-Fraktion gegenüber dem Antrag des Stadtrates knapp mit 5 : 6 Stimmen.

Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann wiederholt die fünf Anträge, die sich gegenüberstehen:

- der Antrag der G/JG-Fraktion: vollständiger Verzicht auf die Massnahme;
- der Antrag der SVP-Fraktion, auf die Weiterführung der Quartier- und Stadtteilpolitik vollständig zu verzichten;
- der Kompromissantrag der SP/JUSO-Fraktion: Halbierung der Massnahme;
- der Antrag der GLP-Fraktion, das Angebot der Quartierarbeit schrittweise zu reduzieren, sodass der vollumfängliche Sparbetrag erst auf das Jahr 2017 gilt. Im Jahr 2016 beträgt der Sparbeitrag 100'000 Franken;
- der Antrag der GPK und des Stadtrates.

In der Gegenüberstellung des Antrags der G/JG-Fraktion mit dem Antrag der SVP-Fraktion obsiegt der Antrag der G/JG-Fraktion.

In der Gegenüberstellung des Antrags der SP/JUSO-Fraktion mit dem Antrag der G/JG-Fraktion obsiegt Ersterer mit 24 : 22 Stimmen.

Die Gegenüberstellung des Antrags der GLP-Fraktion mit dem Antrag der SP/JUSO-Fraktion ergibt das Stimmenverhältnis 23 : 23.

In der Wiederholung obsiegt der Antrag der SP/JUSO-Fraktion mit 24 : 22 Stimmen.

In der Gegenüberstellung des Antrags von GPK und Stadtrat mit dem Antrag der SP/JUSO-Fraktion obsiegt der Antrag der GPK und des Stadtrates mit 25 : 21 Stimmen.

Die Massnahme SOD 3 bleibt somit unverändert.

Laura Kopp: Die GLP-Fraktion beantragt noch eine zweite **Protokollbemerkung**, welche András Özvegyi angekündigt hat. Mit ihr soll festgehalten werden, dass man nicht einfach einen Standort, nämlich Tribtschen/Langensand/Schönbühl, aufhebt, sondern die Quartierarbeit soll die Kompetenz erhalten, die Reduktion selber so zu gestalten, wie es ihrem Bedürfnis und Bedarf entspricht. Die Protokollbemerkung lautet wie folgt:

Das Angebot der Quartierarbeit wird reduziert. Die konkrete Gestaltung, Ausrichtung und Standortwahl liegt in der Kompetenz der Quartierarbeit.

Marcel Lingg: Was heisst „in der Kompetenz der Quartierarbeit“? Wenn schon müsste die Umsetzung in der Kompetenz des Stadtrates und des Parlaments liegen. Man kann doch nicht einfach diesen sechs oder sieben Quartierarbeitern die Kompetenz geben, quasi wie in einem Globalbudget alles selber zu entscheiden. Der Sprechende sieht nicht, wie das gehen soll.

Laura Kopp: Der GLP-Fraktion geht es vor allem darum, dass die Leute, welche wirklich die Fachkompetenz haben und wissen, wo die besseren Vernetzungen sind, bei der Ausgestaltung der zukünftigen Quartierarbeit mitreden können. Die Sprechende formuliert die Protokollbemerkung so um:

Das Angebot der Quartierarbeit wird reduziert. Die konkrete Gestaltung, Ausrichtung und Standortwahl liegt in der Kompetenz der KJF.

So würden die Bedürfnisse der Quartierarbeit bei der Neuausrichtung wirklich berücksichtigt.

Sozialdirektor Martin Merki: Der Stadtrat lehnt diese Protokollbemerkung ab, denn sie rennt bereits offene Türen ein. Selbstverständlich übernimmt die KJF diese Arbeit, zusammen mit den Betroffenen und mit den Quartierkräften.

Agnes Keller-Bucher: Im B+A steht fast genau der gleiche Text, nämlich dass die Quartiervereine und die Quartierkräfte bei einer Neuaufteilung die einzelnen Standorte selber zuweisen, dass sie also selber zuständig sind. Das Anliegen der GLP-Fraktion wurde da schon aufgenommen, und aus diesem Grund lehnt die CVP-Fraktion die Protokollbemerkung ab.

Der Grosse Stadtrat lehnt die Protokollbemerkung der GLP-Fraktion

Das Angebot der Quartierarbeit wird reduziert. Die konkrete Gestaltung, Ausrichtung und Standortwahl liegt in der Kompetenz der KJF.

ab.

Mittagspause 12.25–13.45 Uhr

SOD 4 bis SOD 8: Keine Wortmeldung.

SOD 9 AHIZ

Laurin Murer: Bei der Massnahme SOD 9 geht es um AHIZ, also um eine Zusatzleistung der Stadt zur AHV und zur IV. Sie ist ein Bonus der Stadt Luzern, den sie den älteren Bewohnern bietet und damit, wie sie auf ihrer Homepage schreibt, den höheren Lebenshaltungskosten in der Stadt Rechnung trägt. Wer wie viel erhält, wird nach einem System analog zu den Ergänzungsleistungen berechnet. Im Jahr 2011 wurden die zur Berechnung benötigten Werte angepasst, sodass die AHIZ-Bezüger weniger erhielten. Natürlich findet die G/JG-Fraktion das nicht gut, aber darüber muss der Grosse Stadtrat jetzt nicht diskutieren. Er muss jedoch jetzt über die Übergangsbestimmungen entscheiden, denn damals wurde festgelegt, dass bei denjenigen Personen, die bereits AHIZ bezogen, der Betrag nicht angepasst wird und sie also ihren Besitzstand wahren können. Die Sparmassnahme SOD 9 will jetzt die Besitzstandswahrung streichen. Das scheint dem Sprechenden so, wie wenn man zu diesen Leuten sagen würde: „Ihr seid sowieso schon alt und werdet euch deshalb sowieso nicht mehr wehren.“ Oder wie ist es sonst zu verstehen, dass jetzt plötzlich auf die Besitzstandswahrung verzichtet werden soll? Ausserdem ist das kein nachhaltiges Sparen, denn es geht da um 70 ältere Personen, für welche jetzt noch die alten Bestimmungen gelten, und es kommen ja definitiv keine neuen dazu. Das heisst, der Betrag wird von Jahr zu Jahr automatisch sinken. Wenn man jetzt auf einen Schlag den Betrag wegstreicht, vermiest man einfach 70 Leuten ihren Lebensabend. Der Sprechende als junger Grüner steht auch für die Rentnerinnen und Renter ein, und mit ihm zusammen die ganze Fraktion. Sie **beantragen** deshalb, **auf die Massnahme komplett zu verzichten**, insbesondere da sich die Reduktion ja mittelfristig sowieso automatisch ergibt.

GPK-Präsidentin Luzia Vetterli: Dieser Antrag wurde auch in der GPK gestellt und mit 5 : 6 Stimmen abgelehnt.

Theres Vinatzer: Die SP/JUSO-Fraktion stellt den **Antrag, auf den zweiten Teil der Massnahme zu verzichten**. Mit dem ersten Teil, dem Löwenanteil dieser Sparmassnahme, nämlich dass analog zur Regelung in den Heimen jemand erst AHIZ erhält, wenn er sein Vermögen bis auf 8'000 Franken beziehungsweise bei Ehepaaren bis auf 16'000 Franken aufgebraucht hat, kann die SP/JUSO-Fraktion leben. Mit dem zweiten Teil der Massnahme will der Stadtrat auch die altrechtliche Regelung in Bezug auf die Höhe der Auszahlung aufheben. Dies betrifft unter anderem 13 Einzelpersonen und ein Ehepaar über 75 Jahren, welche bei der Halbierung der AHIZ im Rahmen des Sparpakets 2011 mehr als 2'000 Franken erhielten. Damals sagte man explizit, man wolle nicht, dass alte Menschen umziehen und allenfalls ihr Quartier verlassen müssten. Daher belies man bei diesen Menschen die Auszahlungen nach altrechtlicher Regelung.

Diese Situation ist heute noch genau so wie 2011. Wenn jetzt der Stadtrat sagt, er werde Härtefälle aus dem Sozialfonds bezahlen, spart man in diesem Fall ja nichts. Es wird aber mit Sicherheit Menschen geben, die sich ihre Wohnung nach neuem Recht nicht mehr werden leis-

ten können, aber zu stolz sind, um Beiträge aus dem Sozialfonds anzufordern. Bei diesen Menschen besteht die Gefahr, dass sie eine günstigere Wohnung suchen und ihr gewohntes Umfeld verlassen. Man weiss, dass ein Wohnungswechsel im hohen Alter zur Destabilisierung der ganzen Lebenssituation führen kann, was nicht selten zu einem verfrühten Heimeintritt führt.

Diese Massnahme ist für einige wenige Menschen sehr hart und nach Ansicht der Sprechenden einer sozialen Stadt unwürdig. Zudem handelt es sich um eine Einsparung von maximal 32'000 Franken.

Die Sprechende bittet daher die Mitglieder des Grossen Stadtrates dringend, wenigstens auf den zweiten Teil der Massnahme zu verzichten.

GPK-Präsidentin Luzia Vetterli: Der Antrag der SP/JUSO-Fraktion wurde in der GPK so gestellt und mit 5 : 6 Stimmen abgelehnt, der Antrag der G/JG-Fraktion wurde in der GPK nicht so gestellt.

In der Gegenüberstellung des Antrags der G/JG-Fraktion (die Massnahme ganz streichen) mit dem Antrag der SP/JUSO-Fraktion (die zweite Hälfte der Massnahme streichen) obsiegt Letzterer.

In der Gegenüberstellung des Antrags der SP/JUSO-Fraktion mit dem Antrag der GPK und des Stadtrates obsiegt Letzterer mit 20 : 25 Stimmen.

Die Massnahme SOD 9 bleibt somit unverändert.

SOD 10, BID 11 und BID 12: Keine Wortmeldung.

BID 13 Streichung separater Kredit Autorenlesung

Laurin Murer: Das ist keine grosse Sparmassnahme, da geht es lediglich um 1,5 % des ganzen Sparpakets. Trotzdem stört die G/JG-Fraktion diese Sparmassnahme. Es wird auch da wieder bei der Schule gespart, dieses Mal beim Lesen. Offenbar ist die Alphabetisierung der Kinder nicht so wichtig, oder wie sonst ist denn diese Sparmassnahme zu verstehen? Der Sprechende sieht drei Arten, wie man sie verstehen könnte:

1. Die Autorenlesung wird gestrichen.
2. Der Bibliothekskredit wird pro Jahr um 22'000 Franken gekürzt.
3. Man versucht es mit einer Mischung von diesen beiden Möglichkeiten.

Für die G/JG-Fraktion sind alle drei Arten keine Option. Sie **beantragt** deshalb, den Kindern zuliebe **diese Massnahme zu streichen** und damit auf diesen kleinen Anteil des Sparpakets zu verzichten.

GPK-Präsidentin Luzia Vetterli: Dieser Antrag wurde in der GPK nicht gestellt.

Simon Roth: Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt den Antrag. Der Sprechende erinnert sich an seine eigene Geschichte: er hat nie gern gelesen, aber nachdem einmal eine Autorenlesung mit Ruedi Klapproth stattgefunden hatte, begann der Sprechende zu lesen und wurde später

Bibliothekar. Wenn man immer – zu Recht – darüber jammert, dass die Lesekompetenz bei den Kindern abnehme, dann ist es hier der falsche Ort, um zu sparen.

Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst hält fest, dass die Bibliothekskredite nicht ausgeschöpft sind. Darum kann man, wenn man solche Autorenlesungen, welche die Sprechende gut findet, veranstalten will, auf die bestehenden Bibliothekskredite zurückgreifen.

Der Grosse Stadtrat lehnt den Antrag der G/JG-Fraktion, die Massnahme BID 13 zu streichen, ab.

BID 14: Keine Wortmeldung.

BID 15 Reduktion Lektionenzahl DaZ (Deutsch als Zweitsprache)

René Meier: Nachdem das Parlament den Bevölkerungsantrag mit seinen drei Verzichtsanträgen abgelehnt hat, will die SP/JUSO-Fraktion doch noch einmal auf das Thema DaZ zurückkommen, und zwar im Sinne eines Kompromisses, wie die Fraktion es angekündigt hat. Für die SP/JUSO-Fraktion – und der Sprechende hofft, nicht nur für sie – ist eine frühe und intensive Sprachförderung in Deutsch zentral für eine erfolgreiche Schul- und später auch für eine erfolgreiche Berufskarriere. Ohne gute Deutschkenntnisse können die jungen Menschen ihr Potenzial nie ausschöpfen.

Wie der Bevölkerungsantrag zeigt, ist das auch für Eltern selbstverständlich und den Lehrpersonen ein wichtiges Anliegen.

Übrigens müsste eine gute Deutschförderung auch für die Wirtschaft ein wichtiges Anliegen sein, denn so könnte sie ihre künftigen Fachkräfte, die sie braucht, unter gut ausgebildeten inländischen Mitarbeitenden rekrutieren.

Die SP/JUSO-Fraktion ist überzeugt, dass eine Sprachförderung in kleinen Gruppen wirkungsvoller ist als in grossen, insbesondere in der intensiven Phase. Das ist auch bei anderen Bildungsangeboten so: wenn man Intensivkurse macht, sind das nicht Grossgruppen, sondern es ist Einzel- oder Kleingruppenunterricht. Später, wenn man diese Phase hinter sich hat, kann man selbstverständlich auch in grösseren Gruppen unterrichten, und das ist auch das Ziel des Kompromissvorschlages der SP/JUSO-Fraktion. Der **Antrag lautet, die Anzahl der DaZ-Lektionen auf 0,8 Lektionen pro Lernende/n festzulegen** und nicht auf 0,66, wie es im Sparpaket vorgesehen ist. Dadurch ergibt sich immer noch ein Sparbeitrag von zirka 1 Mio. Franken pro Jahr, und trotzdem ist es möglich, denjenigen Schülerinnen und Schülern, die es nötig haben, eine intensivere Sprachschulung zu bieten.

Es geht um diejenigen, die es nötig haben. Mit der Lektionenzahl pro Lernende/n wird ein Rahmen definiert, was aber nicht heisst, dass dieser einfach per se ausgeschöpft werden muss, sondern dieser Unterricht wird nach Bedarf erteilt, das heisst, wenn Bedarf vorhanden ist. Es geht also nicht nach dem Giesskannenprinzip. Wenn es die 0,8 Lektionen pro Lernende/n nicht braucht, werden sie eben nicht ausgeschöpft. Es ist auch nicht in jedem Schulhaus und in jedem Schuljahr gleich. Das gehört zu den Führungsaufgaben der Schulleitungen, entsprechend zu schauen, dass der DaZ-Unterricht sinnvoll eingesetzt wird. Die SP/JUSO-Fraktion ist auch überzeugt, dass die Gefahr besteht, Kosten auf später zu verschieben, wenn man beim DaZ-Unterricht reduziert. Klassenwiederholungen sind ja auch nicht ganz billig, und einige

Kinder werden dann auch Schwierigkeiten bei der Berufswahl und beim Berufseinstieg haben. Mit dem Kompromissvorschlag der SP/JUSO-Fraktion hätte man ein grösseres Potenzial, um Kinder intensiv zu fördern, wenn es nötig ist.

Urban Frye: Nachdem die G/JG-Fraktion mit ihrem ersten Antrag nicht durchgekommen ist, unterstützt sie selbstverständlich den Antrag der SP/JUSO-Fraktion. Simon Roth hat vorhin ein eindrückliches Beispiel erwähnt: er kam mit Leseförderung in Kontakt und wurde später Bibliothekar. Das lässt sich jetzt genauso auf dieses Thema anwenden: es ist ungeheuer wichtig, die Begabungen von Kindern zu entdecken und zu fördern, damit sie nicht verborgen bleiben und es nicht zu einem sprachlichen Defizit kommt.

Der Grosse Stadtrat lehnt den Antrag der SP/JUSO-Fraktion ab.

BID 16: Keine Wortmeldung.

BID 17 Sekundarschule: Prüfungsvorbereitungskurse

GPK-Präsidentin Luzia Vetterli: Die GPK stellt den **Antrag, auf diese Massnahme zu verzichten.**

Laurin Murer: Die G/JG-Fraktion kann sich dem Antrag anschliessen. Diese Massnahme führt zu einer Zweiklassengesellschaft. Wann wird entschieden, was aus einem Jugendlichen wird? Bei den meisten so etwa im 9. Schuljahr. Für viele in der Sekundarschule gibt es dann eine Option auf eine weiterführende Schule. Diese Schulen verlangen aber oft eine Aufnahmeprüfung, für die man lernen muss. Deshalb bietet die Stadt für diese Prüfungen eigene Kurse an, damit alle eine gleiche Chance haben. Das entspricht eigentlich völlig einem liberalen Denken. Auf alle Fälle wäre es asozial, wenn man es nicht machen würde. Der Sprechende begreift wirklich nicht, weshalb man mit dieser Massnahme genau diese liberalen und sozialen Kurse abschaffen will. Dann könnten nur noch Jugendliche mit reichen Eltern solche Kurse besuchen. Das ist eine Entwicklung, welche die G/JG-Fraktion auf keinen Fall will. Deshalb beantragt sie zusammen mit der GPK die Streichung dieser Massnahme, die übrigens auch nur 2 ‰ des ganzen Sparpakets ausmachen würde.

Marcel Lingg: Die SVP-Fraktion stellt den **Antrag, die Protokollbemerkung der GPK abzulehnen.** Diese Prüfungsvorbereitung sollte sowieso zum eigentlichen Schulstoff, zum Kernstoff einer Schule gehören. Die Fraktion hat sich gefragt, wieso man überhaupt noch zusätzliche Kurse zur Prüfungsvorbereitung anbietet. Die Schüler sollen während der drei Sekundarstufenjahre so vorbereitet werden, dass sie diese Prüfungen bestehen können. Es tönt vielleicht hart, aber realistisch muss man doch einsehen, dass jemand, der nach neun Schuljahren ein entsprechendes Lerndefizit aufweist, dies mit ein paar wenigen zusätzlichen Stützkursen eben leider auch nicht mehr aufholen können wird.

René Meier: Die SP/JUSO-Fraktion unterstützt den Antrag der GPK. Der Sprechende hat letzte Woche im Bus einen Flyer für private Prüfungsvorbereitungskurse gesehen. Offensichtlich besteht ein Bedarf nach einem solchen Angebot. Das können sich aber nur wenige leisten,

und genau diese Situation, dass einfach nur Jugendliche mit vermögenden Eltern solche private Kurse besuchen und von einer Prüfungsvorbereitung profitieren können, sollte man doch vermeiden. Denn dadurch würde die Chancengleichheit beschnitten. Das sieht übrigens das Kinderparlament der Stadt Luzern auch so und findet die Massnahme unfair. Es ist auch wirklich nicht eine Sparmassnahme, es geht um 25'000 Franken im Jahr.

Sandra Felder-Estermann: Ob eine weiterführende Schule für die Schulabgänger in Frage kommt und welche die richtige ist, hängt in erster Linie vom Niveau und vom Interesse der Schülerinnen und Schüler ab. Ob ein Prüfungsvorbereitungskurs bezahlt ist, ist dann zweitrangig. Andere Gemeinden zahlen das nämlich auch nicht. Die Tochter der Sprechenden war in einer solchen Gemeinde und hat trotzdem die nötige Unterstützung erfahren. Die Schüler erhalten von ihren Lehrpersonen alte Prüfungsexemplare und können so herausfinden, wie lange eine solche Prüfung ist, was gefragt wird, ob es überhaupt ihrem Wissensniveau entspricht. Dann können sich die Jugendlichen entsprechend entscheiden, ob diese weiterführende Schule wirklich das Richtige für sie ist. Daher unterstützt die FDP-Fraktion den Antrag der SVP-Fraktion und lehnt die Protokollbemerkung der GPK, die Massnahme sei zu streichen, ab.

Mirjam Fries: Die CVP-Fraktion hat die Bildungsdirektion so verstanden, dass es nicht die Absicht ist, die Schüler nicht mehr auf diese Prüfungen vorzubereiten, sondern diese Vorbereitung muss einfach im übrigen Unterricht Platz haben, sei es in der IF oder in der Aufgaben- und Lernhilfe. Daher unterstützt auch die CVP-Fraktion den Antrag der SVP-Fraktion.

Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst: Es gehört tatsächlich zum Auftrag der Oberstufe, eine solche Prüfungsvorbereitung zu machen. Die Vorbereitungskurse waren ein Zusatzangebot zu diesem Auftrag der Oberstufe. Der Geschäftsbericht des letzten Jahres enthielt, wie die Sprechende glaubt, noch die Zahlen, wie viele Jugendliche nach der Oberstufe eine Anschlusslösung hatten: ausser zwei hatten alle eine Anschlusslösung. Leider führt man diese Zahlen – die Sprechende weiss nicht, aus welchen Gründen – jetzt nicht mehr auf, aber sie möchte, dass man das künftig im Geschäftsbericht auch wieder sieht. Man muss sich das einmal vorstellen: ausser zwei Jugendlichen, welche vielleicht aus einer ein bisschen schwierigeren Situation kamen, hatten von der Oberstufe der Stadt Luzern alle eine Anschlusslösung. Diese Sparmassnahme macht zwar nur einen kleinen Betrag aus, aber es geht eben nicht um etwas, was man nicht mehr machen würde, sondern es wird einfach auf ein Zusatzangebot verzichtet.

Der Grosse Stadtrat lehnt den Antrag der GPK auf Streichung der Massnahme BID 17 ab.

BID 18: Keine Wortmeldung.

BID 19 Schulleitungspensum Betreuung

GPK-Präsidentin Luzia Vetterli: Die GPK folgte hier dem **Antrag der Bildungskommission, auf diese Massnahme zu verzichten**, und hat ihn mit 6 : 5 Stimmen überwiesen.

René Meier: Es besteht ein relativ breiter Konsens sowohl beim Kanton als auch in der Stadt und auch in der Bildungskommission, dass die Pensen der Schulleitungen zu knapp bemessen sind. Zu knapp vor allem, um ihre Personalführungsaufgabe richtig wahrnehmen zu können. Wenn eine Schulleitung 40 oder 50 direkt unterstellte Lehrpersonen hat, so reicht die Zeit höchstens für eine Personaladministration, aber nicht für eine richtige Personalführung, wie sie gefordert wird. Das hat auch der Verwaltungsbesuch einer Delegation der Bildungskommission klar aufgezeigt. Der Sprechende glaubt, dass man auch in einer Privatunternehmung nie Führungsspannen von dieser Grösse einrichten würde. Da spricht man im Normalfall von 10–15 Direktunterstellten. Was darüber hinausgeht, geht einfach an der Qualität ab. Ein gutes Personalmanagement, also Personalauswahl, -führung, -beurteilung und -förderung, ist ein zentrales Element der Qualitätssicherung in der Schule oder auch in einem Unternehmen. Die Unterdeckung ist erkannt, aber wie es aussieht, kann es aus finanziellen Gründen weder bei der Stadt noch beim Kanton kurzfristig grosse Veränderungen geben. Es ist aber nicht zu verantworten, die schon erkanntermassen zu knappen Ressourcen noch einmal zu kürzen, auch wenn richtigerweise eine Aufgabe, die einmal im Pflichtenheft einer Schulleitung war, nämlich die Führung der Betreuungsangebote, heute nicht mehr wahrgenommen werden muss. Man kann das Pflichtenheft durchaus anpassen und festhalten, dass diese Aufgabe nicht mehr wahrzunehmen sei, aber es ist falsch, bei dieser Gelegenheit auch die Pensen der Schulleitungen zu kürzen. Darum unterstützt die SP/JUSO-Fraktion den Antrag der Bildungskommission und der GPK, auf diese Sparmassnahme zu verzichten.

Peter With ist in vielen Teilen einer Meinung mit René Meier, aber in der Schlussfolgerung nicht. Tatsache ist, dass man die zusätzlichen Pensen, die einmal für die Betreuung gedacht waren, streichen will, da sie offenbar nicht mehr nötig sind. Wenn diese Pensen nicht mehr nötig sind, muss man sie streichen. Wenn es aber darum geht, dass die Schulleitungen für andere Bereiche ein zu kleines Pensum haben, muss das eben im Rahmen des Globalbudgets entsprechend eingeteilt und umgeteilt werden. Es ist aber sicher nicht sinnvoll, jetzt im Zusammenhang mit einem Sparpaket weiterhin Pensen für eine Betreuung zu sprechen, die es für diese Betreuung gar nicht mehr braucht, sodass die Schulleitungen dann in eigener Kompetenz entscheiden, wofür sie das verwenden. Aus diesem Grund ist es sinnvoll, das zusätzliche Führungspensum für die Betreuung zu streichen. Die SVP-Fraktion **beantragt, die Sparmassnahme gemäss dem Vorschlag des Stadtrates umzusetzen.**

Bildungskommissionspräsidentin Lisa Zanolla-Kronenberg spricht im Namen der Bildungskommission. In der Bildungskommission wurde der Antrag auf Streichung dieser Massnahme mit 7 : 1 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen. Namens der Bildungskommission bittet die Sprechende die Mitglieder des Grossen Stadtrates, die Protokollbemerkung zu genehmigen.

Der Grosse Stadtrat stimmt dem Antrag der GPK mit 25 : 21 Stimmen zu. Die Massnahme BID 19 wird gestrichen.

BID 20 bis BID 31: Keine Wortmeldung.

BID 32 Reduktion IF-Lektionen (Integrative Förderung)

René Meier: Die SP/JUSO-Fraktion stellt den **Antrag auf Streichung dieser Sparmassnahme.**

Das Thema wurde global schon im Zusammenhang mit dem Bevölkerungsantrag andiskutiert. Die Vorgaben des Kantons gehen von einem kantonalen Durchschnitt aus; sie orientieren sich weder am Bedarf der Schülerinnen und Schüler der Volksschule Luzern noch am Selbstverständnis der Stadt Luzern über ihre Volksschule.

Auch das Argument, die IF sei ja jetzt eingeführt, ist nicht schlüssig, denn durch die Einführung hat sich der Bedarf der Schülerinnen und Schüler nicht geändert. Die IF ist ja nicht für die Lehrpersonen, sondern für die Schülerinnen und Schüler. Der Bedarf nach individueller Förderung hat sich nicht geändert, er muss auch nach der Einführungsphase immer noch gleich abgedeckt werden wie vorher.

Der Sprechende wiederholt, was er heute schon einmal sagte: Die Stadt deklariert eine qualitativ hochstehende Volksschule und nicht eine dem kantonalen Durchschnitt angepasste. Man vergisst auch gern, dass IF nicht nur einzelnen Kindern zugute kommt, sondern der ganzen Klasse, also nicht nur den Kindern mit Lerndefiziten, sondern auch den anderen. IF enthält auch Begabungsförderung und generell individuelle Förderung. Die Kürzung trifft daher alle. Deshalb stellt die SP/JUSO-Fraktion den Antrag, auf diese Kürzung zu verzichten und IF so umzusetzen, wie man es auch in der Schulpflege, als man IF einführte, beschloss. Damals hat man gesagt, IF werde kostenneutral umgesetzt, mit dem Niveau, welches die Stadt jetzt hat.

Katharina Hubacher unterstützt René Meier. Es ist wirklich so: als man die Kleinklassen aufhob, wurde versichert, dass das keine Sparmassnahme sei. Man hat immer versprochen, die Einführung von IF führe zu keiner Sparmassnahme. Jetzt, da IF eingeführt ist, hat man plötzlich das Gefühl, man könne doch ein bisschen sparen. Nach Ansicht der Sprechenden geht das definitiv nicht. Die bürgerlichen Fraktionen haben jetzt das Päckli des Stadtrates doch geöffnet, daher könnte man auch bei dieser Massnahme Vernunft walten lassen und IF so lassen, wie sie jetzt ist. IF unterstützt die betroffenen Schülerinnen und Schüler, die Klassen und die Lehrpersonen, und schlussendlich auch die Eltern, wenn diese wissen, dass ihre Kinder eine optimale Förderung erhalten, damit sie mit der Klasse gut weiterkommen und dann auch einen guten Einstieg ins Berufsleben haben.

GPK-Präsidentin Luzia Vetterli: Der Antrag wurde in der GPK mit 5 : 6 Stimmen abgelehnt.

Der Grosse Stadtrat lehnt den Antrag der SP/JUSO-Fraktion, die Massnahme BID 32 zu streichen, ab.

BID 33: Keine Wortmeldung.

Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst will etwas zu dem Strich sagen, der in der Massnahmenliste unter der Massnahme BID 33 gezogen ist. Die Massnahmen der Bildungsdirektion sind jetzt abgeschlossen. Die Sprechende will noch ein paar Bemerkungen zum ganzen Sparpaket anbringen, die ihr wirklich ein Anliegen sind. Sonja Döbeli Stirnemann hat gesagt, die Kosten im Bildungsbereich seien aus dem Ruder gelaufen. Das stimmt natürlich überhaupt

nicht, sie sind nicht aus dem Ruder gelaufen, aber es waren sicher mehr Mittel nötig, gerade auch für die Umsetzung der IF. Die Sprechende ist froh, dass man die Kosten durch die Vergleiche mit dem Kanton und mit den anderen Gemeinden sehr transparent machen konnte. Gestützt darauf hat der Stadtrat dann auch gesagt, dass man bewusst in gewissen Bereichen über den kantonalen Vorgaben ist und das akzeptiert. Gerade in der Schulunterstützung und auch in der Schulpsychologie hat der Stadtrat nicht reduziert. Es ist der Sprechenden ein Anliegen festzuhalten, dass verschiedene Bereiche nicht angefasst wurden, weil der Stadtrat der Überzeugung ist, dass man sie so lassen muss. Sie nennt folgende Stichworte: Klassengrößen, Quartierschulen, Schwimmunterricht, Betreuung. Die Sprechende dankt auch Mirjam Fries, dass sie darauf aufmerksam machte, im Bereich der Betreuung werde die 30%-Abdeckung, die 2012 im Grossen Stadtrat beschlossen wurde, nicht genügen. Die Bildungsdirektion wird wieder mit Begehren kommen, damit man dort mehr machen kann. Man muss bedarfsgerecht vorgehen, und in diesem Bereich hat der Kanton der Stadt schon ein bisschen auf die Finger geklopft.

UVS 34 Reduktion Strassenreinigung

Joseph Schärli: Es gibt in dieser Stadt A-Bürger, B-Bürger und C-Bürger. Aufgrund der Reinigungsintervalle, wie sie auf dem Papier dargestellt werden, ist eine solche Diskussion in der Bevölkerung bereits laut geworden. In den Aussenquartieren sind die C-Bürger, also z. B. in Reussbühl, Littau, Würzenbach, Büttenen. Das sind alles C-Leute; wahrscheinlich zahlen die in Zukunft auch weniger Steuern. Der Sprechende kann nicht verstehen, dass man jetzt plötzlich diese Unterscheidung macht. Wenn es an einem Ort Dreck auf den Strassen hat, dann bleibt er einfach vierzehn Tage lang liegen, ausser die Bürger räumen ihn selber weg. Auf das spekuliert man vielleicht vonseiten der Stadt. Aber auf der anderen Seite ist festzuhalten, dass alle Bewohner der Stadt eine zünftige Steuer bezahlen. Deshalb stellt der Sprechende den **Antrag, diese Massnahme zu streichen** und keine solchen Unterscheidungen zu machen, sondern den Reinigungsdienst aufrechtzuerhalten. Es steht zwar schon, dass bei besonderen Umständen Massnahmen ergriffen werden. Aber wie sieht es denn im Winter aus? Diesbezüglich will er eine Antwort.

UVS-Direktor Adrian Borgula: Selbstverständlich findet keine Einteilung der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt in eine A-, B- und C-Kategorie statt. Die Reinigungsintervalle werden aufgrund der Sauberkeit festgelegt, die in den verschiedenen Bereichen herrscht. Es ist eine Tatsache, dass in der Innenstadt (Zone A) und an den grossen Verkehrsachsen, die im Wesentlichen den B-Raum bilden, viel mehr Littering stattfindet als in den peripheren Quartieren. Das hat überhaupt nichts mit irgendeiner Abwertung zu tun, sondern das Reinigungsintervall misst sich einfach daran, wie sauber oder wie dreckig die Quartiere sind. Das Tiefbauamt würde gern mehr reinigen, aber die Direktion UVS hat selbstverständlich wie die anderen Direktionen auch überprüft, was in ihrem Bereich an Sparmassnahmen möglich ist. Die Leistungen des Tiefbauamtes wurden auch mit externer Unterstützung „geröntgt“, und hier hat sich eine Möglichkeit gezeigt, etwas einzusparen.

Bezüglich des Winterdienstes versichert der Sprechende Joseph Schärli, dass man nach klaren Prioritäten vorgeht: zuerst sind die grossen Verkehrsachsen an der Reihe, namentlich die Verkehrsachsen mit öffentlichem Verkehr, vor allem auch diejenigen, wo die Busse noch den

Berg hinauf müssen. So gehört z. B. die Bernstrasse mit der Linie 12 immer zu den Ersten. In einem weiteren Schritt folgen die Strassen gemäss ihrer verkehrlichen Bedeutung, und schliesslich geht man in die Quartiere. Das Vorgehen erfolgt also klar von der verkehrlichen Bedeutung her und nach der Beurteilung der Verkehrssicherheit, aber nicht nach einer Einteilung der Bürgerinnen und Bürger in eine A-, B- und C-Kategorie. Diese Grundsätze bei der Reinigung und beim Winterdienst wird man auch weiterhin so beachten.

GPK-Präsidentin Luzia Vetterli: Der Antrag auf Streichung der Massnahme 34 wurde in der GPK nicht gestellt.

Markus Mächler: In den Quartieren, welche Kollege Joseph Schärli mit A bezeichnet hat, hält sich erwiesenermassen, wie UVS-Direktor Adrian Borgula schon ausführte, eine hohe Dichte an Personen auf, auch eine hohe Dichte an auswärtigen Personen, die zum Teil aus Kulturen kommen, die unserer Kultur fremd sind. Diese wissen nicht, dass „Dräcksäcke“ aufgestellt wurden oder dass es Abfallkübel gibt, in welchen man in unseren Breitengraden den Unrat entsorgt. In denjenigen Quartieren, die Joseph Schärli mit C bezeichnet hat, verhält es sich dann eben um 180 Grad anders. Da leben die Bürgerinnen und Bürger. Die CVP-Fraktion wird sich auf jeden Fall dafür stark machen, dass diese Massnahme bestehen bleibt, und sie verbindet damit auch ein bisschen die Hoffnung, dass sich in diesen sogenannten C-Quartieren vielleicht der eine oder andere Bürger gewahr wird, was er tut, wenn er sein Zigarettenpäckli und sein Papiernastuch einfach auf den Boden wirft.

Daniel Furrer: Auch die SP/JUSO-Fraktion ist von dieser Massnahme nicht begeistert, vor allem weil das Reinigungsintervall schon beim letzten Sparpaket reduziert wurde. Jetzt wird es noch mehr reduziert. Der Sprechende ist auch ein C-Bürger, aber er findet trotzdem, dass man diese Sparmassnahme, angesichts von anderen Sparmassnahmen, so akzeptieren kann, vor allem auch weil UVS-Direktor Adrian Borgula versichert hat, dass der Winterdienst und die Reinigung weiterhin gewährleistet sind. Die bürgerliche Seite hat es vorhin ein paar Mal erwähnt: Sparmassnahmen sind nicht sexy. Auch diese ist nicht sexy, und sie wird sicher auch nicht sexier, wenn sie jetzt auch noch Littau betrifft.

Katharina Hubacher verwahrt sich gegen das, was Markus Mächler sagte. Es wäre zu kurz gegriffen, das vermehrte Littering im A-Bereich vor allem auf die Touristinnen und Touristen zurückzuführen. Es sind einfach die Massen der Leute in diesem Bereich, die leider zu viel Littering verursachen.

Mit Joseph Schärli geht die Sprechende fast ein bisschen einig, aber aufgrund einer anderen Argumentation. Es betrifft auch hier wieder Stellen in einem Segment, in welchem Leute noch arbeiten können, die es vielleicht nachher schwierig haben, wieder eine Arbeit zu finden. Daher hat die Sprechende fast ein bisschen Sympathie mit dem Antrag, denn sie möchte nicht, dass man immer im untersten Segment Stellen streicht. Auf der anderen Seite hat die linke Ratshälfte vorhin ja wenig Unterstützung erhalten, als es um schwache Schülerinnen und Schüler ging. Die Sprechende wird sich bei dieser Abstimmung der Stimme enthalten.

Der Grosse Stadtrat lehnt den Antrag von Joseph Schärli, Massnahme UVS 34 zu streichen, ab.

UVS 35 bis UVS 41: Keine Wortmeldung.

An dieser Stelle, bei der Massnahme UVS 42, Veloordnungsdienst, wird das Traktandum 3.4 behandelt.

3.4 Bericht und Antrag 21/2015 vom 19. August 2015: Finanzierung Velodienste der Stadt Luzern 2016–2020

EINTRETEN

Sozialkommissionspräsidentin Theres Vinatzer: Die Sozialkommission des Grossen Stadtrates hat an ihrer Sitzung vom 10. September 2015 den Bericht und Antrag 21/2015: „Finanzierung Velodienste der Stadt Luzern 2016–2020“ beraten. Die Sozialkommission ist sich einig: Die Velodienste der Stadt Luzern unter der Führung der Caritas sind in der Stadt Luzern nicht mehr wegzudenken. Unvorstellbar, wie es ohne diese Dienstleistung rund um den Bahnhof und in der Innenstadt aussehen würde. Ebenfalls als sehr begrüssenswert wird auch die Leistungserbringung durch Mitarbeitende wahrgenommen, welche im ersten Arbeitsmarkt wohl kaum Chancen hätten.

Die Velodienste werden als Sozialfirma durch die Caritas Luzern betrieben und bestehen heute aus der bewachten Velostation und dem Veloordnungsdienst. Sie beschäftigen 15–20 Personen, die wiederholt ausgesteuert wurden und keine Arbeit im regulären Arbeitsmarkt mehr finden. Die Reintegration in den ersten Arbeitsmarkt bleibt jedoch stets Ziel.

Da die Führung als Sozialfirma voraussetzt, dass ein Teil des Aufwands aus selbst erwirtschafteten Mitteln finanziert wird, hat die Caritas die Beschäftigungsmöglichkeiten laufend erweitert. So bietet sie neben dem Führen der Velostation und dem Veloordnungsdienst heute eine Vielzahl an Dienstleistungen an, womit die Eigenfinanzierung gesteigert werden konnte.

Im Rahmen der Sparbemühungen von Haushalt im Gleichgewicht erwartet der Stadtrat auch von den Velodiensten einen substanziellen Beitrag, indem die Eigenfinanzierung weiter gesteigert werden soll. Er zeigt denn auch Möglichkeiten auf, mit denen dieses Ziel erreicht werden kann. Vor diesem Hintergrund will der Stadtrat seinen Beitrag an die Velodienste für die nächsten fünf Jahre von heute 1,125 Mio. Franken auf 900'000 Franken reduzieren.

Bezüglich der Umsetzbarkeit der Ertragssteigerung und der vorgeschlagenen Massnahmen bestehen in der Kommission unterschiedliche Meinungen. Eine knappe Mehrheit unterstützt die vorgeschlagenen Massnahmen und findet sie verhältnismässig. Eine knappe Minderheit bezweifelt, dass diese Massnahmen zielführend sind, und lehnt sie ab.

In der Leistungsvereinbarung im Anhang unter 8.1 hat die Kommission einem Antrag der SP/JUSO-Fraktion mit 5 : 4 : 0 Stimmen zugestimmt, wonach ein allfälliger Gewinn neu vollumfänglich der Caritas zukommen soll, abzüglich 20 % für Rückstellungen. Vorgesehen war, dass je 40 % an die Caritas und die Stadt gehen und 20 % für Rückstellungen verwendet werden. Im Beschlussesentwurf wurde der Antrag der SP/JUSO-Fraktion, für die Weiterführung der Velodienste für die Jahre 2016–2020 wie bis anhin 1,125 Mio. Franken zur Verfügung zu stellen, knapp abgelehnt.

In der Schlussabstimmung beantragt die Sozialkommission dem Grossen Stadtrat unter Ziffer I, für die Weiterführung der Velodienste für die Jahre 2016–2020 den Kredit von 900'000

Franken für die nächsten fünf Jahre zu bewilligen, und unter Ziffer II, die Finanzierung der Lohnkosten der teilnehmenden Sozialhilfebeziehenden über die wirtschaftliche Sozialhilfe der Sozialen Dienste zur Kenntnis zu nehmen.

Marcel Lingg: Dieser B+A führt die SVP-Fraktion alle vier Jahre auf eine gewisse Gratwanderung. Ihre Zustimmung zu diesem B+A kann möglicherweise von den SVP-Wählern auf den ersten Blick nicht so akzeptiert werden. Aber die Parlamentarier haben natürlich dadurch, dass sie die Vorlagen vertieft studieren und analysieren, einen anderen Gesichtspunkt, den sie in Betracht ziehen müssen. Der Sprechende kann es vorwegnehmen: Die SVP-Fraktion wird dem B+A mit grösserer Mehrheit zustimmen. Wenn der Veloordnungsdienst normal durch städtische Angestellte über das Tiefbauamt ausgeführt und finanziert würde und entsprechend normale Löhne gezahlt werden müssten, dann müsste man aufgrund einer Kosten-Nutzen-Analyse natürlich sagen, das sei unmöglich, das könne sich die Stadt nicht leisten. Dessen ist sich die SVP-Fraktion bewusst und hat auch vor vier Jahren, als sie dem letzten B+A zu diesem Thema ebenfalls zustimmte, erwähnt, dass es dabei auch um einen sozialen Aspekt geht, indem etwa ein Dutzend oder sogar noch mehr Sozialhilfeempfänger eine Arbeit oder Tätigkeit ausführen können. Es ist auch für die SVP-Fraktion klar, dass es mehr Sinn macht, wenn Sozialhilfeempfänger einer Arbeit, auch wenn diese nicht eins zu eins mit einer Arbeit in der offiziellen Wirtschaft verglichen werden kann, zugeführt werden, wo sie eventuell Chancen nutzen können, auch wieder in den regulären Arbeitsmarkt integriert zu werden. Es ist dem Sprechenden nicht bekannt, wie die Erfolgsaussichten und Erfolge dieser Tätigkeiten aussehen, wie viele Personen wirklich wieder in den Arbeitsmarkt eingeführt werden können. Es war aber auch nicht der Schwerpunkt der Diskussion in der SVP-Fraktion, dieser Frage nachzugehen. Die Fraktion hat sich mehr auf die Finanzierung des Velodienstes fokussiert. Sozialkommissionspräsidentin Theres Vinatzer hat es jetzt nicht erwähnt, aber in der Sozialkommission wurde auch die Jahresrechnung, die Spartenrechnung der Caritas über die Velodienste relativ intensiv angeschaut. Die SVP-Fraktion hat auch bei der Caritas noch nachgefragt, um einen besseren Überblick über die entsprechende Jahresrechnung zu haben. Der Sprechende hält dazu Folgendes fest, denn das muss einfach auch einmal gesagt sein: Auch wenn man immer von einer Sozialfirma spricht, ist es nicht so, dass da eine AG oder eine Genossenschaft tätig wäre, die wirklich ausschliesslich nur für den Veloordnungsdienst beziehungsweise für die Velostation zuständig ist. Was da als Sozialfirma betitelt wird, ist eigentlich nichts anderes als eine Dienststelle oder ein Spartenbereich der Caritas. Der Sprechende will das nicht als Kritik verstanden wissen; es muss einfach einmal gesagt sein, dass es eigentlich nicht eine Sozialfirma ist, sondern wirklich die Caritas selber, welche diese Tätigkeit ausführt und dafür eben die Bezeichnung Sozialfirma verwendet.

Zur Finanzierung und zur Jahresrechnung der Caritas: In der Diskussion hat man vonseiten der Caritas immer wieder den Vorwurf gehört, dass sie mehr als die Hälfte der Aufwände, welche diese „Sozialfirma“ – der Sprechende muss eben diese Bezeichnung trotzdem weiter verwenden – kostet, selber erwirtschaften müsse, und die Stadt Luzern mit den Beiträgen, die der Grosse Stadtrat spricht, nicht einmal 50 % beisteuert. Auch das muss man ein bisschen relativieren, denn es geht bei der Tätigkeit des Veloordnungsdienstes eben nicht nur darum, die Velostation zu führen und auf Ordnung rund um den Bahnhof zu achten. Man muss auch ganz klar festhalten, dass die Caritas oder eben diese „Sozialfirma“ auch privatwirtschaftliche Aufgaben übernimmt, nämlich im Auftrag von nextbike und rentabike, und die Angestellten

oder Sozialhilfeempfänger mehr oder weniger die Hälfte ihrer Tätigkeiten für diese Unternehmen erbringen. Auch das ist nur eine Feststellung und nicht irgendwie eine Kritik. Aufgrund der Gesamtbetrachtung will die SVP-Fraktion der Caritas weiterhin die Chance geben, diese Tätigkeit für die nächsten vier Jahre bis 2020 weiterzuführen. Die Caritas soll diese Chance nutzen, auch wenn sie jetzt ein bisschen weniger Beiträge erhält.

Noch ein kleiner Hinweis zur Protokollbemerkung in Bezug auf die Verteilung des Gewinns, die überwiesen wurde: Die SVP-Fraktion opponiert dieser Protokollbemerkung nicht, weil, wie der Sprechende erwähnt hat, letztendlich der Veloordnungsdienst nicht eine eigene Firma ist, sondern die Finanzen in die Rechnungslegung der Caritas hineingehen. Die Caritas macht ja Spartenrechnungen. In der Jahresrechnung findet sich eine grosse Position Umlagen, bei welcher gemäss der Kostenstellenrechnung die Tätigkeiten der Hauptfirma Caritas belastet werden. Da muss man doch klar sehen, dass die Caritas, ohne böswillig zu sein, mit diesen Umlagen ein bisschen Handgelenk mal Pi selber steuern kann, ob sie jetzt 5'000 Franken Verlust oder 5'000 Franken Gewinn ausweisen will. Wenn man also Prozentsätze für die Gewinnverteilung festlegen will, spricht man vermutlich über etwas, was eigentlich gar nie relevant wird.

Die SVP-Fraktion wird dem B+A mit grosser Mehrheit zustimmen.

Ali R. Celik macht zuerst noch eine Randbemerkung zum B+A Quartier- und Stadtteilpolitik, die er aber nicht als Kritik verstanden wissen will. Er hat nicht ganz verstanden, warum der Stadtrat bei einem B+A, den er selber formuliert und vorgelegt hat, am Schluss nur blosser Kenntnisnahme beantragt. Das konnte der Sprechende nicht nachvollziehen. Vielleicht geschah es aus dem Grund, weil das Gutachten andere Vorschläge machte, aber dann hätte der Stadtrat die Differenz markieren sollen.

Jetzt zu diesem Bericht: Die G/JG-Fraktion ist mit dem Stadtrat einig, dass die Stadt Veloordnungsdienste braucht. Sie tritt auf den B+A ein und stimmt dem beantragten Kredit von 900'000 Franken für die Weiterführung der Velodienste im Sinne des Stadtrates zu. Sie wird auch von der Finanzierung der Lohnkosten der teilnehmenden Sozialhilfebeziehenden Kenntnis nehmen.

Der B+A und insbesondere die Leistungsvereinbarung bezüglich der Velodienste listen schön auf, welche sinnvollen Arbeiten die Veloordnungsdienste für die Stadt leisten. Es ist ja allen bewusst, dass sich in der Innenstadt viele Menschen bewegen, dass die Innenstadt dicht befahren ist und im Verhältnis zu den verschiedenen Nutzungsanliegen der Bevölkerung zu wenig Platz hat. Wollen die Mitglieder des Grossen Stadtrates das Chaos in der Innenstadt vermeiden? Wollen sie in der Innenstadt einigermaßen Ordnung haben, insbesondere im Gebiet rund um den Bahnhof? Wollen sie die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden einigermaßen garantieren? Dann müssen sie erkennen, dass die Veloordnungsdienste einen wichtigen Beitrag für die Öffentlichkeit leisten. Solche Dienste muss man vielleicht in Zukunft sogar weiterentwickeln.

Die Veloordnungsdienste erfüllen, wie bereits erwähnt wurde, auch eine integrative Funktion beziehungsweise einen wichtigen sozialen Aspekt. Sie ermöglichen Arbeitsintegrationsbeziehungsweise Beschäftigungsprogramme für einige Sozialhilfeempfänger. Die Zahl dazu hat Theres Vinatzer vorhin erwähnt.

Die G/JG-Fraktion wird aber an der entsprechenden Stelle bei HiG einen **Verzichtsantrag auf die Massnahme UVS 42** stellen, damit die Beiträge für die Veloordnungsdienste nicht redu-

ziert werden und die Ordnung in der Stadt nicht geschwächt wird. Bei den Leistungen der Veloordnungsdienste Sparübungen zu machen dient keinesfalls der Sache.

Agnes Keller-Bucher: Der Veloordnungsdienst leistet auch nach Ansicht der CVP-Fraktion einen wichtigen Beitrag für die Öffentlichkeit. Mit Aufgaben wie Freihalten von Zonen, Verbesserung der Ordnung, grobe Reinigung der Abstellplätze, Kontrolle und Einsammeln von Velos, Bewachung und Aufsicht der Velostation sorgt er für mehr Sicherheit und für mehr Durchkommen. Die Velodienste werden von der Caritas Luzern als Sozialfirma geführt. Für 15–20 Personen, meist Sozialhilfebeziehende, sichert sie den Arbeitsplatz und leistet Hilfe zur Reintegration in die freie Wirtschaft. Dieses Engagement für sozial schwächere Personen in der Stadt Luzern schätzt die CVP-Fraktion sehr, gelingt es doch manchmal, dass diese Personen aus schwierigen Verhältnissen wieder im normalen Umfeld Fuss fassen können. Aus diesem Grund wird die CVP-Fraktion die Weiterführung der Velodienste für die Jahre 2016–2020 und den damit verbundenen Kredit von 900'000 Franken unterstützen. Bei den Ausführungen über die Generierung von Mehreinnahmen mit verschiedenen Möglichkeiten, um die Eigenfinanzierung oder die Wirtschaftlichkeit zu verbessern, teilt die CVP-Fraktion die Haltung des Stadtrates. Die CVP-Fraktion wird deshalb auch diese Massnahme voll und ganz im Sinn des Stadtrates unterstützen. Sie tritt auf den B+A ein und stimmt dem Kredit von 900'000 Franken zu.

Max Bühler: Es wurde jetzt schon ein paar Mal gesagt: Die Velodienste, welche von der Caritas betrieben werden, sind in der Stadt Luzern eine unverzichtbare Dienstleistung. Ohne die Mitarbeitenden der Velodienste würde in der Innenstadt von Luzern das pure Velochaos herrschen. Ihnen gebührt deshalb grosser Dank. Aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion ist eine Reduktion des städtischen Beitrags alles andere als zielführend, insbesondere wenn man davon ausgeht, dass der Veloverkehr in der Innenstadt in den nächsten Jahren noch zunehmen wird, wie es von der Stadtregierung und dem Reglement für eine nachhaltige städtische Mobilität auch vorgesehen und gewollt ist. Die Velodienste sind enorm wichtig und werden weiter an Bedeutung gewinnen. Die SP/JUSO-Fraktion denkt, dass eine Reduktion des städtischen Beitrags den Druck auf den Betrieb der Velodienste enorm erhöhen und wieder zu einem Velochaos in der Innenstadt führen wird. Auch die im B+A fast etwas nonchalant geäusserte Forderung, wonach von der Caritas erwartet wird, dass sie sich neue Mehreinnahmen erschliesst, um so die Beitragsreduktion ausgleichen zu können, notabene als Sozialfirma ohne Gewinnerwirtschaftung, hält die Fraktion für sehr fragwürdig. Der Auftrag der Caritas ist der Betrieb der bewachten Velostation und der Veloordnungsdienst, und nicht die Akquisition von neuen Einnahmequellen wie zum Beispiel die Erhebung von Administrationsgebühren für falsch parkierte Velos. Speziell bei diesem Punkt wäre die Situation ohnehin sehr heikel, denn es ist praktisch nicht feststellbar, ob jetzt ein Velo tatsächlich falsch geparkt wurde oder ob einfach jemand anderer das Velo umgestellt hat, um Platz für das eigene Velo zu schaffen. Genau solche Massnahmen oder auch eine allfällige Verdoppelung der Tagesgebühr bei der bewachten Velostation, wie sie im B+A ebenfalls angedacht ist, führen nicht gerade dazu, dass das Velofahren in der Stadt attraktiver wird. Vor diesem Hintergrund mutet eine Beitragsreduktion doch schon sehr seltsam an. In diesem Sinne tritt die SP/JUSO-Fraktion auf den B+A ein, aber sie wird den **Antrag stellen, den städtischen Beitrag an die Velodienste im gleichen Umfang wie in den Jahren 2011–2015, also bei 1,125 Mio. Franken, zu belassen.**

Laura Kopp: Auch die GLP-Fraktion ist der Ansicht, dass der Velodienst für die Stadt Luzern eine wichtige Aufgabe übernimmt. Zum einen betreibt er die bewachte Velostation, zum anderen sorgt er mit dem Veloordnungsdienst für Ordnung in der Innenstadt. Leute wie die Sprechende, die täglich nach Bern pendeln, sind froh, dass es einen Veloordnungsdienst gibt. So früh wie die Sprechende ist, findet sie nämlich jeden Morgen immer noch einen Platz. Die GLP-Fraktion begrüsst es deshalb sehr, dass die Zusammenarbeit mit der Caritas fortgeführt wird. Der Stadtrat hat dazu mit der Caritas bereits eine Leistungsvereinbarung ausgehandelt. Das war sicherlich kein einfacher Prozess. Denn darin ist auch eine Kürzung der finanziellen Entschädigung vorgesehen. Die Caritas, die den Velodienst als Sozialfirma betreibt, wird dadurch vor neue Herausforderungen gestellt. Sie muss prüfen, ob und wie sie Mehreinnahmen generieren kann. Das wird keine einfache Aufgabe sein. Trotzdem unterstützt die GLP-Fraktion den Kürzungsvorschlag seitens des Stadtrates. Als Zeichen der Wertschätzung und eventuell als Anreiz, wenn er auch noch so klein ist, soll die Stadt aber den Verteilschlüssel, so wie ihn die Sozialkommission beschlossen hat, zugunsten der Caritas ändern. Die GLP-Fraktion tritt auf den B+A ein, bewilligt den Kredit von 900'000 Franken für die Jahre 2016–2020 und nimmt die Finanzierung der Lohnkosten über die wirtschaftliche Sozialhilfe zur Kenntnis.

Fabian Reinhard: Wenn die Autofahrer ähnlich chaotisch parkieren würden wie die Velofahrer am Bahnhof, hätte die Stadt ein grösseres Problem. Zum Glück ist es bei den Veloparkplätzen nicht ganz so aufwendig aufzuräumen, wie das bei den Autos wäre. Wenn man nämlich nicht aufräumen würde, gäbe es am Bahnhof ein riesiges Chaos. Der Veloordnungsdienst ist also nötig. Zum Velodienst gehört neben dem Veloordnungsdienst auch die bewachte Velostation am Bahnhof. Der Sprechende ist auch Velofahrer; grundsätzlich sind ja alle froh um die Parkmöglichkeit für Velos am Bahnhof. Allerdings hat sich der Sprechende sagen lassen, dass die Velostation sehr schlecht ausgelastet ist, offenbar nur zu 30 %. Das ist überraschend, wenn man die vielen Velos sieht, die um den Bahnhof herum stehen. Das hat aber natürlich Gründe. Die Caritas als Betreiberin der Velostation sieht selber das Problem, dass man heute sein Velo am Bahnhof problemlos und ohne Konsequenzen irgendwo auch illegal abstellen kann. Es gibt also nicht so etwas wie Parkbussen für Velos. Da müsste man wahrscheinlich schon darüber nachdenken, ob man nicht so etwas wie eine „Bearbeitungsgebühr“ für die Velos einführen will, welche von den Veloordnungsdiensten verschoben und an einen anderen Ort transportiert werden müssen. Eine solche Gebühr hätte einerseits eine gewisse disziplinierende Wirkung auf diejenigen, die ihr Velo eben falsch abstellen, und andererseits würde sie auch die Velostation attraktiver machen. Der Sprechende betont noch einmal, dass das nicht seine Idee ist; das sagt die Caritas als Betreiberin dieser Velostation selber. Über eine solche Gebühr sollte man also nachdenken. Es mag sein, dass damit praktische Probleme verbunden sind, wie vorhin gesagt wurde, dass nämlich ein anderer ein Velo wegstellt, damit er sein eigenes hinstellen kann. Das wird aber der Ausnahmefall sein; im Normalfall hat man das Velo selber so hingestellt, wo es dann steht. Grundsätzlich scheint das Modell, dass die Caritas den Leistungsauftrag als Sozialfirma erfüllt, zu funktionieren. „Sozialfirma“ beinhaltet neben dem Wort „sozial“ auch das Wort „Firma“. Deshalb möchte die FDP-Fraktion sehen, dass sich die Caritas weiterhin aktiv darum bemüht,

ihren Eigenfinanzierungsgrad zu steigern. Dass sie das offenbar bereits macht, ist sehr lobenswert.

Die FDP-Fraktion wird dem Antrag auf Änderung des Verteilschlüssels, dass der Caritas mehr von diesen Mehreinnahmen zukommen soll, zustimmen. Das soll für die Caritas auch einen Anreiz darstellen, den Eigenfinanzierungsgrad zu erhöhen. Natürlich kann man das kritisieren, das sei ein Stück weit eine Milchbüchleinrechnung, aber der Anreiz ist nicht falsch. Die FDP-Fraktion tritt auf den B+A ein und stimmt ihm zu.

UVS-Direktor Adrian Borgula dankt für die grundsätzlich sehr positive Aufnahme des Berichts und Antrags. In den Voten wurde gewürdigt, dass die Velodienste auf der einen Seite ein soziales Projekt sind, das Langzeitarbeitslosen eine Beschäftigung in einem marktnahen Umfeld bietet. Ein Ziel ist die Reintegration, weitere Ziele sind, eine mögliche Isolation zu verhindern und Tagesstrukturen anbieten zu können. Das alles hat eine hohe soziale Bedeutung. Es wurde die Frage gestellt, wie erfolgreich man in Bezug auf die Reintegration ist. Tatsächlich konnten nicht sehr viele Teilnehmer aus diesem Projekt wieder in den ersten Arbeitsmarkt zurückkehren, denn es geht ja vorwiegend um Leute, die schon mehrfach ausgesteuert wurden oder mehrfach in der Langzeitarbeitslosigkeit waren. Zur Erfolgsquote kann der Sprechende keine Zahlen nennen; sie ist nicht sehr hoch, aber sie ist auch nicht gleich null. Das Projekt bietet eine Chance, die man nutzen soll; ohne dieses Projekt gäbe es diese Chance praktisch nicht.

Auf der anderen Seite ist der Velodienst ein Mobilitätsprojekt, das den Betrieb der bewachten Velostation und den Veloordnungsdienst in der Innenstadt umfasst. Es ist wie bei der Reinigung im öffentlichen Raum, über welche der Grosse Stadtrat vorhin diskutiert hat: der Einsatz erfolgt dort, wo wirklich ein Bedarf besteht. Der Veloordnungsdienst kommt dort zum Einsatz, wo das Problem am grössten ist, wo es um die Sicherheit für Fussgängerinnen und Fussgänger geht, auch um Sicherheitsmassnahmen, dass im Fall einer Massenpanik die Ausgänge frei sind. Das sind alle Aspekte, die man berücksichtigen muss, wenn man den Veloordnungsdienst betreibt und weiterentwickelt. Der Stadt geht es darum, dieses Projekt, das jetzt auch ein gutes Echo aus dem Rat erhalten hat, weiterzuführen. Alle fünf Jahre – nicht alle vier Jahre, wie Marcel Lingg sagte – wird neu über die Leistungsvereinbarung diskutiert. Der Stadtrat hat aber beschlossen, an die Sozialfirma der Caritas ein bisschen höhere Anforderungen zu stellen, mit ein bisschen mehr Druck, aber auch mit höheren Anreizen die eigenwirtschaftlichen Leistungen zu steigern. Das muss funktionieren und wird auch funktionieren; die Caritas muss ihren Ertragsanteil erhöhen. Dieser Prozess hat schon lange begonnen; der Stadtrat hat hier nicht etwas Neues eingebracht. Die Velodienste haben sich weiterentwickelt, die Velostation kam dazu, die Ordnung kam dazu, und die Caritas hat auch selber geprüft, welche Möglichkeiten es noch gäbe, z. B. im Zusammenhang mit nextbike und rentabike. Da gibt es Synergien, die man nutzen kann, sodass es allenfalls möglich wird, Leute zusätzlich zu beschäftigen. Das scheint dem Stadtrat sehr zweckmässig. Er ist aber auch der Ansicht, dass die Caritas z. B. gerade bei der Nutzung der Velostation einen Beitrag leisten soll, wie auch die Stadt ihren Beitrag dazu leistet. Deshalb möchte der Stadtrat an der bisherigen Aufteilung eines allfälligen Nettoerlöses festhalten. Es ist nicht ganz logisch, wenn ein allfälliger Nettoerlös einfach zu 100 % der Caritas zugutekommt. Das wäre nämlich die Folge der Protokollbemerkung. Natürlich ist der Caritas ein Gewinn zu gönnen, aber die Stadt leistet ja auch ihren Beitrag, damit die Ertragssituation der Caritas besser aussieht. So wurde z. B. für die Velosta-

tion eine bessere Beschilderung installiert. Die Stadt sucht ja auch Wege, damit die Velostation besser genutzt wird. Es ist also zum Teil auch das Verdienst der Stadt, wenn die Rechnung der Velodienste besser werden sollte.

Wie Max Bühler sagte, wäre die Einführung einer Schiebegebühr mit Schwierigkeiten verbunden. Trotzdem ist der Stadtrat der Ansicht, dass man darüber nachdenken muss, denn es darf nicht dazu kommen, dass man sein Velo einfach irgendwo hinstellt, weil man gerade keine Zeit hat, in der Gewissheit, dass man es, wenn es dann nicht mehr da sein sollte, ja im Inseli abholen kann. Diese Haltung hat sich in der letzten Zeit ein bisschen verbreitet; sie darf nach Ansicht des Stadtrates nicht weiter einreissen. Deshalb muss man eine Schiebegebühr prüfen, und dazu braucht es eine rechtlich saubere Ausgangslage. Die Umsetzung könnte schwierig werden, und der Stadtrat hat ja auch nicht gesagt, dass eine solche Gebühr eingeführt wird, aber er will, dass die Möglichkeit geprüft wird. Der Stadtrat hat der Caritas verschiedene Möglichkeiten gezeigt, was sie beachten könnte. Die Leistung der Veloordnungsdienste soll im gleichen Umfang erhalten bleiben, aber die Entgeltung vonseiten der Stadt soll reduziert werden. Die Leistung soll gleich bleiben, denn die Stadt will ja, wie Max Bühler zu Recht sagte, den Veloanteil erhöhen. Zur Optimierung der Veloparkierung in der Innenstadt wird der Stadtrat im Dezember oder Januar in einem B+A sein Konzept vorlegen und mit dem Parlament diskutieren. Deshalb glaubt der Stadtrat auch nicht, dass es in Bezug auf die Leistungen, die in dieser Leistungsvereinbarung sind, eine wesentliche Leistungserweiterung gibt.

Marcel Lingg hat darauf hingewiesen, dass die Rechnungslegung der Caritas nicht optimal ist. Sie ist nicht so transparent und ein bisschen schwierig zu lesen. Darüber wurde auch in der Sozialkommission diskutiert. Das hatte die Stadt der Caritas gegenüber schon zuvor bemängelt. Deshalb ist jetzt auch in der Leistungsvereinbarung festgehalten, dass die Rechnungslegung besser, klarer werden soll. Auch wird der städtische Finanzinspektor einen Blick darauf werfen, und er kann sogar unterjährig Einsicht in die Betriebszahlen nehmen. Das steht auch in der Leistungsvereinbarung. So stellt die Stadt sicher, dass die Rechnungslegung transparenter wird.

Damit ist der Grosse Stadtrat auf den B+A 21/2015: „Finanzierung Velodienste der Stadt Luzern 2016–2020“ eingetreten.

DETAIL

Seite 11 4.2 Entschädigung

Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann lässt hier über den Antrag der SP/JUSO-Fraktion abstimmen, den Beitrag der Stadt nicht zu kürzen, sondern bei 1,125 Mio. Franken statt 900'000 Franken zu belassen.

Der Grosse Stadtrat lehnt diesen Antrag der SP/JUSO-Fraktion ab.

Seite 12 f. 5 Leistungsvereinbarung

Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann lässt bei diesem Kapitel über den Antrag der Sozialkommission abstimmen, den Verteilschlüssel des Nettoerlöses von 60 % Caritas zu 40 % Stadt

Luzern auf 80 % Caritas zu 20 % Rückstellungen zu verändern. Das hat keine Auswirkung auf das Beschlussdispositiv.

Max Bühler bringt ein kleines Korrigendum an: bis jetzt galt 40 % Caritas, 40 % Stadt Luzern und 20 % Rückstellungen, neu wären es 80 % Caritas und 20 % Rückstellungen.

UVS-Direktor Adrian Borgula stellt klar: Das bedeutet, dass die Caritas 100 % erhält, denn sie macht die Rückstellungen.

Agnes Keller-Bucher: Die CVP-Fraktion kann diese Protokollbemerkung nicht unterstützen. Mit der Leistungsvereinbarung wurde zwischen der Stadt Luzern und der Caritas genau festgelegt, wie der Verteilschlüssel aussehen soll. Beide Seiten waren damit einverstanden und haben den Vertrag unterschrieben. Die CVP-Fraktion findet es nicht richtig, wenn er jetzt nicht eingehalten wird.

Max Bühler: Die SP/JUSO-Fraktion empfiehlt dem Parlament wärmstens, den Antrag der Sozialkommission zu überweisen, und zwar aus folgenden Gründen: UVS-Direktor Adrian Borgula hat gesagt, es wäre nicht ganz richtig, wenn die Stadt einfach nichts mehr von den allfälligen Überschüssen erhalten würde, denn sie trage ja auch etwas dazu bei. Das stimmt, aber diese 40 %, welche die Stadt bis anhin aus den Überschüssen erhalten hat – wenn es denn überhaupt einen Überschuss gab, denn man muss ja auch im Gedächtnis behalten, dass sich diese Überschüsse in einem relativ bescheidenen Mass bewegten – diese 40 % also, welche die Stadt bis anhin erhielt, waren als Aufwandminderung für die Stadt gedacht. Und indem die Stadt jetzt als Sparmassnahme den Beitrag an die Velodienste um insgesamt 225'000 Franken über diese vier Jahre hin reduzieren will, mindert sich ja der Aufwand für sie schon in einem viel beträchtlicheren Mass, als das vorher der Fall gewesen wäre. Zudem wird durch die Beitragsreduktion der Druck auf den Betrieb der Velodienste zweifellos erhöht. Wenn man jetzt von der Caritas fordert, sie solle, animiert durch die Reduktion, wirtschaftlicher arbeiten und sich neue Einnahmequellen erschliessen, dann findet es die SP/JUSO-Fraktion nicht mehr als gerecht und konsequent, wenn die Caritas auch die Überschüsse vollumfänglich erhält.

Marcel Lingg wiederholt noch einmal, was er schon ausgeführt hat: er opponiert diesem Antrag nicht, denn wenn die Caritas wirklich einigermaßen versierte Buchhalter hat, dann wird ein solcher Überschuss nie zum Thema werden, denn sie könnten mit Abschreibungssätzen, mit Abgrenzungen oder mit dem Umlageverfahren der Kostenstellen die Jahresrechnung sehr einfach so „frisieren“, dass es eben keinen Gewinn gibt. Das ist nicht als Kritik aufzufassen, das macht jede private Firma auch: den Gewinn kann man je nachdem mit mehr oder weniger Abschreibungen und Rückstellungen ein bisschen lenken. Nach Ansicht des Sprechenden diskutiert man hier über etwas, was in Anbetracht dessen, dass jetzt der Caritas sowieso der Beitrag gekürzt wurde, nie eintreten wird. Sollte man aber wirklich, was der Sprechende auf keinen Fall erwartet, im Jahr 2020 feststellen, dass die Caritas Tausende von Franken Gewinn machte, kann man diesen Verteilschlüssel immer noch bei der nächsten Vereinbarung wieder hinuntersetzen. Aber das ist alles Theorie, und der Sprechende lässt es den Mitgliedern seiner Fraktion offen, ob sie dem Stadtrat folgen und den Antrag der Sozialkommission ablehnen wollen.

UVS-Direktor Adrian Borgula: Der Verteilschlüssel ist sicher nicht die Kernfrage dieser Vorlage, er ist nicht der bedeutendste Punkt. Es kam in 15 Jahren einmal vor, dass es einen Überschuss gab.

Agnes Keller-Bucher versichert der Sprechende, dass der Stadtrat die Leistungsvereinbarung natürlich noch nicht unterschrieben hat. Die Caritas hat unterschrieben, aber der Stadtrat wartet selbstverständlich ab, wie das Parlament darüber entscheidet.

Der Grosse Stadtrat nimmt den Antrag der Sozialkommission an, den Verteilschlüssel zu modifizieren (80 % Caritas, 20 % Rückstellungen).

Zum B+A und zum Anhang gibt es keine weitere Wortmeldung.

Antrag, Seite 15

- I. **Der Grosse Stadtrat bewilligt den Kredit von 900'000 Franken.**
- II. **Der Grosse Stadtrat nimmt von der vorgesehenen Finanzierung Kenntnis.**

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 21 vom 19. August 2015 betreffend

Finanzierung Velodienste der Stadt Luzern 2016–2020,

gestützt auf den Bericht der Sozialkommission,

in Anwendung von Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 61 Abs. 1 und Art. 69 lit. a Ziff. 3 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

beschliesst:

- I. Für die Weiterführung der Velodienste der Stadt Luzern für die Jahre 2016–2020 wird ein Kredit von Fr. 900'000.– bewilligt.
- II. Von der Finanzierung der Lohnkosten der teilnehmenden Sozialhilfebeziehenden über die wirtschaftliche Sozialhilfe der Sozialen Dienste wird Kenntnis genommen.

Fortsetzung der Beratung des Berichts und Antrags 24/2015: „Haushalt im Gleichgewicht“

Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann hält fest, dass somit auch die Massnahme UVS 42 erledigt ist.

Ali R. Celik hat schon angekündigt, dass er einen Verzichtsantrag stellen will.

Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann: Der Grosse Stadtrat hat ja jetzt über den B+A Finanzierung Velodienste entschieden. Damit ist auch die Massnahme UVS 42 erledigt.

UVS 43 Einbürgerungsgebühren

Simon Roth: Man muss sich das vor Augen führen: Wenn man heute ein Gesuch für eine Einbürgerung stellt, kostet das laut der Webseite der Stadt Luzern zwischen 2'500 und 3'000 Franken pro Gesuch. Das gilt auch für Personen, die hier zur Welt kamen, hier in die Schule gingen, hier ihre Lehre machten, hier studieren. Zu diesen 2'500 bis 3'000 Franken kommen dann noch Kosten auf der Ebene des Kantons und des Bundes. Wenn die Stadt diese Gebühren noch weiter erhöht, bewegt man sich irgendwann in einer Grössenordnung, dass nur noch vermögende Leute es sich leisten können, das Schweizer Bürgerrecht zu erwerben. Dabei wäre es doch gerade im Interesse der Gesellschaft, dass z. B. Studentinnen und Studenten, also Personen, die ihr ganzes Leben hier gelebt haben, möglichst schnell möglichst gut integriert sind. Es sind Studien herausgekommen, die zeigen, wie stark eine Einbürgerung die Integration beschleunigt. Wenn man jetzt diese Gebühren einfach weiter erhöht, ist das ein Schuss in den eigenen Fuss. Nach Ansicht des Sprechenden könnte man aber das Einbürgerungsverfahren effizienter gestalten. Er sieht nicht ein, wieso Leute, die hier geboren wurden, für ihr Gesuch überhaupt noch bei der Einbürgerungskommission antreten müssen, obwohl doch ganz klar ist, dass es keinen Grund gibt, der gegen ihre Einbürgerung spricht. Wenn schon müsste man also das Verfahren effizienter gestalten, statt die Gebühren zu erhöhen.

GPK-Präsidentin Luzia Vetterli: Dieser Antrag wurde in der GPK mit 4 : 6 : 1 Stimmen abgelehnt.

Katharina Hubacher: Die G/JG-Fraktion stellt den gleichen Antrag. Es kann doch nicht sein, dass die Einbürgerung immer teurer wird. Es gab einmal eine Zeit, da waren die Einbürgerungskosten einkommensabhängig. Dann gab es einen Systemwechsel; es wurde eine Gebühr eingeführt, die für alle gleich ist. Jetzt stellt man fest, dass diese Gebühr zu tief angesetzt sei und die Kosten des Aufwands nicht zu 100 % abdecke. Darum wird die Gebühr erhöht. So ergibt sich für die Einbürgerung neben der Integration noch eine finanzielle Hürde. Manchmal wollen sich junge Erwachsene aus Familien, die den Schritt der Einbürgerung nicht wagten, einbürgern lassen, wenn sie volljährig werden, denn sie sind ja hier geboren und in die Schule gegangen, und sie möchten auch voll am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, vielleicht auch ins Militär gehen. Sie stellen also den Antrag zur Einbürgerung. Für die meisten von diesen jungen Menschen wird es jedoch nicht möglich sein, das Geld aufzubringen, um diesen Schritt zu tun, und so werden sie darauf verzichten müssen, ausser sie hätten gerade einen guten Sponsor innerhalb der Familie oder sonst irgendwo, der ihnen das ermöglicht. Es

ist nicht sinnvoll, die Frage der Einbürgerung immer mehr an das Geld zu koppeln und nicht an die Integration selber. Darum stellt die G/JG-Fraktion den **Antrag, auf diese Massnahme zu verzichten**. Wenn man da sparen will, müsste man, wie es Simon Roth gesagt hat, sich wirklich überlegen, ob man nicht bei den Personen, die schon lange hier leben und sich hier gut integriert haben, ein bisschen weniger Aufwand betreiben könnte. Aber die bürgerliche Seite liess ja da keine Unterstützung sehen, dass man da ein bisschen anders vorgehen könnte.

UVS-Direktor Adrian Borgula: Wie Katharina Hubacher sagte, wurden die Kosten für die Einbürgerung bis 2006 gemäss dem Einkommen und zum Teil auch nach dem Vermögen erhoben. Dieses System hat man dann aufgrund der Vorgaben von Bund und Kanton gewechselt. Seither muss sich die Stadt an das Gebührengesetz und an die Gebührenverordnung halten und darf nur das verrechnen, was der aufgewendeten Arbeit entspricht. Für den Stadtrat ist das keine politische Massnahme, sondern eine Massnahme, mit welcher er das umsetzt, was den Vorgaben entspricht. Die Basis bildet die effektiv geleistete Arbeit. Weil der Stadtrat sieht, dass er diese bisher nicht vollständig in Rechnung gestellt hat, will er diese Erhöhung vornehmen. Es geht darum, den Aufwand ganz korrekt nach Gebührengesetz in Rechnung zu stellen. Der Sprechende hat sich bei der Leiterin der Einwohnerdienste nach der aktuellen Gebühr erkundigt, sie liegt im Moment in der Praxis zwischen 1'800 und 2'900 Franken, 1'800 Franken für minderjährige Personen, 2'900 Franken für eine fünfköpfige Familie. Diese Gebühren werden nun im Durchschnitt um zirka 280 Franken teurer. Eine mittlere Gebühr für eine vierköpfige Familie – das ist ja ein Verfahren – liegt dann bei etwa 2'500 Franken. Die Arbeit der Vorabklärung wird in der Regel nicht einfacher, und sie steht natürlich auch in Abhängigkeit von den politischen Vorgaben, die auch vom Bund her kommen. Die Stadt macht nur, was wirklich notwendig ist, sie betreibt keinen zusätzlichen Aufwand. Sie erledigt ihre Arbeit gut, das weiss auch die Einbürgerungskommission, denn sie gibt zur Vorbereitung der Gesuche gute Rückmeldungen. Die Stadt macht wirklich nicht mehr, als was nötig ist. Sollte es in Zukunft Veränderungen geben – auf Bundesebene strebt man ja eine Veränderung an –, kann die Einbürgerung teurer werden, eventuell wird sie aber auch günstiger, je nachdem, in welcher Form dann die Sprachstandsabklärung gemacht wird. Die Effektivität der Verfahren ist Sache der Einbürgerungskommission. Selbstverständlich hilft die Stadt, aber sie kann nicht bestimmen und der Einbürgerungskommission nicht vorschreiben, was sie zu leisten hat, sondern das liegt in der abschliessenden Kompetenz der Einbürgerungskommission.

Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann stellt fest, dass es keine weiteren Wortmeldungen gibt.

Simon Roth stellt fest, dass er offenbar ein anderes Demokratieverständnis hat als die bürgerliche Seite. Er denkt, wenn ein Antrag gestellt wird, ist es Aufgabe des Parlaments, Stellung zu beziehen und auch zu begründen, weshalb man den Antrag ablehnt, also konkret, weshalb die bürgerliche Seite der Meinung ist, man könne diese Sparmassnahme ohne negative Konsequenzen umsetzen. Weiter stellt der Sprechende fest, dass die Bürgerlichen am Anfang sagten, sie würden den Fachkommissionen folgen. Aber beim Abstimmungsverhalten vorhin sah er, dass die Mehrheit der Bürgerlichen nicht den Fachkommissionen folgte. Das nur als Feststellung.

Der Grosse Stadtrat lehnt den Antrag, die Massnahme UVS 43 zu streichen, ab.

UVS 44: Keine Wortmeldung.

UVS 45 Carparkierungsgebühren

GPK-Präsidentin Luzia Vetterli: Bei der Massnahme UVS 45 stellt die GPK den **Antrag**, die Cargebühren weiter zu erhöhen, als es der Stadtrat vorschlägt. Sie ist der Meinung, das sei gerade in einer Touristenstadt wie Luzern zumutbar, wo die verkehrspolitischen Verhältnisse sehr eng sind und die Cars zu Stosszeiten eben auch einen Grossteil des Verkehrs in der Innenstadt ausmachen. Die GPK möchte die Gebühren wie folgt festlegen, wobei lit. c und lit. d des Art. 8 zusammengefasst werden:

Art. 8 Parkgebühr für Gesellschaftswagen

Die Parkgebühren auf Parkfeldern für Gesellschaftswagen betragen:

| | | | | |
|--|-------------------------------------|----------------|-----------------|-------|
| a. Löwenplatz und Kasernenplatz | pro Stunde: | Fr. | 10.– | 20.– |
| b. Inseli | 1. Stunde | Fr. | 10.– | 20.– |
| | ab 2. Stunde (pro Stunde) | Fr. | 5.– | 10.– |
| | Tagespauschale (24 Std.) | Fr. | 50.– | 100.– |
| c. Lido, Alpenquai, Landenberg, Brüelmoos | pro Stunde: | Fr. | 5.– | 10.– |
| | Tagespauschale (24 Std.) | Fr. | 50.– | 100.– |
| d. Alpenquai, Landenberg, Brüelmoos | pro Stunde: | Fr. | 3.– | |
| | Tagespauschale (24 Std.) | Fr. | 30.– | |

Die GPK ist auch der Meinung, dass diese Gebühren im Verhältnis zu ähnlichen touristischen Gemeinden in der Schweiz angemessen sind, und hat deshalb den Antrag mit 8 : 2 : 1 Stimmen gutgeheissen.

Thomas Gmür: Die CVP-Fraktion stellt den **Antrag, am Antrag des Stadtrates festzuhalten**. Der Stadtrat hat seinen Antrag auf eine runde Verdoppelung begründet; die CVP-Fraktion kann dieser Begründung folgen. Was die GPK beantragt, ist rund eine Vervierfachung der bisherigen Gebühren. Im Einzelfall kann das vielleicht nachvollziehbar und auch zumutbar sein, aber diese Vervierfachung der Gebühren erachtet die CVP-Fraktion als der Sache nicht angemessen. Die Stadt Luzern ist auf den Tourismus und auf die Touristinnen und Touristen angewiesen. Man muss die Stadt Luzern und ihre Gebühren nicht mit Venedig oder mit New York vergleichen, sondern etwa mit Interlaken, und da sind die Gebühren ein bisschen tiefer angesetzt. Der Sprechende bittet die Mitglieder des Grossen Stadtrates, die Verhältnismässigkeit zu wahren und diesen Betrag nicht einfach beliebig zu erhöhen, sondern dem Antrag des Stadtrates auf eine runde Verdoppelung zuzustimmen.

Joseph Schärli: Es geht da um die Parkgebühren, insbesondere für die Cars. Dazu ist Folgendes festzuhalten: Die Stadt Luzern trifft Massnahmen für die Tourismusförderung und beteiligt sich auch finanziell recht stark daran. Gleichzeitig will man die Leute, die man gern in der Stadt hätte, schon im Voraus melken und ihnen diese hohen Gebühren auferlegen. Das findet die SVP-Fraktion falsch. Die Vervierfachung der Gebühren widerspricht auch dem, was der Preisüberwacher in seiner Beurteilung feststellte, dass man nämlich bereits an der obersten Grenze ist. Die Stadt ist auf den Tourismus angewiesen; kürzlich konnte man auch lesen, wie

viel pro Jahr aus dem Tourismus für die Stadt Luzern resultiert. Deshalb muss man hier, wie Thomas Gmür sagte, Mass halten; alles andere wäre völlig falsch. Namens der SVP-Fraktion stellt der Sprechende den Antrag, die beiden Protokollbemerkungen, dass die Einnahmen der Parkgebühren aus dem MIV um 500'000 Franken zu steigern seien – diese Protokollbemerkung wird ja wohl nachher noch beantragt werden –, und dass die Gebühren in Art. 8 zu ändern seien, abzulehnen sind. Die Stadt Luzern ist darauf angewiesen, dass die Touristen hierherkommen und nicht ohne Halt nach Interlaken, Zermatt oder sonstwohin fahren.

Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann fragt zurück: die SVP-Fraktion will also, dass es so bleibt, wie der Stadtrat vorschlägt?

Joseph Schärli bestätigt das.

Fabian Reinhard: Der Car-tourismus ist ein sehr wichtiger Wirtschaftsfaktor für die Stadt Luzern. Der Tourismus hat aufgrund des starken Frankens hart zu kämpfen. Er hat im internationalen Vergleich unverschuldeterweise ein echtes Preisproblem. Als Partei der Wirtschaft und der KMU kann es die FDP-Fraktion nicht unterstützen, dass ein so bedeutender Wirtschaftszweig mit massiv höheren Gebühren belastet wird. Das ist keine wirtschaftsfreundliche Politik! Selbstverständlich laufen auch die Mitglieder der FDP-Fraktion mit offenen Augen und Ohren durch die Stadt und sehen, dass die Cars nicht nur Touristen und damit Umsatz in die Stadt bringen, sondern auch gewisse Probleme. Darüber, wie dem Tourismus das Potenzial zu einer qualitativen Weiterentwicklung eröffnet wird, kann man gern ein anderes Mal diskutieren. Jetzt aber ist nicht der Moment, quasi über die Vervierfachung der Carparkgebühren das Problem, das man da sieht, loszuwerden. Das würde zu grossen Kollateralschäden führen. Bereits eine Verdoppelung der Preise ist heftig, eine Vervierfachung auf einen Schlag aber ist zu massiv. Die FDP-Fraktion stellt darum den Antrag, dass man es bei einer Verdoppelung belässt und diese Gebühren nicht vervierfacht.

Laurin Murer: Wie die GPK ist auch die G/JG-Fraktion der Meinung, dass es hier locker noch Potenzial gibt. Zum einen spielt der Betrag kaum eine Rolle, ob ein Car nach Luzern oder nach Interlaken fährt. Ob es 50 Rappen, 1 oder 2 Franken pro Person und pro 24 Stunden kostet, merken die Touristen kaum. Die Hotelübernachtung macht ja ein Vielfaches dieses Preises aus. Ausserdem ist an vielen anderen Reisedestinationen der Betrag noch viel höher. Deshalb unterstützt die G/JG-Fraktion den Antrag so, wie ihn die GPK stellte.

Sonja Döbeli Stirnemann: Beim Antrag der GPK geht es ja um zwei Sachen: einerseits die Erhöhung der Gebühren, andererseits darum, die unter c und d aufgeführten Carparkplätze zusammenzunehmen. Die Sprechende **beantragt, dass man über diese beiden Aspekte separat abstimmt.**

Stefan Sägesser plädiert als Vertreter der Partei mit den – wie man in diversen Blättern nachlesen konnte – wirtschaftsfreundlichsten Vertretern im Nationalrat und Ständerat dafür, dass man die Änderungsvorschläge der GPK annimmt. Das Kurzparkieren auf den Carparkplätzen wird teurer. Für die Tagespauschale ist das aber noch vertretbar. Für anderthalb Stunden wird das Parkieren sicher teurer als vorher. Seit gestern weiss man, dass ein anderes Problem gelöst

wurde: Luzern Tourismus denkt über Gratis-ÖV-Tickets nach, das heisst, man könnte im ganzen Zentrum gratis mit dem ÖV fahren. Die GLP-Fraktion ist erstaunt über die CVP-Fraktion: sie nennt sich doch in ihrem Titel Volkspartei, aber sie sagte Nein, als es um das Gütschbähnchen ging, wie übrigens auch die FDP-Fraktion. Das heisst, für die eigene Bevölkerung sagt man Nein, aber wenn es um angemessene Parkgebühren geht – und man kann durchaus streiten, was angemessen ist –, dann sagt man auch Nein. Das versteht der Sprechende nicht. Die GLP-Fraktion ist für die Überweisung dieser Protokollbemerkung.

Mario Stübi: Die SP/JUSO-Fraktion nimmt mit Erstaunen den saloppen Meinungsumschwung der rechten Ratsseite zur Kenntnis. Es wurden bereits andere Gemeinden als Vergleich genannt; der Sprechende will eine weitere andere Gemeinde zum Vergleich beiziehen, sie heisst Wien und liegt im Kanton Österreich. Dort kostet eine Stunde auf einem Carparkplatz 17 Euro, ein ganzer Tag 170 Euro. Die Stadt Luzern ist also, auch wenn man den Antrag der GPK annimmt, noch weit davon entfernt, da irgendwie konkurrenzunfähig zu werden. Es wird auch bei den Gebühren, wie sie die GPK vorschlägt, kein Car weniger in die Stadt fahren. Der Sprechende bittet die Mitglieder des Grossen Stadtrates, gemäss dem Antrag der GPK die Vervierfachung der Gebühren zu unterstützen.

GPK-Präsidentin Luzia Vetterli bekräftigt, was Sonja Döbeli Stirnemann sagte: eigentlich sind es tatsächlich zwei Anträge: zuerst wurden die Gebühren erhöht, wie es die Sprechende vorhin darlegte, wobei Lido einerseits und Alpenquai, Landenberg und Brüelmoos andererseits noch getrennt waren:

| Art. 8 <i>Parkgebühr für Gesellschaftswagen</i> | | | |
|---|----------------------------------|---------------------------|---------------------------|
| Die Parkgebühren auf Parkfeldern für Gesellschaftswagen betragen: | | | |
| a. | Löwenplatz und Kasernenplatz | pro Stunde: | Fr. 10.– 20.– |
| b. | Inseli | 1. Stunde | Fr. 10.– 20.– |
| | | ab 2. Stunde (pro Stunde) | Fr. 5.– 10.– |
| | | Tagespauschale (24 Std.) | Fr. 50.– 100.– |
| c. | Lido | pro Stunde: | Fr. 5.– 10.– |
| | | Tagespauschale (24 Std.) | Fr. 50.– 100.– |
| d. | Alpenquai, Landenberg, Brüelmoos | pro Stunde: | Fr. 3.– 5.– |
| | | Tagespauschale (24 Std.) | Fr. 30.– 50.– |

Dann gab es eine zweite Abstimmung über den Antrag der FDP-Fraktion, die Carparkplätze unter c und d zusammenzunehmen, was dazu führte, dass für Alpenquai, Landenberg und Brüelmoos neu auch 10 Franken pro Stunde und 100 Franken für den Tag gelten würden.

UVS-Direktor Adrian Borgula: Der Stadtrat hält an seinem Antrag fest, denn er betrachtet ihn als angemessen und moderat. Es ist interessant, dass die Stadt Luzern immer mit grossen Städten verglichen wird, man könnte fast ein bisschen stolz werden. Der Reisekartourismus ist ein wichtiges Standbein des Tourismus, und dieser hat in der Stadt und in der Region eine grosse wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung. Cars sind flächeneffiziente Verkehrsmittel. Die Parkgebühren für ReiseCars sind schweizweit sehr heterogen; teilweise gibt es keine solchen Parkgebühren, teilweise sind sie sehr hoch. Mit der vom Stadtrat vorgeschlagenen Verdoppelung bewegt sich die Stadt Luzern im Vergleich eher im oberen Mittelfeld. Das hält der Stadtrat für tragbar. Die Stadt Luzern hat das Problem der Enge, sie hat Probleme mit der

Reisecarparkierung, und sie will diese Reisecarparkierung in einem gewissen Mass lenken. International sind die Preise noch viel heterogener. Da geht es zum Teil um ein Vielfaches, wie Mario Stübi am Beispiel Wien zeigte. Wien ist aber doch noch ein kleines bisschen grösser als Luzern.

Der Stadtrat hält seinen Vorschlag für moderat. Der Preisüberwacher hat jedoch eingewendet, er finde eine 20%ige Erhöhung, nicht eine 100%ige Erhöhung, für angemessen. Man kann aber auch einem Preisüberwacher widersprechen. Der Stadtrat hat sich in seiner Argumentation an den Autoparkplätzen orientiert, dass man nämlich auf einem Carparkfeld etwa drei Autoparkplätze unterbringen könnte. Ausgehend von diesem Vergleich hält er die Gebührenerhöhung für angemessen. Bei diesem Vergleich darf man aber auch nicht vergessen, dass die Flächeneffizienz eines Cars um einiges höher ist als diejenige von drei Autos.

Mit der Abstufung, die der Stadtrat in Art. 8 vorschlägt, will er eine gewisse Lenkungswirkung erreichen, auch wenn diese nur bescheiden ist. In einem Reisebudget macht nämlich diese Parkgebühr wirklich nicht viel aus. Die Lenkungswirkung wird dadurch erreicht, dass dort, wo die Nachfrage grösser ist, die Preise höher sind, und man dort tiefere Preise festlegt, wo man für die anderen Carparkplätze eine gewisse Entlastung erreichen möchte. Wieso die Unterteilung der Carparkplätze bei den Buchstaben c und d gemacht wurde, ist vielleicht bis jetzt noch nicht so klar geworden. Bei der Kategorie c, Lido, geht es nur um die drei Carparkplätze beim Verkehrshaus. Diese sind in Bezug auf das Verkehrshaus natürlich zentral und attraktiv. Deshalb wurde dort diese Zwischenkategorie geschaffen. Sie bezieht sich weniger auf das gesamtstädtische System, sondern es geht um die Abgrenzung zur Parkierungsanlage Brüelmoos. Der Sprechende bittet die Mitglieder des Grossen Stadtrates, dem Antrag des Stadtrates zu folgen und den Art. 8 in der vom Stadtrat erarbeiteten Version zu verabschieden.

Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann lässt über den Antrag der GPK in zwei Schritten abstimmen: zuerst über den Antrag, die Carparkgebühren im Vergleich zu heute praktisch zu vervierfachen, wobei die Standorte c und d noch getrennt sind, und dann über den Antrag, die Carparkplätze unter den Buchstaben c und d zusammenzulegen.

Der Antrag der GPK, die Carparkgebühren im Vergleich zu heute zu vervierfachen, wird mit 22 : 23 Stimmen abgelehnt (Antrag GPK: 22; Antrag Stadtrat: 23).

Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann will nun über den zweiten Teil des Antrags der GPK abstimmen lassen, dass nämlich die Carparkplätze unter den Buchstaben c und d auf dem Preisniveau von c zusammengenommen werden.

Franziska Bitzi Staub war sehr froh um die Ausführungen, welche UVS-Direktor Adrian Borgula vorhin machte. Die Information, weshalb die Carparkplätze beim Lido teurer sind als beim Alpenquai, Landenberg und Brüelmoos, hat die GPK nicht erhalten. Die Begründung mit dem Verkehrshaus ist neu, und somit ergibt sich für die Mitglieder des Grossen Stadtrates für die Beurteilung eine neue Ausgangslage. Die drei Carparkplätze beim Verkehrshaus sind für das Verkehrshaus zentral. Daraus ergibt sich die Konsequenz, dass die Differenzierung, wie sie der Stadtrat vorschlägt, sinnvoll ist und man sie aufrechterhalten könnte.

Fabian Reinhard hat noch nicht ganz verstanden, warum man die Differenzierung der Carparkplätze unter c und d macht. Liegt der Grund darin, dass diese Plätze verschieden ausgelastet sind und man mit den unterschiedlichen Preisen eine gewisse Lenkungswirkung erzeugen möchte?

UVS-Direktor Adrian Borgula konnte tatsächlich in der GPK nicht aus dem Stand heraus sagen, wie es zur Differenzierung in Art. 8 kam. Mit der Differenzierung will man eine gewisse Lenkungswirkung erreichen. Einerseits soll der beschränkte Platz im Zentrum nicht übernutzt werden, oder wenn er genutzt wird, soll man mehr bezahlen müssen. Der Stadtrat will ein System, in welchem die Cars, die länger warten, weiter weg vom Zentrum parkieren, wo sie dafür auch weniger bezahlen. Innerhalb dieses Systems gibt es verschiedene Kategorien: bei der Kategorie a handelt es sich um Kurzzeitparkplätze. Der Carparkplatz Inseli (Kategorie b) ist der zentrumsnahe Carparkplatz. Das Lido (Kategorie c) hat gegenüber den Carparkplätzen Alpenquai, Landenberg und Brüelmoos (Kategorie d) insofern eine Sonderstellung, dass Letztere die dezentralen Carparkplätze sind, wo die Cars hinfahren sollen, wenn sie länger parkieren, während es beim Carparkplatz Lido eben nur um die drei Parkplätze direkt vor dem Verkehrshaus geht. Darum sind dort, direkt vor dem Verkehrshaus, die Preise ein bisschen höher als im Brüelmoos. Das ist die Logik, die hinter dieser Systematik steckt.

Sonja Döbeli Stirnemann hat in der GPK ja den Antrag gestellt, die unter c und d aufgeführten Carparkplätze zusammenzunehmen, weil sie nicht wusste, dass es beim Lido nur um diese drei Plätze geht. Sie meinte, es gehe da um alle Plätze hinten beim Lido.

GPK-Präsidentin Luzia Vetterli: Der zweite Antrag, über welchen in der GPK abgestimmt wurde und welchen die GPK angenommen hat, lautete ja, dass die unter c und d aufgeführten Carparkplätze auf dem Preisniveau von c zusammenzunehmen seien. Dieser Antrag besteht weiterhin, auch wenn das Preisniveau von c nun nicht mehr das von der GPK vorgeschlagene ist, sondern das vom Stadtrat festgelegte. Der Grosse Stadtrat muss also trotzdem auch noch über diesen Antrag der GPK abstimmen.

UVS-Direktor Adrian Borgula versucht den Sinn der Differenzierung zwischen c und d noch einmal zu erklären: Der Stadtrat erwartet dadurch eine gewisse Lenkungswirkung. Die Carparkplätze unter d sind die periphersten. Die Cars, die lange parkieren, sollen dort hinfahren. Deshalb haben diese Plätze die tiefsten Preise. Würde man diese Preise auf das Niveau von c heben, also 5 Franken pro Stunde und 50 Franken für die Tagespauschale, besteht praktisch keine Differenzierung mehr zum Inseli (ab 2. Stunde 5 Franken pro Stunde, Tagespauschale 50 Franken). Dadurch würde ein Teil der Lenkungswirkung verloren gehen.

Sonja Döbeli Stirnemann sieht diese Lenkungswirkung. Der Carparkplatz Landenberg ist ja sehr zentral gelegen. Dort wohnen relativ viele Leute, und auch die Sprechende kommt aus diesem Quartier. Die Anwohnerinnen und Anwohner dort wollen natürlich nicht unbedingt alle Cars vor der Hütte haben. Deshalb bittet die Sprechende die Mitglieder des Grossen Stadtrates im Namen des Tribschenquartiers, das heute schon einmal unter die Räder gekommen ist, die Carparkplätze unter c und d zusammenzulegen.

Der Antrag der GPK, dass die unter c und d aufgeführten Carparkplätze auf dem Preisniveau von c zusammengenommen werden, wird mit 18 : 26 Stimmen abgelehnt.

Die Massnahme UVS 45 bleibt somit unverändert.

UVS 46 bis UVS 48: Keine Wortmeldung.

UVS 49 Übernahme Kremationskosten durch Private

Joseph Schärli: Vor kurzer Zeit wurden in diesem Rat die Gebühren für Beerdigungen beziehungsweise Gräber erhöht. Man hat damals klar zum Ausdruck gebracht, dass man noch eine Variante möchte, bei welcher keine Kosten entstehen, nämlich bei der Kremation. Jetzt ist nicht viel Zeit vergangen, schon kommt man wieder und belastet die Kremationskosten ebenfalls den Angehörigen. Die SVP-Fraktion findet das falsch. Diese Leute haben ihr Leben lang in der Stadt Luzern Steuern bezahlt. Sie haben bei einer Beerdigung hohe Kosten, und da kommt die Stadt und verlangt neben allen anderen Gebühren, die sonst anfallen, und neben allfälligen Erbschaftssteuern noch einmal eine Gebühr für die Kremation. Das ist nicht richtig, denn der Stadtrat hat in diesem Raum versichert, er werde eine Alternative schaffen, und das sei die Kremation. Die SVP-Fraktion stellt deshalb den **Antrag, diese Massnahme zu streichen.**

Daniel Furrer ist erstaunt: Die SVP-Fraktion hat beim Eintreten gesagt, sie werde das Sparpaket so verabschieden, wie es vorliegt. Jetzt gibt es offenbar trotzdem eine kleine Aufweichung. Die SP/JUSO-Fraktion hat über die Kremationsgebühren lange diskutiert. Sie wurde sich nicht einig. Einerseits befürchten Mitglieder der Fraktion, dass eine Verlagerung auf die kostenlose andere Bestattungsart stattfinden könnte, wenn man die Kremationskosten in Zukunft den Angehörigen verrechnet. Das würde dann für die Stadt wieder zu Mehrkosten führen. Auf der anderen Seite würden viele Fraktionsmitglieder diese Mehreinnahmen lieber in die Schulbildung, in einen nachhaltigen Gebäudeunterhalt oder in die Quartierarbeit investieren. Daher wird die SP/JUSO-Fraktion nicht geschlossen abstimmen.

UVS-Direktor Adrian Borgula: Der Stadtrat hat alle Leistungen der Stadt genau angeschaut. Auch im Bereich der Stadtgärtnerei, zu welchem der Friedhof gehört, wurde geprüft, ob Einsparungsmöglichkeiten vorhanden sind. Wie heute schon von allen Fraktionen festgehalten wurde, tut Sparen weh. Auch diese Massnahme verkündet der Stadtrat keineswegs mit Freuden. Bis jetzt hat die Stadt für diejenigen, die ihren letzten Wohnsitz in der Stadt Luzern hatten, die Kremationskosten übernommen. Es geht nicht um Gebühren, welche die Stadt einzieht, sondern der Kremationsverein wird in Zukunft die Rechnung für die Kremation von Verstorbenen, die ihren letzten Wohnsitz in der Stadt Luzern hatten, nicht mehr der Stadt schicken, sondern direkt den Angehörigen.

Der Vorwurf von Joseph Schärli, der Stadtrat habe seine Position innert Kürze gewechselt, ist nicht zutreffend. Als es um die Bestattungen ging, hat der Stadtrat klar gesagt, eine Variante der Erdbestattung und mindestens eine Variante der Urnen- und Aschenbeisetzung seien kostenlos. Das war der Ausgangspunkt. Um die Kremationskosten ging es damals nicht. Mit dieser Massnahme wird ein Privileg aufgehoben, das es bis jetzt für Leute gab, die in der Stadt wohnten und eine Kremation wollten. Für diese war die Kremation bisher gratis. Bezüg-

lich der Bestattung nach der Kremation gibt es mehrere Möglichkeiten: Zunehmend wollen die Angehörigen die Urne heimnehmen und die Asche selber verstreuen. Man kann die Urne aber auch im Gemeinschaftsgrab beisetzen oder in einem Urneneinzelgrab. In letzterem Fall kommen unter Umständen noch Kosten dazu.

Der Stadtrat ist der Ansicht, dass man diese Massnahme verantworten kann. Eine Kremation kostet etwa 495 Franken; dieser Betrag würde also in Zukunft zu den übrigen Kosten, die im Zusammenhang mit einer Bestattung anfallen, dazukommen. Der Stadtrat geht aber auch davon aus, dass es Härtefälle geben wird, dass man also die Kremationskosten sowieso nicht allen wird in Rechnung stellen können. Mit dem Kremationsverein, der die Rechnungen stellt, hat die Stadt eine Leistungsvereinbarung. Die finanzielle Situation der Stadt erlaubt es ihr jetzt einfach nicht mehr, diese schöne Geste weiterzuführen und wie bisher die Kremationskosten für die Leute mit letztem Wohnsitz in der Stadt zu übernehmen.

Der Grosse Stadtrat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion, die Massnahme UVS 49 zu streichen, ab.

UVS 50 Reduktion Patrouillentätigkeit SIP

Katharina Hubacher: Die G/JG-Fraktion stellt den **Antrag, diese Massnahme zu streichen**. SIP-Dienstleistungen gehören heute zu jeder grösseren Stadt in der Schweiz, zu welchen sich die Stadt Luzern ja auch zählt. Es geht um eine Entflechtung: Die Polizei soll sich auf ihre Kernaufgaben beschränken, und die Aufgaben, die sie ganz früher auch noch ausführte, sollen von der SIP wahrgenommen werden. Durch eine Reduktion bei der Tätigkeit der SIP würde jetzt diese Aufteilung geschwächt. Es wird argumentiert, aufgrund der vermehrten Polizeipatrouillen in der Stadt könne man bei der SIP zurückfahren. Das ist eine verkürzte Sichtweise, denn die Aufgaben, welche die SIP erfüllt, übernimmt niemand. Diese Aufgaben sind: Beziehungspflege, Kontaktpflege, zu schauen, dass die Gruppierungen untereinander und mit der übrigen Bevölkerung, die sich auch in dieser Stadt bewegt, einigermassen reibungslos funktionieren. Das übernimmt niemand, denn die Patrouillentätigkeit der Polizei hat andere Schwerpunkte. Zudem liess der Kanton heute verlauten, er werde die Patrouillentätigkeit im Rahmen seiner Sparmassnahmen zurückfahren. Das könnte eben auch die Gruppe „CityPlus“ betreffen, und so würde in der Stadt wieder ein Vakuum entstehen. Deshalb sollte man die SIP so lassen, wie sie jetzt ist, denn es ist ein gutes Angebot, es ist eine gute Entflechtung der Aufgaben zwischen der Polizei, die ihre polizeihöheitlichen Aufgaben wahrnimmt, und der SIP, welche die sogenannten weichen Faktoren bearbeitet. Zusammen ergibt das ein gutes Ganzes, welches die G/JG-Fraktion beibehalten möchte.

Peter With: Die SVP-Fraktion **beantragt** nicht die Streichung der Massnahme, sondern **die Streichung der ganzen SIP**. Sie hat diesen Antrag schon einige Male gestellt, sie hat schon damals gefordert, solche Dienste und Kontrollen solle man die Polizei machen lassen. Jetzt hat „CityPlus“ einen Teil dieser Aufgaben übernommen. Es ist allen bekannt, wie sich die Situation rund um den Bahnhof und das KKL verbessert hat, seit die Polizei dort mehr Präsenz zeigt. Das beweist eben, dass die Polizei das richtige Mittel ist und nicht die SIP.

GPK-Präsidentin Luzia Vetterli: Diese beiden Anträge wurden einander in der GPK gegenübergestellt, wobei derjenige der G/JG-Fraktion obsiegte. In der Gegenüberstellung mit dem Antrag des Stadtrates obsiegte dann der Antrag des Stadtrates.

Daniel Furrer: Die SP/JUSO-Fraktion war bis jetzt mehrheitlich der Meinung, dass im Zusammenspiel mit „CityPlus“ eine Reduktion der Patrouillentätigkeit der SIP in dem Ausmass, wie es der Stadtrat vorschlägt, durchaus vertretbar gewesen wäre. In der Zwischenzeit konnte man aber die Sparmassnahmen des Kantons lesen, und dort steht ganz klar, dass die Patrouillentätigkeit der Polizei verringert werden soll. Das heisst, es könnte durchaus sein, dass das „CityPlus“-Konzept im Endeffekt nicht mehr aufgeht. Die SP/JUSO-Fraktion wird daher den Antrag der G/JG-Fraktion unterstützen, vor allem bis Klarheit besteht, was die Kantonspolizei in Zukunft genau macht. Denn diese Sparmassnahme würde wirklich nur funktionieren, wenn die Zusammenarbeit mit „CityPlus“ funktioniert.

Zur SVP-Fraktion bemerkt der Sprechende, dass sie ihre Milchbüchleinrechnung, wenn sie die Streichung der SIP verlangt, schon noch einmal machen müsste. Denn was bedeutet es in Bezug auf Mehrkosten für die Polizei, wenn man die SIP streicht? Der Sprechende ist überzeugt, dass das unter dem Strich nicht aufgehen wird.

UVS-Direktor Adrian Borgula will sich kurz fassen, denn über das Thema SIP wurde im Grosse Stadtrat schon viel diskutiert. SIP ist nach der Überzeugung des Stadtrates ein gutes Instrument, aber der Stadtrat musste auch da schauen, wo man noch eine Veränderung vornehmen könnte, um Einsparungen zu erreichen. Es ist tatsächlich so, dass „CityPlus“ eine stärkere präventive Wirkung hat und auch einen gewissen Bereich der Beziehungspflege abdeckt. Der Sprechende war selber einmal eine ganze Nacht mit einer Patrouille von „CityPlus“ unterwegs, er kann wirklich bestätigen, dass mit „CityPlus“ die Zusammenarbeit zwischen SIP und der Polizei besser justiert wurde. Selbstverständlich hat der Stadtrat auch diese Massnahme nicht mit Freuden beschlossen, aber er kann sie gut vertreten und ist überzeugt, dass man mit Konzentrierung und Schärfung der Arbeit der SIP das Niveau der Sicherheit in der Innenstadt halten kann.

Von den kantonalen Sparabsichten bei der Patrouillentätigkeit der Polizei hört der Sprechende jetzt zum ersten Mal; er weiss nichts davon und kann daher nicht Stellung dazu beziehen. Der Stadtrat hat auch beim Erarbeiten dieser Massnahme nichts von einer solchen Absicht gewusst, er hat keine Signale in diese Richtung erhalten.

Peter With hat die Verbesserung der Sicherheitslage im Umfeld des Bahnhofs auf „CityPlus“ zurückgeführt. Der Sprechende hält dazu fest, dass das eine verkürzte Sichtweise ist. Wie alle wissen, war das im Herbst 2012 ein grosses Thema, auch in den Medien. Damals hat die Stadt zusammen mit dem Kanton verschiedene Massnahmen geprüft und auch einen Bericht dazu erstellt. Alle Tätigkeiten, mit welchen man die Sicherheit erhöhen kann, angefangen von der Reinigung über die Verbesserung der Beleuchtung bis zum Einsatz der SIP und der Polizei, wurden justiert. So hat man gemeinsam eine Verbesserung der Situation erreicht. „CityPlus“ besteht seit dem 1. Juni 2014, die Situation war aber vorher schon besser. Das will der Sprechende klar festhalten. Im Sicherheitsbereich und im Bereich der Bewältigung des Nachtlebens kann man nur mit Massnahmenbündeln arbeiten, da kann man nur in Zusammenarbeit etwas erreichen. Der Stadtrat ist jedoch der Ansicht, dass man auch bei einer Reduktion der Patrouillentätigkeit der SIP das Sicherheitsniveau halten kann. Man wird dann allerdings bei

der SIP nicht mehr so flexibel sein, wenn sich die Situation irgendwie verändert. Mit weniger Leuten ist man einfach weniger flexibel. Aber der Stadtrat ist überzeugt, dass die Stadt die Sicherheitsleistung, wie sie heute besteht, aufgrund der veränderten Praxis von „CityPlus“ so halten kann.

Joseph Schärli hat jetzt im Votum von UVS-Direktor Adrian Borgula gehört, die SIP sei auch für das Nachtleben zuständig. Dazu stellt der Sprechende fest, dass um 22.00 Uhr für die SIP Dienstschluss ist, nachher ist von der SIP niemand mehr herum. Aber das Nachtleben beginnt ja erst viel später. Die Aussage, die SIP sei für das Nachtleben zuständig, stimmt also nicht. Ausserdem darf die SIP gar nicht handeln, auch wenn Handlungsbedarf bestünde, sondern sie muss trotzdem die Polizei beiziehen. Deshalb erachtet die SVP-Fraktion die SIP als unnötig.

UVS-Direktor Adrian Borgula stellt klar, dass die SIP-Einsätze bis um 2 Uhr in der Nacht dauern. Sie werden aber in Zukunft möglicherweise auf 24.00 Uhr reduziert. Selbstverständlich geht das Nachtleben nachher weiter.

Katharina Hubacher stellt einen **Ordnungsantrag**: sie möchte geklärt haben, ob es überhaupt möglich ist, im Zusammenhang mit der Behandlung dieses Berichts und Antrags die ganze SIP zu streichen. Das ist ja gar nicht Inhalt der jetzigen Debatte.

Thomas Gmür: Eigentlich geht es bei diesem B+A ja nur um Protokollbemerkungen. Relevant werden diese erst, wenn die entsprechenden Beträge dann nachher im Budget erscheinen oder eben nicht erscheinen. Der Grosse Stadtrat kann hier eine Protokollbemerkung machen, er wolle die SIP streichen. Darüber muss man aber im Budgetprozess noch einmal diskutieren. Aber jetzt geht es, wie auch Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann am Vormittag sagte, nicht um Anträge, sondern um Protokollbemerkungen.

Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann: Mit den Fraktionschefinnen und Fraktionschefs wurde abgemacht, dass die Fraktionen, wenn sie bei der Behandlung des Berichts und Antrags Haushalt im Gleichgewicht eine Protokollbemerkung beantragen, den entsprechenden Antrag beim Budget nicht noch einmal stellen. Wenn es aber um einen so massiven Antrag geht, der eine Ausweitung einer Sparmassnahme bedeutet, müsste man natürlich beim Budget noch einmal darüber diskutieren. Aber da es jetzt um eine Protokollbemerkung geht, kann diese durchaus so beantragt werden.

In der Gegenüberstellung des Antrags der G/JG-Fraktion (Streichung der Massnahme) mit dem Antrag der SVP-Fraktion (Streichung der ganzen SIP) obsiegt der Antrag der G/JG-Fraktion.

In der Gegenüberstellung des Antrags der G/JG-Fraktion mit dem Antrag des Stadtrates obsiegt der Antrag des Stadtrates.

BD 51 bis BD 57: Keine Wortmeldung.

BD 58 Quartier- und Stadtteilpolitik, Projektpool Quartierleben

Ali R. Celik: Die G/JG-Fraktion **beantragt den Verzicht auf die Massnahme BD 58**. Der Sprechende hat heute Morgen im Zusammenhang mit dem B+A 25 ausführlich erläutert, warum es den vollen Betrag braucht. Die Fraktion möchte, dass der Projektpool weiterhin wirkungsvoll bleibt und man die gestellten Gesuche auch in Zukunft optimal vorbereiten und behandeln kann. Die Fraktion ist überzeugt, dass durch die bessere Bekanntmachung des Projekt-pools die Beanspruchung zunehmen wird. Also ist der volle Betrag für den Projektpool sinnvoll und nötig.

Judith Dörflinger Muff unterbreitet wieder einen **Kompromissantrag**. Die SP/JUSO-Fraktion würde es zwar grundsätzlich befürworten, dass man diese Massnahme streicht. Sie sieht aber auch, dass die Gelder in diesem Projektpool bis anhin noch gar nie ganz ausgeschöpft wurden. Wenn man jedoch die Entwicklung der Zahlen betrachtet, kann man schon antizipieren, dass in diesem Jahr 2015 bereits mehr ausgeschöpft wird, als was dann ab nächstem Jahr vorgesehen wäre. Weil die SP/JUSO-Fraktion davon ausgeht, dass die Ausschöpfung jetzt kontinuierlich weitergeht, schlägt sie vor, dass sich der Sparbetrag jährlich verringern soll. Statt jedes Jahr 25'000 Franken zu sparen, sollen 2016 20'000 Franken, 2017 15'000 Franken, 2018 10'000 und 2019 5'000 Franken gespart werden. Ab dem Jahr 2020 würde für den Projektpool wieder der volle Betrag zur Verfügung stehen.

In der Gegenüberstellung des Antrags der G/JG-Fraktion (Streichung der Massnahme) mit dem Antrag der SP/JUSO-Fraktion (Reduktion des Sparbetrags von Jahr zu Jahr um 5'000 Franken, bis der Projektpool wieder seine ursprüngliche Höhe erreicht hat) obsiegt der Antrag der SP/JUSO-Fraktion.

In der Gegenüberstellung des Antrags der SP/JUSO-Fraktion mit dem Antrag des Stadtrates obsiegt der Antrag des Stadtrates.

BD 59 Kürzung Jahreskredit Unterhalt Liegenschaften Verwaltungsvermögen

Korintha Bärtsch: Die Massnahme 59 ist eine von denjenigen Massnahmen, welche die G/JG-Fraktion als kontraproduktiv betrachtet. Wenn man den ordentlichen Unterhalt vernachlässigt, ist die Gefahr gross, dass einiges kaputtgeht, was man dann mit grossem Aufwand wiedergutmachen muss. Genau das konnte man bei einem der letzten Sparpakete erleben: die Stadt hat beim Unterhalt des Tiefbauamtes gespart und musste nachher mit grösseren Investitionen wieder Verbesserungen vornehmen. Letztlich gab sie mehr Geld aus, erreichte damit aber kein besseres Resultat und keinen besseren Zustand. Das Geld wurde eigentlich für eine kurzfristige Finanzmassnahme hinausgeworfen. Jetzt schreibt der Stadtrat im B+A selber, dass sich der städtische Unterhalt in der unteren Bandbreite bewegt, dass das schon seit Längerem so praktiziert wurde und zu einem aufgestauten Unterhalt führte. Der Stadtrat schreibt dann auch, die Investitionsplanung trage dieser Situation Rechnung; man könne den fehlenden Unterhalt auffangen, weil man z. B. in der Schulraumoffensive, insbesondere in Littau, die Schulhaussanierungen für die richtige Zeit geplant habe. Die Sprechende ist jetzt bereits zehn Jahre in diesem Parlament. Finanziell war die Stadt selten auf Rosen gebettet. Jedes Jahr

wurden Schulhaussanierungen wieder um ein oder mehrere Jahre nach hinten verschoben. Die Schulraumoffensive Littau wird die Stadt rund 200 Mio. Franken kosten; daneben müssen auch im alten Stadtteil Schulhaussanierungen gemacht werden. In der Gesamtplanung kann man lesen, dass gerade wegen solchen hohen Investitionen wieder schwarze Wolken am Finanzhorizont auftauchen; das haben ja auch die Bürgerlichen heute Morgen schon festgestellt. Der Stadtrat sagt selber, dass er noch nicht weiss, wie er diese Investitionen stemmen will. Das ist nachvollziehbar; das macht ihm die Sprechende auch nicht zum Vorwurf. Aber vor diesem Hintergrund ist es doch ein bisschen gewagt, diese Sparmassnahme beim Unterhalt mit der Investitionsplanung zu begründen, man werde mit den Sanierungen den fehlenden Unterhalt rechtzeitig auffangen. Die G/JG-Fraktion geht davon aus, dass die Investitionsplanung sowieso noch einmal über den Haufen geworfen wird und die geplanten Sanierungen erst später realisiert werden können. Genau darum ist die Gefahr gross, dass der Unterhalt dann eben nicht mehr ausreichend gemacht werden kann und Folgeschäden entstehen, so dass man schlussendlich mit teuren Investitionen mehr Geld ausgeben muss. Darum stellt die G/JG-Fraktion den **Antrag, auf diese Massnahme zu verzichten.**

Nico van der Heiden hat diesem Votum nicht mehr viel hinzuzufügen. Es gab am Vormittag eine spannende Diskussion zwischen Christian Hochstrasser und Peter With. Eine Sparmassnahme kann sinnvoll erscheinen, man spart mit ihr 100 Franken, aber dann, zehn Jahre später, hat man 120 Franken mehr Kosten. Als Milizparlamentarier können die Mitglieder des Grossen Stadtrates schwer abschätzen, wann der kritische Punkt beim Sparen überschritten ist. Die SP/JUSO-Fraktion hätte in der Baukommission gern darüber diskutiert, ob das bei dieser Sparmassnahme nicht der Fall ist. Der Fraktion scheint die Reduktion um 10 % sehr willkürlich. Sie wurde auch an der Kommissionssitzung nicht vom Gegenteil überzeugt. Die Passage, welche Korintha Bärtsch aus dem B+A zitierte, bestärkt ja gerade die Annahme, dass man eben nicht weiss, ob die langfristigen Kosten bei dieser Sparmassnahme nicht doch höher liegen als die kurzfristigen Gewinne. Daher lehnt die SP/JUSO-Fraktion diese Sparmassnahme ab.

GPK-Präsidentin Luzia Vetterli: Dieser Antrag wurde in der GPK auch gestellt und mit 5 : 6 Stimmen abgelehnt.

Baudirektorin Manuela Jost: Die Reduktion um 10 % ist nicht einfach aus der Luft gegriffen, sondern dieser Prozentsatz wurde sorgfältig evaluiert. Den Unterhalt zu reduzieren ist nicht einfach; es bedeutet, dass man wirklich genau prüfen muss, wie und bei welchen Gebäuden die Stadt ihre Mittel optimal einsetzen soll, damit eben keine Entwertung und kein Zerfall stattfinden. Die Kürzung gilt nun für fünf Jahre, und dann wird man selbstverständlich noch einmal genau hinschauen und allenfalls den Unterhalt auch wieder erhöhen, je nachdem, wie der Gebäudepark aussieht. Die Investitionsplanung muss kontinuierlich angepasst werden. Es gibt auch immer wieder ausserordentliche Ausgaben, deshalb ist die Investitionsplanung nicht in Stein gemeisselt. Auch das Parlament hat selbstverständlich die Kompetenz, Anpassungen in der Investitionsplanung vorzunehmen. Es geht nicht um Willkür, sondern um Verantwortung. Mehr als 10 % wären aber sicher nicht möglich, doch diesen Prozentsatz kann der Stadtrat verantworten, und intern sind die Fachleute daran zu prüfen, wo und wie die Stadt ihre Mittel optimal einsetzen kann.

Der Antrag der G/JG-Fraktion, auf die Massnahme BD 59 zu verzichten, wird abgelehnt.

BD 60 Reduktion Bewirtschaftungskosten Liegenschaften Verwaltungsvermögen

Mario Stübi: Man könnte die ganze Massnahme 60 in Frage stellen, denn aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion bringt sie keinen Spareffekt, sondern generiert längerfristig nur ungewollte Mehrkosten. Der Fraktion ist aber vor allem der Punkt 4 ein Dorn im Auge. Spiel- und Aufenthaltsräume von Kindergärten und Basisstufen sollen nur noch dreimal statt fünfmal pro Woche gereinigt werden. Der Sprechende erinnert sich an seine Zeit im Kindergarten: an nasskalten Herbsttagen, wenn die Kinder nach der Pause vom Garten zurück ins Schulhaus gerannt waren, war der Eingang jeweils übersät mit Laub und Dreck. Wenn jetzt an so einem Tag gerade keine Reinigung geplant ist, was geschieht dann? Bleibt es einen weiteren Tag lang dreckig? Oder fühlt sich allenfalls die Lehrperson genötigt, selber sauber zu machen, notabene ausserhalb ihrer Arbeitszeit? Das ist für die SP/JUSO-Fraktion keine Lösung, diese Verantwortung will sie nicht auf sich nehmen. Sie **beantragt die Streichung des Punktes 4.**

Noëlle Bucher: Es ist das letzte Mal, dass die G/JG-Fraktion **beantragt**, auf eine Massnahme zu verzichten. Von allen Anträgen, auf eine Massnahme zu verzichten, liegt der **Verzicht auf diese Massnahme** der Sprechenden am meisten am Herzen. Warum? Sie hat nicht die gleiche Argumentation wie Mario Stübi, deshalb will sie ihre Sicht kurz ausführen. Die Massnahme 60 betrifft und trifft das Personal. Mit der Reduktion der Bewirtschaftungskosten von Liegenschaften im Verwaltungsvermögen, von Schulanlagen und Sportanlagen, werden 500 Stellenprozent weggespart. Natürlich kann die G/JG-Fraktion damit leben, wenn die Glasflächenfremdreinigung teilweise in die Eigenreinigung zurückgenommen wird. Denn was heisst das? Die Sprechende kann damit wenig anfangen. Aber aus ihrer Sicht werden die Folgen der Massnahme 60 verharmlost dargestellt. Der Stadtrat schreibt, er wolle Härtefälle vermeiden, er schreibt auch, es handle sich hier vorwiegend um Kleinpensen. Dem ist entgegenzuhalten, dass es sich bei den betroffenen Personen um Reinigungspersonal handelt, das auf den Lohn, den es in diesen Klein- und Kleinstpensen erwirbt, angewiesen ist. Es werden zwar keine laufenden Verträge gekündigt, aber sehr viele Putzfrauen haben befristete Verträge, die nicht verlängert werden, was faktisch einer Kündigung entspricht. Die Mitglieder des Grossen Stadtrates sollen sich einmal in die Situation der Betroffenen versetzen. Die Sprechende hatte Kontakt mit von dieser Massnahme betroffenen Frauen: Sie sind verzweifelt. Die Massnahme bedroht die Existenz dieser Personen und ihrer Familien. Können die Mitglieder des Grossen Stadtrates dieser Massnahme mit gutem Gewissen zustimmen? Die Sprechende bittet die Ratsmitglieder, heute wenigstens einmal einen Antrag der G/JG-Fraktion zu berücksichtigen. Das Motiv der G/JG-Fraktion ist nicht einmal, dass mit dieser Massnahme mittelfristig sogar höhere Sozialhilfekosten verursacht werden könnten, wenn nämlich diese Personen nicht mehr in der Obergrundstrasse 1, sondern in der Obergrundstrasse 3 hineingehen. Die G/JG-Fraktion kann und will diese vorgesehene Einsparung auf Kosten des Personals nicht tolerieren.

GPK-Präsidentin Luzia Vetterli: In der GPK wurde nur der Antrag der SP/JUSO-Fraktion gestellt; dieser wurde mit 5 : 6 Stimmen abgelehnt.

Baudirektorin Manuela Jost: Die Massnahme 60 setzt sich aus drei Punkten zusammen (1–3), bei welchen Teile der Reinigung zur Stadt zurückgenommen werden, und zwei Punkten (4 und 5), bei welchen die Reinigungsintervalle verlängert werden. Das Votum von Noëlle Bucher betrifft die ganze Massnahme, während sich Mario Stübi auf den Punkt 4 bezog, die Reinigung in den Kindergärten. Die Punkte 2, 4 und 5 wurden mit der Volksschule geprüft; man hat geschaut, welche Möglichkeiten es gibt und was vertretbar ist. Der Stadtrat ist der Meinung, dass diese Massnahme verantwortbar ist. Die Sprechende wehrt sich gegen die Behauptung, es komme faktisch einer Kündigung gleich, wenn man befristete Verträge auslaufen lässt. Das ist nicht so. Die Personen, die in einem befristeten Arbeitsverhältnis angestellt werden, wissen, wann ihr Vertrag ausläuft. Auch in den vergangenen Jahren wurden gewisse befristete Verträge aus verschiedenen Gründen nicht mehr verlängert. Bei einem befristeten Vertrag kann es immer eine Situation geben, in welcher dieser nicht verlängert wird. Das erklärt man den Leuten auch so, wenn man sie anstellt. Selbstverständlich gibt es Leute, die auf diese Arbeit angewiesen sind, und in diesem Sinn sind das Härtefälle. Für diese wird man nach Möglichkeit Lösungen suchen.

Die Verlängerung der Reinigungsintervalle hat Auswirkungen für das Reinigungspersonal, das mit nicht befristeten Verträgen angestellt ist. Die Stadt bietet allen diesen Personen an, im gleichen Pensum weiterzuarbeiten, sodass sie nicht weniger verdienen. Das wird dadurch möglich, dass die Stadt zum Teil Reinigungen zurücknimmt oder dass man umorganisiert. Das ist eine relativ komplexe Angelegenheit, aber dadurch wird erreicht, dass alle mit nicht befristeten Verträgen, die im gleichen Pensum weiterarbeiten wollen, das auch tun können und am Ende des Monats den gleichen Lohn wie bisher erhalten. Das ist der Sprechenden wichtig; sie hat selber an zwei Informationsabenden das ganze Reinigungspersonal informiert und mit ihm diese Möglichkeiten diskutiert. Selbstverständlich will der Stadtrat diese Massnahme sozialverträglich gestalten und erreichen, dass es nicht zu Härtefällen kommt.

Noëlle Bucher wurde von den Frauen, mit welchen sie gesprochen hat, berichtet, dass sie schon über mehrere Jahre immer wieder einen befristeten Vertrag erhalten haben, also nicht nur seit zwei Jahren, sondern wirklich seit fünf oder sechs Jahren. Die Sprechende bittet den Stadtrat dringend, die Praxis in der Stadtverwaltung so zu ändern, dass man diese befristeten Verträge in öffentlich-rechtliche Arbeitsverträge umwandelt und dem Personal so wirklich Sicherheit gibt. Das ist der G/JG-Fraktion ein grosses Anliegen.

Mario Stübi weiss jetzt immer noch nicht genau, wie die Antwort auf seine Frage lautet, ob der Dreck dann einfach einen oder zwei Tage liegen bleibt oder ob wirklich die Lehrperson selber putzen muss. Zudem denkt er, die Stadtluzerner Bevölkerung wäre interessiert daran zu erfahren, was die rechte Ratsseite zu dieser Massnahme meint, ob sie diese in Ordnung findet oder nicht.

In der Gegenüberstellung des Antrags der SP/JUSO-Fraktion (Streichung des Punktes 4) mit dem Antrag der G/JG-Fraktion (Streichung der ganzen Massnahme) obsiegt der Antrag der SP/JUSO-Fraktion.

In der Gegenüberstellung des Antrags der SP/JUSO-Fraktion mit dem Antrag des Stadtrates obsiegt der Antrag des Stadtrates. Die Massnahme BD 60 bleibt unverändert.

BD 61 und FD 62 bis FD 84: Keine Wortmeldung.

Kapitel 5 und Kapitel 6: Keine Wortmeldung.

Antrag, Seite 49 ff.

- I. Der Grosse Stadtrat stimmt der Ziffer I mit 43 : 0 : 2 Stimmen zu.
- II. Der Grosse Stadtrat stimmt der Ziffer II mit 45 : 0 : 0 Stimmen zu.
- III. Der Grosse Stadtrat stimmt der Ziffer III mit 35 : 8 : 2 Stimmen zu.
- IV. Der Grosse Stadtrat schreibt das Postulat 206 als erledigt ab.

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 24 vom 19. August 2015 betreffend

Haushalt im Gleichgewicht,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von Art. 13 Abs. 1 Ziff. 1 und Art. 28 Abs. 1 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

beschliesst:

- I. 1. Das Reglement über die Gebühren für das zeitlich beschränkte Parkieren vom 16. November 1995 wird wie folgt geändert:

Art. 8 *Parkgebühr für Gesellschaftswagen*

Die Parkgebühren auf Parkfeldern für Gesellschaftswagen betragen:

| | | | |
|----|----------------------------------|---------------------------|----------|
| a. | Löwenplatz und Kasernenplatz | pro Stunde: | Fr. 10.– |
| b. | Inseli | 1. Stunde | Fr. 10.– |
| | | ab 2. Stunde (pro Stunde) | Fr. 5.– |
| | | Tagespauschale (24 Std.) | Fr. 50.– |
| c. | Lido | pro Stunde: | Fr. 5.– |
| | | Tagespauschale (24 Std.) | Fr. 50.– |
| d. | Alpenquai, Landenberg, Brüelmoos | pro Stunde: | Fr. 3.– |
| | | Tagespauschale (24 Std.) | Fr. 30.– |

- 2. Diese Änderung tritt mit der Genehmigung durch den Regierungsrat am 1. Januar 2016 in Kraft. Sie ist zu veröffentlichen.

- II. 1. Das Reglement über die Nutzung des öffentlichen Grundes vom 28. Oktober 2010 wird wie folgt geändert:

Anhang

A. Gebühren für die Sondernutzung öffentlichen Grundes (Konzessionsgebühr)

Einmalige Gebühr

(bleibt unverändert)

Jährliche Gebühren für fest verankerte Reklameinstallationen und Beflaggungen

| Art | Unbeleuchtet | Beleuchtet |
|---------------------|--|--|
| Reklameinstallation | Fr. 30.–/m ² ; Mindestgebühr Fr. 100.– | Fr. 40.–/m ² ; Mindestgebühr Fr. 100.– |
| Megaposter | (bleibt unverändert) | |

B. Gebühren für den gesteigerten Gemeingebrauch öffentlichen Grundes

Platzgebühren Märkte

(bleiben unverändert)

Platzgebühren Messen

(bleiben unverändert)

Gebühren übrige Nutzungen

Übrige Fälle; beispielsweise Standaktionen, Veranstaltungen usw.

| Was | | Preis |
|--|--------------------|---|
| Übrige Fälle; beispielsweise Standaktionen, Veranstaltungen usw. | Tarifzonen 1 und 2 | Fr. 12.–/m ² /Tag; Mindestgebühr Fr. 50.– |
| Kommerzielle Nutzungen auf dem Bahnhofplatz | | Fr. 24.–/m ² /Tag; Mindestgebühr mit Infrastruktur Fr. 1'000.–; Mindestgebühr ohne Infrastruktur, aber mit max. 2 Personen Fr. 500.– |
| | Tarifzone 3 | Fr. 9.–/m ² /Tag |

2. Diese Änderung tritt mit der Genehmigung durch den Regierungsrat am 1. Januar 2016 in Kraft. Sie ist zu veröffentlichen.

- III. 1. Das Reglement über das Bestattungs- und Friedhofswesen der Stadt Luzern vom 25. März 1999 wird wie folgt geändert:

Art. 24 *Umfang der unentgeltlichen Bestattung*

Die unentgeltliche Bestattung von Verstorbenen mit letztem Wohnsitz in Luzern umfasst folgende Leistungen der Stadt:

- a. (bleibt unverändert)
- b. Bei Urnenbeisetzungen: Bereitstellen eines Reihengrabes, Öffnen des Grabes, Beisetzung, Schliessen des Grabes, Abräumung.

2. Das Reglement über das Friedhof- und Bestattungswesen der Gemeinde Littau vom 20. November 2002 wird wie folgt geändert:

Art. 47 *Bestattungskosten*

¹⁻² (bleiben unverändert)

³ Die unentgeltliche Bestattung von Verstorbenen mit letztem Wohnsitz in Luzern umfasst folgende Leistungen der Stadt:

- a. (bleibt unverändert)
- b. Bei Urnenbeisetzungen: Bereitstellen eines Reihengrabes, Öffnen des Grabes, Beisetzung, Schliessen des Grabes, Abräumung.

⁴⁻⁵ (bleiben unverändert)

3. Diese Änderung tritt am 1. Januar 2017 in Kraft. Sie ist zu veröffentlichen.

- IV. Das Postulat 206, Katharina Hubacher und Ali R. Celik namens der G/JG-Fraktion, vom 8. Juli 2014: „Kein Sozialabbau“, wird als erledigt abgeschrieben.

- V. Die Beschlüsse gemäss Ziffern I–III unterliegen je einzeln dem fakultativen Referendum.

**4. Bericht und Antrag 23/2015 vom 19. August 2015:
Gesamtplanung 2016–2020**

Das Traktandum wird aus Zeitgründen auf die nächste Ratssitzung verschoben.

5. Bericht und Antrag 22/2015 vom 19. August 2015: Voranschlag 2016

EINTRETEN

GPK-Präsidentin Luzia Vetterli: Die GPK hat den Voranschlag 2016 ebenfalls an ihrer Sitzung vom 17. September 2015 behandelt und beschlossen. Dabei hat eine Minderheit das Budget wegen der HiG-Massnahmen abgelehnt, die der Grosse Stadtrat vorhin schon besprochen hat. Abgesehen von den HiG-Massnahmen gab es zu zwei Punkten Diskussionen: einerseits zur Zweckumwandlung des Grundstücks Grabenstrasse 2: da war den Mitgliedern der GPK einfach wieder einmal nicht so ganz klar, wie der Ablauf genau geht und was das bedeutet. Die Sprechende bittet darum die Verwaltung, dass sie das einmal klärt und der GPK schriftlich oder mündlich darlegt. Andererseits diskutierte die Kommission längere Zeit über den Beitrag an das Neubad.

Laurin Murer hat es schon seit der GPK-Sitzung befürchtet: auch hier im Rat hat sich heute nichts mehr verändert. Alle Verbesserungsanträge der G/JG-Fraktion und auch die Kompromissanträge der SP/JUSO-Fraktion wurden abgeschmettert. Die Bürgerlichen wollen sparen. Damit bauen sie aber auch in hohem Mass Leistungen ab, und sie verteuern auch Leistungen. Das ist keine Politik für die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Luzern, das ist Politik für die Bonzen. Leider wurde nicht nur heute gespart, sondern schon in den letzten Jahren. Einige Teile werden immer noch weggespart, obwohl es das Volk eigentlich ganz anders beschlossen hat, was viele hier im Saal wohl gar nicht mehr wissen. Der Sprechende erwähnt als Beispiel die Vorfinanzierung des Tiefbahnhofs: da legt die Stadt auch im nächsten Jahr nicht mehr so viel Geld beiseite, wie es das Volk beschlossen hat. Aber aufgeführt ist diese Sparmassnahme in diesem Budget nirgends.

Der Sprechende fragt die Sparwütigen im Rat, warum sie denn so auf Teufel komm raus sparen. Falls sie ein ausgeglichenes Budget wollen, hätten sie zusammen mit der G/JG-Fraktion auch über eine Steuererhöhung diskutieren können. Nein, sie wollen die Leistungen der Stadt unter dem Deckmantel eines ausgeglichenen Budgets abbauen. Als Folge davon können sich vieles nur noch die reicheren Einwohner der Stadt leisten. Die Schere zwischen reich und arm geht in der Stadt Luzern noch mehr auseinander, und damit nehmen auch die Konflikte zu. Die G/JG-Fraktion will das nicht, sie setzt sich für alle ein und nicht nur für wenige. Deshalb wird die Fraktion, wenn nicht noch ein Wunder geschieht, das Budget ablehnen und das Referendum dagegen ergreifen. Die Bögen dazu sind schon bereit.

René Peter: Wie alle wissen, hat der Voranschlag 2016 einen grossen Zusammenhang mit dem Projekt Haushalt im Gleichgewicht. Nach regen Diskussionen kann die FDP-Fraktion feststellen, dass dies im Voranschlag nun nicht zu grossen Veränderungen führt. Jedoch will der Kanton nach neusten Aussagen in den nächsten drei Jahren rund 330 Mio. Franken sparen. Die Auswirkungen auf die Stadt Luzern kennen die Mitglieder des Grossen Stadtrates bis jetzt noch nicht. Gerade deshalb braucht es ein HiG.

Die FDP-Fraktion stellt fest, dass mit HiG gewisse Massnahmen ergriffen und Prozesse eingeleitet wurden, um den Finanzhaushalt der Stadt Luzern in Zukunft wieder ins Lot zu bringen. Aber es sind noch weitere Anstrengungen nötig. Gerade wenn man den Finanzplan für die

nächsten fünf Jahre anschaut, sieht man, dass es im Jahr 2020 bereits wieder rote Zahlen gibt. Es braucht Effizienz, und weitere Sanierungsmassnahmen sind nötig.

Mit den drei grossen strategischen Projekten Schulraumoffensive, Neue Theater Infrastruktur und Entwicklung der Innenstadt steht die Stadt Luzern in den nächsten fünf Jahren vor grossen Herausforderungen.

Auf der anderen Seite haben Analysen über die Stadt Luzern gezeigt, dass sie explizit in der wirtschaftlichen Entwicklung gegenüber Vergleichsstädten Defizite aufweist. Die Stadt verfügt eher über wenig private Arbeitsplätze und ist auch in der Wertschöpfung dementsprechend schwach. Die Strategie war, diese Schwäche der Stadt mit der Entwicklung von Schlüsselarealen zu korrigieren. Bereits im Voranschlag 2014 wurde dies von der FDP-Fraktion gefordert. Leider konnte das bis heute nicht realisiert werden. Die FDP-Fraktion hofft, dass man dieses Problem wirklich aktiv angeht und nun endlich vorwärtsmacht. Es gibt dazu ja zum Glück auch Aussagen in der Gesamtplanung. Leider muss man jedoch heute der Zeitung entnehmen, dass das Areal Rösslimatt erst ab 2020 bezugsbereit sein soll.

Längerfristig braucht es eine gute Pflege der bestehenden Unternehmen und eine aktive Ansiedlungspolitik für neue Unternehmen und gute Steuerzahler, damit die Stadt nachhaltig durch eine höhere Wertschöpfung zu mehr Steuereinnahmen kommt. Jedenfalls kommt für die FDP-Fraktion eine Steuererhöhung nicht in Frage.

Leider muss die Fraktion auch feststellen, dass die Neuverschuldung nach 2014 wieder ansteigt und auch das Eigenkapital auf einer Höhe von 10 Mio. Franken stagniert, was im Vergleich zu einem Umsatz von 612 Mio. Franken viel zu klein ist und im Vergleich zu anderen Gemeinwesen geradezu winzig.

Trotzdem wird die FDP-Fraktion auf den Voranschlag eintreten und ihm zustimmen.

Simon Roth: Die SP/JUSO-Fraktion wird auf den Voranschlag eintreten, sie wird ihn ablehnen und sie wird in der Partei das Referendum beantragen. Zu diesem Budgetreferendum will der Sprechende noch kurz etwas sagen: Ein konstruktives Referendum ist in diesem Fall leider nicht möglich. Das Referendum der SP/JUSO-Fraktion richtet sich aber nicht gegen das gesamte Sparpaket, sondern gegen die Massnahmen, bei welchen sie heute die Streichung gefordert hat. Der Sprechende bittet daher die bürgerlichen Parteien, dies in ihrer Argumentation zu beachten. Die SP/JUSO-Fraktion bekämpft nämlich den grösseren Teil des Sparpakets nicht. Zudem betont der Sprechende, dass die Situation nicht dieselbe ist wie beim letzten Budgetreferendum 2012. Erstens wurde der ganze Budgetprozess nach vorne verschoben, man wird also schneller wieder ein gültiges Budget haben. Zweitens wurde seither die Gemeindeordnung angepasst und dadurch die Handlungsfähigkeit der Verwaltung auch bei einem noch nicht verbindlichen Voranschlag bedeutend ausgeweitet. Der durch das Referendum entstehende Mehraufwand für die Verwaltung wird damit verträglicher. Besonders ist auch zu beachten, dass mit einem Budgetreferendum ein demokratisches Recht wahrgenommen wird.

Peter With: Da bereits auch die Medien über das Referendum berichteten, erübrigt sich hier eine grosse Diskussion. Diese kann man dann im Abstimmungskampf führen. Die SVP-Fraktion stand hinter dem Massnahmenpaket, sie steht auch hinter dem Voranschlag. Sie wird dazu nur einen Antrag stellen, den sie auch in der GPK gestellt hat und worüber man auch schon in den Medien lesen konnte, nämlich zum Neubad. Sonst unterstützt die SVP-Fraktion das Budget.

Franziska Bitzi Staub: Die Sparbemühungen gehen weiter. Auch schöne Projektnamen wie „Haushalt im Gleichgewicht“ können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Stadt jedes Jahr Budgetposten kürzen muss. Eine einigermaßen konstante und unaufgeregte Fortschreibung der Planzahlen scheint seit einigen Jahren nicht möglich zu sein. Jedes Mal, wenn die Stadt eine Hürde gemeistert hat – z. B. Einführung Pflegefinanzierung, Einführung KESB, Halbierung Gewinnsteuer, Abschaffung Liegenschaftssteuer, um nur einige zu nennen – folgen die nächsten. Im Vergleich zum letzten Jahr haben sich die Konjunktur abgekühlt und die volkswirtschaftlichen Prognosen verschlechtert. Man muss auch keine Hellseherin sein, um zu ahnen, dass in den nächsten Jahren zusätzlich die Kosten einer Bevölkerungswanderung hinzukommen werden. Da dürfte die Kürzung bei DaZ nur einen kleinen Teil der totalen Migrations- und Integrationskosten ausmachen.

Trotzdem: die ständige Aufgabenüberprüfung zeigt Früchte. Der Stadtrat kann fürs Jahr 2016 einen satten Ertragsüberschuss von mehr als 800'000 Franken budgetieren. Und das, obwohl das Wachstum der Steuererträge nun realistischer, d. h. tiefer geschätzt wird. Und gleichzeitig können auch Investitionen getätigt werden. Die Stadt steht also nicht still, sondern kann sich entwickeln und nachhaltige Werte schaffen. Dabei zeigt der Selbstfinanzierungsgrad von gut 80 % einen positiven Trend, auch wenn die Mehrjahresbetrachtung immer noch ungenügend ist.

Zusammenfassend kann die Sprechende festhalten, dass die Stadt Luzern dank der ergriffenen und eingeleiteten Massnahmen die Finanzen im Griff hat. Man kann nur hoffen, dass die Pläne der Stadt nicht zu schnell wieder durch exogene Entwicklungen so stark beeinflusst werden, dass die anstehenden Grossprojekte wieder verschoben oder redimensioniert werden müssen.

Die CVP-Fraktion wird auf den B+A eintreten und den Voranschlag 2016 beschliessen.

Laura Kopp: Vieles konnte man heute schon im Zusammenhang mit dem B+A Haushalt im Gleichgewicht hören. Die dort vorgeschlagenen und jetzt auch grossmehrheitlich beschlossenen Massnahmen führen dazu, dass der Stadtrat einen Ertragsüberschuss von gut 800'000 Franken präsentieren kann. Wie immer im Zusammenhang mit Budgets und Voranschlägen ist es schwierig zu sagen, wie sich die Einnahmenseite konkret entwickelt. In den vergangenen Jahren hat die GLP-Fraktion immer wieder darauf hingewiesen, dass die Stadt von einer zu optimistischen Budgetierung bei den Steuereinnahmen ausgeht. Die Fraktion begrüsst es deshalb sehr, dass der Stadtrat für das Jahr 2016 diesbezüglich eher zurückhaltender geworden ist.

Das Kostenwachstum konnte durch verschiedene Massnahmen reduziert werden, und zwar nicht nur aufgrund des Projekts Haushalt im Gleichgewicht, sondern auch aufgrund von anderen Annahmen, z. B. dass die Teuerung tief bleibt und daraus wieder ein 0%iges Lohnwachstum folgt und auch der Sachaufwand gesenkt werden kann. Ob diese Vorgaben letztlich eintreffen werden, wird sich erst im Verlauf der nächsten Monate und des nächsten Jahres zeigen. Die gesellschaftlichen Entwicklungen oder auch allfällige Auswirkungen der derzeitigen Herausforderung aufgrund der Flüchtlingsströme kann man im Moment noch nicht vollumfänglich vorhersagen. Zudem plant der Kanton, in den nächsten drei Jahren 330 Mio. Franken zu sparen. Wie sich diese Sparbemühungen auf die Stadt auswirken, weiss man heute nicht. Die GLP-Fraktion betrachtet den vorliegenden Voranschlag mit den vorgesehenen Mas-

snahmen aus dem Projekt Haushalt im Gleichgewicht aber trotzdem als einen wichtigen ersten Schritt zur Beseitigung des strukturellen Defizits. Sie ist nach wie vor der Meinung, dass diese Massnahmen keinen Kahlschlag bedeuten, sondern vielmehr dafür sorgen, dass die Stadt finanziell gesunden kann. Die Stadt braucht eine finanziell gute Basis, um die zukünftigen Herausforderungen meistern zu können. Wenn ihr diese Basis fehlt, wird es früher oder später zum befürchteten Kahlschlag kommen.

Die GLP-Fraktion tritt auf den B+A ein und stimmt ihm zu.

Damit ist der Grosse Stadtrat auf den B+A 22/2015: „Voranschlag 2016“ eingetreten.

DETAIL

Wortmeldungen nur zu Seite 143, Konto 300, Fonds K und S Kulturteil, Position 365.833, Neubad.

Mario Stübi begibt sich in den Ausstand, weil er Vorstandsmitglied des Vereins Neubad ist.

Peter With hat schon angekündigt, dass sich die SVP-Fraktion zu diesem Beitrag an das Neubad melden wird. Die Fraktion hat auch bereits vorher kommuniziert, dass sie nicht die Leistungen des Vereins Neubad in Frage stellt. Es ist jedoch so, dass man damals, als es darum ging, wer diese Zwischennutzung erhält, Ausschreibungen gemacht hat. Es wurden Kriterien festgelegt, und ein Kriterium war, dass die Stadt Luzern keinen Beitrag dazu leistet. Die SVP-Fraktion bekam dann aufgrund von Äusserungen irgendeinmal das Gefühl, es könnte plötzlich doch noch dazu kommen, dass die Stadt da einen Beitrag leistet, und sie hat einen Vorstoss eingereicht. Sie wurde jedoch einigermaßen beruhigt, denn der Stadtrat hat mehrfach betont, es werde kein Beitrag geleistet, das wäre ja auch eine Ungleichbehandlung und unfair jenen gegenüber, die sich ebenfalls an dieser Ausschreibung beteiligten. Heute ist es offenbar nicht mehr unfair; man plant sogar für nächstes Jahr weitere 70'000 Franken auszugeben. Denn wie die SVP-Fraktion erfahren hat, leider nicht in der Kommission, sondern irgendwie hinten herum, scheint es tatsächlich so zu sein, dass bereits in diesem Jahr auch 70'000 Franken gesprochen wurden. Diesbezüglich möchte der Sprechende wissen, ob das so ist. Auf jeden Fall **beantragt** die SVP-Fraktion, **diese 70'000 Franken hier zu streichen**, weil die Stadt ja Zwischennutzungen nur ermöglicht, indem sie die Gebäude kostenlos zur Verfügung stellt, aber nicht indem sie auch noch Subventionen zahlt.

Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst: Wenn man einen Fehler macht, braucht es auch Zeit, um diesen Fehler abschliessend zu beurteilen. Es ist tatsächlich so, wie Peter With es darstellte. In Bezug auf das Neubad ging der Stadtrat über die Bücher und hat gesehen, dass sich das Neubad gewaltig entwickelte und wirklich zu einem Quartiertreffpunkt für Jung und Alt wurde. Was das Gebäude betrifft, gab es ein paar Unwägbarkeiten, die man nicht im Voraus wissen konnte. Es sieht auch so aus, dass das Neubad wahrscheinlich länger bestehen bleibt, als man am Anfang dachte, auch aus dem Grund, dass man bei diesem Grundstück noch nicht weitermachen kann. Deshalb hat der Stadtrat eine Neubeurteilung vorgenommen. Es ist richtig, dass in der Antwort auf die Interpellation der SVP-Fraktion stand, es werde keine Beiträge der Stadt an das Neubad geben. Die Sprechende hat bereits in der GPK gesagt, dass das ein

Tolgen in ihrem Reinheit sei. Sie lässt sich aber dadurch nicht besonders beunruhigen und hat trotzdem gut geschlafen; da gibt es andere Sachen auf dieser Welt, die gravierender sind. In der GPK unterlag die Sprechende einem Irrtum: sie ging davon aus, dass diese 70'000 Franken, die jetzt im Budget stehen, diejenigen 70'000 Franken sind, die der Stadtrat für dieses Jahr beschlossen hat. Nach der Sitzung wurde sie innert 24 Stunden darauf aufmerksam gemacht, dass dem nicht so ist. Der Stadtrat hat daraufhin am 23. September der Sprechenden sofort den Auftrag gegeben, im Kommissionsprotokoll eine korrigierende Ergänzung einzufügen. Das geschah noch bevor der Luzerner Tageszeitung zugesteckt wurde, sie solle doch einmal nachfragen, was es mit diesen 70'000 Franken auf sich habe. Es ist so, dass der Stadtrat in diesem Jahr 70'000 Franken als Programmbeitrag gesprochen hat; er konnte das in eigener Kompetenz tun. Der Stadtrat hat sich ebenso überlegt, dass man möglicherweise auch im Jahr 2016 wieder mit einem Gesuch rechnen könne. Und er wollte vermeiden, dass es dann heisst: Nein, es gibt nie mehr etwas. Die Sprechende hat auch immer gesagt, sie würde nie versprechen, es gebe nie mehr etwas. Es ist aber nicht so, dass die 70'000 Franken, die jetzt im Budget 2016 stehen, bereits für Ausgaben verplant wären. Das wissen die Verantwortlichen im Neubad noch gar nicht so genau. Die Sprechende nimmt die Verantwortung auf sich, dass das nicht gut lief. Der Stadtrat hat aber zu keiner Zeit versucht, aktiv etwas zu vertuschen. Es ist ein Fehler passiert; auch die Mitglieder des Stadtrates können Fehler machen. Es hätte dann verschiedene Varianten gegeben, z. B. hätte der Stadtrat diesen Beitrag zurückziehen können. Die Sprechende glaubt aber, Wahrheit währt am längsten. Der Stadtrat geht jetzt weiter, und das Parlament ist frei zu entscheiden, ob es diesen Beitrag für das nächste Jahr bewilligt oder nicht. Die Sprechende will auch nicht verhehlen, dass der Stadtrat in Zukunft die Möglichkeit hätte, statt explizit für das Neubad etwas zu budgetieren, über die Kreativwirtschaft Beiträge zu geben. Und um den gesamten Überblick zu bieten, will sie noch ergänzen, dass der Stadtrat dem Neubad mit dem StB 727 im Jahr 2014 eine einfache Bürgschaft von 150'000 Franken gewährt hat.

Jetzt wurde ein Ablehnungsantrag zu dieser Budgetposition gestellt. Die Sprechende wiederholt noch einmal, dass noch nicht geplant ist, dieses Geld einfach auszugeben. Das Neubad muss zuerst selbstverständlich Programmbeitragsgesuche stellen.

Fabian Reinhard: Die Mitglieder des Grossen Stadtrates haben gehört, dass der Stadtrat wiederholt und mehrfach versprochen hat, es gebe keine Gelder an den Betrieb des Neubads. Diese Versprechen gingen bereits im Neubad baden, das ist bereits passiert, das ist Vergangenheit, an welcher man wahrscheinlich nichts mehr ändern kann. Was der Grosse Stadtrat aber jetzt ändern kann, sind weitere Ausgaben für das Neubad. Er kann das tun, indem er den Antrag der SVP-Fraktion unterstützt und diesen Beitrag von 70'000 Franken streicht. Wenn der Stadtrat sagt, das seien ja nicht Gelder für den Betrieb des Neubads, sondern für kulturelle Projekte, dann findet der Sprechende diese Argumentation ein bisschen gesucht. Dann ist die Abgrenzung offenbar nicht so klar. Jetzt sollte man doch einfach ehrlich sein und diese 70'000 Franken komplett aus dem Voranschlag herausnehmen. Die FDP-Fraktion wird den Antrag der SVP-Fraktion unterstützen.

Noëlle Bucher dankt Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst für die Transparenz. Seit dem September 2013 ist das Neubad als Zwischennutzung geöffnet. Heute, zwei Jahre später, ist es – die Sprechende wollte sagen, für die jungen Leute in der Stadt, aber nach dem Votum

von Fabian Reinhard sagt sie, für die meisten jungen Leute in der Stadt – als Veranstaltungsort kaum mehr aus der Stadt Luzern wegzudenken. Im Neubad wird nicht nur Kreativwirtschaftsförderung par excellence betrieben, es bildet auch einen Ort des kulturellen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskurses. Die G/JG-Fraktion hat darum erfreut zur Kenntnis genommen, dass der Stadtrat für das Jahr 2016 einen Beitrag im Umfang von 70'000 Franken an den Verein Neubad vorsieht. Die Fraktion geht davon aus, dass die Stadt Luzern die Situation des Neubads, seine Entwicklung in den letzten zwei Jahren, seinen Stellenwert für die Stadt als Veranstaltungsort, neu beurteilt hat und darum heute, nach der Neubeurteilung der Lage, zum Schluss kommt, dieses Geld zu sprechen. Der Stadtrat will den Beitrag nicht an den Betrieb ausrichten, sondern er soll für Veranstaltungen eingesetzt werden, also als Programmbeitrag. Die Veranstaltungen im Neubad haben eine regionale und oftmals überregionale Ausstrahlung. Wer weiss, vielleicht gelingt es, auch noch einen oder zwei Touristen anzulocken, die dann gratis mit dem Bus ins Neubad fahren können. Die G/JG-Fraktion jedenfalls begrüsst die finanzielle Unterstützung des Neubads und ist darum gegen eine Streichung des Beitrags im Voranschlag.

Max Bühler: Statt sich jetzt über einen angeblichen Wortbruch zu echauffieren, wär es vielleicht einmal an der Zeit, sich zu vergegenwärtigen, was das Neubad ist, was es bietet und was die vielen engagierten Personen im Neubad leisten: Das Neubad bietet dringend benötigten und zahlbaren Platz für die wachsende und vielfältige Luzerner Kreativwirtschaft, für Kunstschaffende und für zahlreiche Start-ups, und leistet so auch einen Beitrag an die regionale Wirtschaftsförderung. Absolventen von notabene Luzerner Hochschulen wird mit dem Neubad nach dem Studium die Möglichkeit geboten, in Luzern auch Fuss zu fassen. Dieses kreative Potenzial würde sonst ziemlich schnell nach Zürich, Basel etc. abwandern. Luzern hätte dann die Ausbildung dieser Leute bezahlt, würde aber nicht von ihrem Output profitieren. Zudem werden im Neubad mehrere Leute aus dem zweiten Arbeitsmarkt beschäftigt und Praktika für Studenten angeboten. Und nicht zuletzt bietet das Neubad ein bereicherndes und überaus gut besuchtes Veranstaltungsprogramm im Pool und im Bistro, das sich seit seinem Bestehen zu einem veritablen Quartiertreffpunkt entwickelt hat.

Kurz gesagt: Um einen Ort wie das Neubad würde sich jede andere Schweizer Stadt reissen. Luzern Tourismus empfiehlt das Neubad bei Anfragen, und auf TripAdvisor findet man nur Lob für diesen Ort.

Wenn jetzt von der bürgerlichen Seite der Antrag kommt, man solle den Beitrag an das Neubad streichen, dann ist das zwar nicht erstaunlich, allerdings wird so das zivilgesellschaftliche Engagement von vielen Helferinnen und Helfern, die sich in unzähligen Stunden unentgeltlich für das Neubad eingesetzt haben, komplett verkannt.

Und wenn man jetzt plötzlich für die zahlreichen Fremdveranstaltungen Mietpreise verlangen würde, mit welchen die Kosten des Hauses tatsächlich gedeckt wären, dann hätten Tanz-, Theater- oder Musikaufführungen, wie das Neubad sie jetzt hat, kaum mehr Platz und es würden dort vor allem Corporate Events stattfinden. Genau da setzt der Programmbeitrag der Stadt an. Eines darf man zudem nicht vergessen: Das Neubad setzt exakt die kulturpolitische Agenda der Stadt Luzern um, zu welcher auch die Mehrheit der bürgerlichen Ratshälfte Ja sagte.

Ausserdem haben sich die bei der Ausschreibung des Gebäudes ausgewiesenen Nebenkosten von 100'000 Franken aufgrund des schlechten Zustands als deutlich zu tief herausgestellt. Das macht den Betrieb des Neubads teurer, als man anfangs dachte.

Sollte sich jetzt die Diskussion nur darauf fokussieren, Wortbruch Ja oder Nein, verlieren am Schluss alle: die Zwischennutzung, die Stadt und die Luzernerinnen und Luzerner. Deshalb lehnt die SP/JUSO-Fraktion den Antrag der SVP-Fraktion ab.

Thomas Gmür: Es geht jetzt nicht primär darum, zu diskutieren, was alles im Neubad gut oder besser oder sehr gut läuft, sondern es geht darum, zu diskutieren, was in der Vergangenheit bis jetzt passiert ist. Es gab eine Zwischennutzungsinitiative, die verworfen wurde. Über das Neubad hat der Grosse Stadtrat schon mehrere Male diskutiert, und immer hat es geheissen, zum Neubad fliesse kein öffentliches Geld. Das Neubad hat seinerseits ebenfalls versichert, man sei auf öffentliche Gelder nicht angewiesen, man brauche sie nicht, man könne es auch ohne öffentliche Gelder. Und jetzt, am 22. Oktober 2015, wird Rechenschaft abgelegt und Transparenz geschaffen, und man sagt, der Stadtrat orientiere ja jetzt öffentlich und sei transparent; man sagt, es habe eine Bürgerschaft von 150'000 Franken gegeben; man sagt, es seien 70'000 Franken geflossen. Von all dem liest der Sprechende in der Gesamtplanung und im Voranschlag nichts, von all dem liest er in den Begründungen nichts. So geht man – dies bemerkt der Sprechende zu Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Host – mit dem Parlament nicht um; der Sprechende fühlt sich verarscht.

Joseph Schärli: Bekanntlich ist es für kulturelle Institutionen schwierig, Akzeptanz zu finden. Der Sprechende sah das seinerzeit beim Bildzwang, er sah es beim Sedel. Heute kann man sich diese Institutionen nicht mehr wegdenken. Der Stadtrat hat jetzt dargelegt, was beim Neubad alles gegangen ist. Das erschien der SVP-Fraktion schon ein bisschen komisch. Auf der anderen Seite wissen alle, dass das Neubad floriert. An der GPK-Sitzung hat der Sprechende auch mitbekommen, man habe die Heizung ersetzen müssen. Heute hat er kein Wort davon gehört. Das würde auch zur Transparenz gehören. Um einen Beitrag zu Veranstaltungen und Events zu sprechen, hat der Stadtrat die Kompetenz und verschiedene Möglichkeiten. Der Sprechende will nicht darauf eingehen.

Es würde ihn jedoch stören, wenn man nach ein paar Jahren sagen würde, das Neubad sei jetzt so weit in die Kultur integriert, dass man von dort nicht mehr weg könne. Es ist eine Zwischennutzung, und man kann nicht den Anspruch erheben, dass die Stadt nachher dafür sorgen müsse, sie zu erhalten und ihr ein neues Lokal zur Verfügung zu stellen. Das kann nicht die Aufgabe der Stadt sein. Deshalb soll man rechtzeitig Ausschau halten.

In Anbetracht des Votums von Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst kommt sich der Sprechende ein bisschen wie ein Beichtvater vor. Deshalb sagt er jetzt auch: „Stadtrat, deine Sünden sind dir vergeben.“ Jeder Mensch kann Fehler machen und es dann bereuen. Deshalb gibt der Sprechende die Lossprechung und fordert die anderen Mitglieder des Grossen Stadtrates auf, das doch auch zu tun.

Fabian Reinhard hat jetzt gehört, aus dem Neubad kämen Start-ups. Er wettet darauf, dass das nächste Google nicht aus dem Neubad kommt. Ein echtes Start-up gründet man daheim in der Garage und nicht in einer solchen Institution, die so subventioniert ist. Weiter hat er gehört, das Neubad sei nicht mehr wegzudenken. Das könnte zu einem Problem werden,

denn es ist eine Zwischennutzung, ein Provisorium. Über ein Provisorium kann man doch nicht sagen, es sei nicht mehr wegzudenken. Denn das würde bedeuten, dass aus diesem Provisorium irgendeinmal ein Providurium wird. In diese Richtung geht es ja bereits, denn mit den 70'000 Franken im Voranschlag wird das bereits ein erstes Mal zementiert. Der Sprechende ist ziemlich sicher, dass der Grosse Stadtrat in nicht allzu ferner Zeit wieder hören wird, das Neubad brauche Geld für den Unterhalt. Er möchte unbedingt vermeiden, dass man aus diesem Provisorium ein Providurium macht.

Noëlle Bucher bezweifelt, dass Fabian Reinhard schon einmal im Neubad war, denn dann wüsste er, dass dort durchaus ein erfolgreiches Start-up gegründet werden könnte. Dass eine Zwischennutzung einen Riesenerfolg haben kann, sieht man auch in anderen Städten, z. B. beim Palace in St. Gallen.

Die Sprechende möchte kurz auf das Votum der CVP-Fraktion eingehen. Vor noch nicht allzu langer Zeit hat der Grosse Stadtrat darüber diskutiert, wie viel man in die Spielplätze in der Stadt Luzern investieren soll. Die Familienpartei CVP hat damals gesagt, es wäre wichtig, wenn sich auch die Zivilgesellschaft verstärkt einsetzen und vielleicht im Wald ein Häuschen aufstellen oder irgendwo einen Sandkasten einrichten würde. Genau das wurde im Neubad gemacht. Die Sprechende fordert die Mitglieder der CVP-Fraktion auf, einmal dorthin zu gehen: es hat immer Kinder dort draussen. Es ist wie ein Quartierbüro – was sich ja gut trifft, da es im Tribschen aufgrund der Sparmassnahme kein Quartierbüro geben wird. Die Sprechende bittet die Mitglieder der CVP-Fraktion, sich einfach zu überlegen, wen sie bestrafen wollen: den Stadtrat oder das Neubad.

Franziska Bitzi Staub: Die CVP-Fraktion schätzt das Neubad als Institution. Sie hat zur Eröffnung des Neubads aus der Fraktionskasse, also aus der Entschädigung, welche die Mitglieder des Grossen Stadtrates erhalten, Stühle gesponsert. Das Neubad ist eine gute Sache. Jetzt hat man aber einfach unterwegs die Spielregeln geändert. Es gab eine Ausschreibung, welche die Spielregeln enthielt. Auf diese Ausschreibung hin konnte man sich bewerben. Es war ein Wettbewerbsverfahren. Alle haben den Zustand des Objekts, das man übernehmen konnte, gesehen. Es ist genau so, wie wenn man privat eine Immobilie kauft oder mietet: ein gewisses Risiko in Bezug auf den Zustand bleibt; man merkt vielleicht erst, wenn man darin wohnt, wie ringhörig es ist oder dass die Heizung aussteigt. Man kann jetzt nicht im Nachhinein einfach die Spielregeln ändern, denn man hat eben immer gesagt, der Betrieb müsse ohne einen Beitrag der Stadt funktionieren. Das hat der Stadtrat auch zugesichert, und jetzt wird es plötzlich ganz anders. Es ist eine Frage des Vertrauens, das ist der Punkt. Jetzt hat man herausgefunden, dass da Geld geflossen ist. Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst hat sich entschuldigt; das ist ja gut und recht, aber ein gewisses Misstrauen bleibt doch zurück. Wo macht der Stadtrat sonst noch etwas, und die Mitglieder des Grossen Stadtrates merken es gar nicht? Es ist einfach nicht transparent. Die Sprechende hat jetzt von der Bürgerschaft für 150'000 Franken gehört. Das ist finanzrechtlich eine Ausgabe. 70'000 Franken flossen aus einem anderen Kässeli, das ergibt zusammen 220'000 Franken, also schon fast eine Viertelmillion. Die Sprechende weiss nicht, ob man auch bei der Heizung noch etwas investiert hat. Muss man hier nicht auch die Einheit der Materie beachten und diese Ausgaben für ein und dasselbe Projekt zusammenrechnen? So ist es aber eine absolute Zerstückelung und wird dadurch intransparent. Das war so nicht abgemacht, das ist hier das Problem.

András Özvegyi: Die GLP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Transparenz und jetzt für die Entschuldigung. Der Sprechende findet das gut, mutig und ehrlich. Die Zahlen sind jetzt auf dem Tisch. Zur CVP-Fraktion bemerkt der Sprechende, dass in der Zwischenzeit das Neubad wirklich ein grosser, lebendiger Treffpunkt wurde, der extrem lebendig ist. Am Sonntag ist das Neubad voll mit Familien, die zum Brunch kommen. Der Sprechende würde es schade finden, wenn man das Neubad einfach nicht mehr unterstützen würde. Das Neubad hat mit Quartierarbeit zu tun, und diesbezüglich fuhr der Grosse Stadtrat heute ja eine ziemlich harte Linie und ist der Quartierarbeit überhaupt nicht entgegengekommen. Aus dieser Optik unterstützt die GLP-Fraktion das Neubad mit diesem kleinen Beitrag weiterhin.

Christian Hochstrasser: Wenn Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst von der Bürgerschaft sprach, so war das keine Beichte; diese Bürgerschaft findet man im Geschäftsbericht 2014 auf Seite 243. Dort ist sie völlig transparent ausgewiesen. Deshalb findet der Sprechende es nicht in Ordnung, wenn man sich jetzt dermassen echauffiert und gegen die Bildungsdirektorin schießt.

Es wurde schon gesagt, dass es eine aussergewöhnliche Zwischennutzung und ein komplexes Gebäude ist, und dass man die Spielregeln gekannt habe. Das ist alles richtig. Aber wenn ein Heizkessel ersetzt werden muss, geht es letztlich um die Existenz dieser Zwischennutzung, welche die Stadt ausgeschrieben hat. Wenn man die Kosten und den Nutzen abwägt und sich überlegt, ob dort in den nächsten Jahren nichts mehr stattfinden oder ob die Zwischennutzung bestehen bleiben soll, dann scheint der Stadtrat dem Sprechenden verantwortungsbewusst vorgegangen zu sein, indem er mit Augenmass und notabene in seiner eigenen Kompetenz einen Beitrag sprach.

Zum Vertrauen und dem Wortbruch: Unter anderem wurden heute mit dem B+A Haushalt im Gleichgewicht bei der Massnahme AHIZ Übergangsbestimmungen geändert, die man den betroffenen Leuten noch vor drei Jahren versprochen hatte, als man damals schon bei der AHIZ kürzte. Es gibt vielleicht immer wieder Situation, wo man mit Augenmass von Fall zu Fall überlegen und entscheiden muss, ohne dann gleich von Wortbruch zu sprechen. Die Mehrheit des Grossen Stadtrates hat das heute bei AHIZ so gemacht, der Stadtrat hat es beim Neubad so gemacht. Der Sprechende glaubt, solche Neubeurteilungen gehören zum politischen Prozess. Er ist aber wirklich überrascht, mit welchen Worten hier drin Leute angegriffen werden wegen eines Betrags von 70'000 Franken.

Albert Schwarzenbach: Die CVP-Fraktion hat sich intensivst mit dem Thema Neubad befasst. Sie ist von Anfang an irgendwie mit dem Neubad verbunden, weil sie nämlich zwei Stühle gespendet hat. Das Neubad hat inzwischen sogar eine gewisse nationale Bedeutung. Der Sprechende selber hatte Gelegenheit, verschiedene Anlässe im Neubad zu besuchen. Er weiss die Leistung der Leute, die das Neubad unter schwierigen Bedingungen aufgebaut haben, sehr wohl zu schätzen. Das ist aber auch nicht das, was die CVP-Fraktion bemängelt. Die Wertschätzung der Fraktion gegenüber dem Projekt ist gross. Das Problem war eigentlich nur, dass man plötzlich im Budget eine solche Position hatte. Diese wurde dann zwar erklärt, aber 24 Stunden später berichtete die Zeitung bereits über eine zweite solche Position. Auf dieses Verfahren bezieht sich das Unbehagen der Fraktion, nicht auf das Neubad an sich. Bei der Abstimmung zu dieser Position wird die CVP-Fraktion nicht geschlossen sein, denn wenn man

die beiden Aspekte, welche der Sprechende jetzt erwähnte, nebeneinanderhält, kann man verschiedene Schlüsse daraus ziehen.

Peter With: Dass der Stadtrat Fehler macht, kann passieren. Wenn allerdings der Fehler 140'000 Franken kostet, ist es ein gröberer Fehler. Der Stadtrat hat klar kommuniziert, es werde kein Geld für das Neubad fließen, und das muss er einhalten. Der Sprechende betont noch einmal, dass das in keiner Weise eine Kritik am Verein Neubad oder an den Aktivitäten dort sein soll. Das hat nichts damit zu tun. Aber gerade der Verein Neubad hat gesagt, die kleine Dauer, in welcher das Neubad geöffnet sein würde, genüge nicht, um die Investitionen, die es hat, zu amortisieren, insbesondere weil noch Brandschutzvorschriften hinzukommen, mit welchen man offenbar nicht gerechnet hatte. Jetzt gibt es einen längeren Betrieb, und deshalb wird argumentiert, infolge des längeren Betriebs könne man es nicht finanzieren. Das geht nach Ansicht des Sprechenden irgendwie nicht auf. Auch ist es nicht unbedingt ein Zeichen von Transparenz, wenn in einer Jahresrechnung von 300 Seiten mit über einer halben Million Zahlen irgendwo auf Seite 243 diese 150'000 Franken aufgeführt sind. Man hätte deutlicher auf diese Bürgerschaft aufmerksam machen können.

Der Sprechende hat jetzt auch gehört, bei den im Budget vorgesehenen 70'000 Franken seien die Ausgaben noch gar nicht geplant, man warte noch auf die Gesuche. Aber es ist ja klar, dass diese Gesuche gestellt werden, falls der Grosse Stadtrat den Betrag von 70'000 Franken wirklich bewilligt.

Die Konsequenz für neue Zwischennutzungen ist klar: Im Prinzip können die Bewerber bei ihren Offerten, die sie eingeben, schreiben, was sie wollen; sie wissen, dass sie dann später schon irgendwie vom Stadtrat noch einen Beitrag erhalten. Das geht nach Ansicht der SVP-Fraktion einfach nicht. Und wenn der Sprechende hört, wie unverzichtbar das Neubad geworden sei, dann wartet er nur darauf, dass zum Zeitpunkt, wo es darum gehen würde, das Areal dort zu entwickeln, eine Initiative eingereicht wird, das Neubad müsse bleiben.

Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst denkt, dass diejenigen, die jetzt sagen, das Neubad sei etwas Wunderbares, aber gleichzeitig verlangen, dass der Stadtrat seine Position nicht ändern darf und beim Nein bleiben muss, ein bisschen Kreide gegessen haben.

Sie versteht nicht ganz, dass man von Vertrauensbruch und Verarschung spricht. Die Bürgerschaft ist im Jahresbericht ausgewiesen, wie Christian Hochstrasser richtig festhielt. Es ist alles transparent. Wenn der Stadtrat wirklich etwas verheimlichen möchte, könnte er einen solchen Betrag sicher irgendwo unterbringen, wo man es gar nicht merkt. Aber der Stadtrat hat alles transparent gemacht. Damals bei der Beantwortung der Interpellation ging die Sprechende von anderen Voraussetzungen aus. Sie sagt es noch einmal: das tut ihr leid. Sie hält es aber nicht für gerechtfertigt, das jetzt derart aufzubauschen. Das ist höchstens politisch gerechtfertigt, um jemanden vors Schienbein zu treten. Das kann die Sprechende aber gut wegstecken. Sie dankt Joseph Schärli für die Absolution, die sie allerdings eher aus der Ratsmitte erwartet hätte. Der Stadtrat hat sich um Transparenz bemüht, und wenn er etwas falsch gemacht hat, dann steht er auch dazu. Das kann man kritisieren, aber man könnte es auch anerkennen.

Stadtpräsident Stefan Roth bezieht die geäusserte Kritik im gleichen Ausmass auch auf sich, da er zusammen mit Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst an der GPK-Sitzung zum Vor-

anschlag 2016 war. Der Stadtrat ging bei der Vorbereitung dieser Budgetposition zu wenig proaktiv vor; das war ein Fehler, für welchen sich der Sprechende entschuldigt. Der Stadtrat ist immer transparent. Wenn jemand das nicht so sehen würde, müsste er dem Sprechenden sagen, wann das nicht der Fall gewesen sein sollte.

Zum Neubad: Das Neubad versteht sich quasi als Haus für Luzern, als Ort, wo Kreativwirtschaft tatsächlich stattfindet. Der Sprechende hat sich im Rahmen von volkswirtschaftlichen Fragen mit Kreativwirtschaft auseinandergesetzt; er kann wirklich festhalten: Wenn an einem Ort Kreativwirtschaft als Start-up stattfindet, dann ist das tatsächlich im Neubad.

Das Neubad als solches ist eine Erfolgsgeschichte. Im Jahresbericht 2014 steht, dass es dort 200 öffentliche Veranstaltungen gab und mehr als 100 private Anlässe, dass 20'000 Leute das Bistrot besuchten und die Tendenz steigend ist. Deshalb denkt der Sprechende, dass die Legislative zusammen mit der Exekutive etwas Gutes gemacht hat, als sie beschloss, dieses Gebäude für die jetzige Zwischennutzung abzugeben. Man darf zudem nicht vergessen, dass das Neubad auch Arbeitsplätze bietet. Heute hat der Grosse Stadtrat ja auch über einen Abbau von Arbeitsplätzen diskutiert, es ging dabei um den Bereich der Reinigung. Im Neubad werden eben auch neue Arbeitsplätze kreiert, nämlich Arbeitsplätze genau in dem Bereich der Wirtschaft, zu welchem es im Wirtschaftsbericht heisst, dass es in dieser Stadt kreative Leute braucht. In diesem Sinn bittet der Sprechende die Mitglieder des Grossen Stadtrates, dem Programmbeitrag von 70'000 Franken im Budget zuzustimmen.

Nico van der Heiden: Joseph Schärli und Fabian Reinhard haben beide die Befürchtung geäussert, aus der Zwischennutzung im Neubad könnten weitergehende Ansprüche entstehen. Der Sprechende will dazu Folgendes festhalten: Für die SP/JUSO-Fraktion ist es klar, dass es eine Zwischennutzung ist. Es ist nicht etwas, was auf Dauer installiert wird. Die Fraktion steht zu dieser Zwischennutzung; sie kann nichts dafür, dass die Zwischennutzung dort nun länger dauert, bis 2020 und nicht nur bis 2017. Darüber ist die Fraktion zwar nicht unglücklich, aber anlasten kann man es ihr nicht, auch nicht dem Verein Neubad. Der Verein hat bis 2017 kalkuliert. Zu Peter With bemerkt der Sprechende, dass er keine Angst zu haben braucht, die Zwischennutzung dauere noch über 2020 hinaus, denn auf diesem Areal ist ja ein grosser Anteil gemeinnütziger Wohnungsbau geplant.

Der Grosse Stadtrat lehnt den Antrag der SVP-Fraktion, den Betrag von 70'000 Franken für das Neubad zu streichen, ab.

Antrag, Seite 163 f.

Katharina Hubacher: Die G/JG-Fraktion hat es heute schon mehrmals angekündigt, dass sie gegen das Budget 2016 das Referendum ergreifen wird. Sie hat es absichtlich früh, bereits vor der heutigen Debatte, angekündigt, in der Hoffnung, das eine oder andere Mitglied in diesem Rat werde es sich noch einmal überlegen, ob wirklich alle diese Sparmassnahmen, die heute beschlossen wurden und mit diesem Budget festgelegt werden, durchgeführt werden müssen. Am Vormittag konnten die Mitglieder des Grossen Stadtrates auch hören, dass die Rechnung dieses Jahres wahrscheinlich mit einem relativ grossen Überschuss abschliessen wird. In Anbetracht dieser Tatsache, und in Anbetracht der Tatsache, dass die Stadt ja nicht zwingend 14 Mio. Franken sparen muss, hat die G/JG-Fraktion noch einmal gehofft, es wür-

den sich ein paar Stimmen anschliessen, um die eine oder andere Massnahme aus dem Sparpaket hinauszukippen. Wenn die G/JG-Fraktion jetzt das Referendum ergreift, geht es ihr um die drei Massnahmen, die heute schon mehrmals besprochen wurden. Die Fraktion wird das auch so kommunizieren. Diese drei Massnahmen sind die Quartierarbeit, IF und DaZ. Diese drei tun sehr weh, und deshalb will die G/JG-Fraktion nicht, dass sie in diesem Mass umgesetzt werden. Alle anderen Massnahmen wird die Fraktion nicht angreifen, obschon sie ihr auch wehtun und sie deshalb auch entsprechende Anträge gestellt hat. Aber diese anderen Massnahmen, das ist der Fraktion klar, werden jetzt so umgesetzt. Es geht beim Referendum nur um die genannten drei Massnahmen.

Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann: Die Abstimmung zum Beschlussesantrag bezieht sich auf die bereinigte Fassung, die den Mitgliedern des Grossen Stadtrates jetzt gerade ausgeteilt wird. Weil die Sparmassnahme 19 gestrichen wurde, ändern sich ein paar Zahlen bei der Ziffer I. 1.

- I. **Der Grosse Stadtrat stimmt der geänderten Ziffer I mit 26 : 17 : 0 Stimmen zu.**
- II. **Der Grosse Stadtrat stimmt der Überführung des Grundstücks Grabenstrasse 2 vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen zu.**

Der Beschluss lautet:

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme der Vorlage des Stadtrates betreffend den Voranschlag der Stadt Luzern, ferner des Antrages auf Bezug einer Gemeindesteuer und eines Feuerwehropflichtersatzes, gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission, in Anwendung von Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 68 lit. a und Art. 69 lit. a Ziff. 1 und lit. b Ziff. 9 und 10 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999, Art. 51a des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000 sowie Art. 11 des Reglements über den Fonds zur allgemeinen Förderung von Kultur und Sport vom 27. Juni 1991,

beschliesst:

- I.
 1. Festsetzung des Voranschlages 2016 für die Laufende Rechnung mit einem Gesamtaufwand von Fr. 611'999'900.– und einem Gesamtertrag von Fr. 612'748'300.–, somit einem Ertragsüberschuss von Fr. 748'400.–,

darin enthalten:

- a) die Globalbudgets von:

Volksschule

Nettokredit:

Fr. 70'543'900.– (Mehraufwand Finanzbuchhaltung)

bzw. Fr. 91'008'531.– (Mehraufwand inkl. kalkulatorischer Kosten)

Tiefbauamt

Nettokredit: Fr. 17'752'500.– (Mehraufwand Finanzbuchhaltung)
bzw. Fr. 37'844'408.– (Mehraufwand inkl. kalkulatorischer Kosten)

Liegenschaften Finanzvermögen

Nettokredit: Fr. 8'927'600.– (Ertrag Finanzbuchhaltung)
bzw. Fr. 404'271.– (Mehraufwand inkl. kalkulatorischer Kosten)

Geoinformationszentrum

Nettokredit: Fr. 260'000.– (Ertrag Finanzbuchhaltung)
bzw. Fr. 236'491.– (Ertrag inkl. kalkulatorischer Kosten);

- b) der Fonds zur allgemeinen Förderung von Kultur und Sport mit einem Gesamtaufwand von Fr. 4'048'000.– und einem Gesamtertrag von Fr. 3'990'000.–.
- Kulturteil: Aufwand: Fr. 2'492'100.–, Ertrag: Fr. 2'660'000.– gemäss S. 143 im Voranschlag
Sportteil: Aufwand: Fr. 1'555'900.–, Ertrag: Fr. 1'330'000.– gemäss S. 144 im Voranschlag.
2. Festsetzung der politischen Leistungsaufträge von:
- | | |
|-------------------------------|-------------------------------|
| Volksschule | gemäss S. 43 im Voranschlag |
| Tiefbauamt | gemäss S. 69 im Voranschlag |
| Liegenschaften Finanzvermögen | gemäss S. 94 im Voranschlag |
| Geoinformationszentrum | gemäss S. 103 im Voranschlag; |
3. Festsetzung des Voranschlages 2016 für die Investitionsrechnung mit Bruttoausgaben von Fr. 53'459'000.–;
4. Festsetzung der Gemeindesteuer für das Jahr 2016 auf 1,85 Einheiten;
5. Festsetzung des Feuerwehropflichtersatzes
- 5.1 für verheiratete, in ungetrennter Ehe lebende Ersatzpflichtige, bei denen einer der Ehegatten der Ersatzabgabe nicht unterliegt, auf 1,5 % des steuerbaren Einkommens, mindestens Fr. 10.– und maximal Fr. 133.35;
- 5.2 für alle übrigen Ersatzpflichtigen auf 4,5 % des steuerbaren Einkommens, mindestens Fr. 30.– und maximal Fr. 400.–;
6. Ermächtigung des Stadtrates für die Beschaffung der notwendigen Mittel zur Finanzierung des städtischen Haushalts gemäss Voranschlag 2016 für die Laufende Rechnung und die Investitionsrechnung.

II.

Folgendes Grundstück wird (ohne Buchwert) per 1. Januar 2016 vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen übergeführt:

Grundstück 391, GB Luzern, r. U., Grabenstrasse 2; 893 m² (gemäss Erläuterung und Plan S. 93 im Voranschlag).

III.

Der Beschluss gemäss Ziffer I unterliegt dem fakultativen Referendum.

6.1 Dringliches Postulat 280, Simon Roth und Mario Stübi namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 30. Juni 2015: Verzicht auf Plakat-Rabatte für politische Parteien

Der Stadtrat lehnt das Postulat ab.

Simon Roth: Der Plakatvertrag wird neu ausgeschrieben. Dabei sollen die Rahmenbedingungen geändert werden. Dazu gehört, dass die Höchstpreise aufgehoben und im Gegenzug die Rabatte für politische Parteien und Organisationen auf 40 % erhöht werden. Mit den Rabatten will der Stadtrat einen Beitrag zur politischen Meinungsbildung leisten. Das ist im Grundsatz sicherlich begrüssenswert. Es stellt sich aber die Frage nach der Wirksamkeit dieser Massnahmen.

Zum einen ist es umstritten, in welchem Masse Plakate wirklich zur politischen Willensbildung beitragen. Andererseits, und sicherlich bedeutsamer, ist die Tatsache, dass mit diesem Instrument insbesondere diejenigen gefördert werden, die überhaupt die finanziellen Möglichkeiten haben, Plakate in grösserem Mass aufzuhängen. Anders gesagt: Wer hat, dem wird gegeben.

Und leider sind es ja nicht unbedingt die städtischen Parteien, die über einen grösseren finanziellen Spielraum verfügen, sondern es sind zum Teil die nationalen Parteien und insbesondere grosse Verbände wie Economiesuisse, Gewerbeverband oder einzelne Gewerkschaften.

Damit wird deutlich, dass das eigentliche Ziel dieser Rabatte verfehlt wird. Gerade deswegen, weil die grossen Player auf diese Rabatte gar nicht angewiesen sind.

Deshalb fordert das nun zur Diskussion stehende Postulat einen Verzicht auf diese Rabatte. Damit kann ein Beitrag an die Stadtkasse geliefert werden. Gleichzeitig ist aber der Stadtrat gefordert, einen Teil der Mehreinnahmen zur Unterstützung der demokratischen Meinungsbildung zu verwenden. Um sich eine eigene Meinung bilden zu können, muss man die verschiedenen Argumente kennen, die für und gegen ein Anliegen sprechen. Träger dieser Argumente sind in erster Linie die verschiedenen Parteien.

Der Stadtrat schreibt in seiner Antwort, es sei nicht zielführend, wenn das Stadtmagazin häufiger erscheint oder umfangreicher wird. Damit hat er zweifellos Recht. Das ist aber nicht die einzig denkbare Möglichkeit. Eine weitere Möglichkeit wird der Grosse Stadtrat gleich im Anschluss besprechen; es ist die Bereitstellung von geeigneten Flächen, auf welchen die Parteien selber Plakate installieren können. Damit wird statt Geld Engagement gefördert, was sicher begrüssenswert ist.

Eine weitere Möglichkeit liegt darin, dass ein Teil der Mehreinnahmen den Parteien zur freien Verfügung ausbezahlt werden könnte. Damit können die Parteien selbst entscheiden, wie sie die Unterstützung der Stadt einsetzen wollen, statt dass sie praktisch dazu gezwungen werden, Plakate zu schalten, notabene oft an Orten, die nicht wirklich publikumswirksam sind. Damit auch kleine Parteien, die nicht im Grossen Stadtrat vertreten sind, profitieren können,

müssten beim Verteilschlüssel alle Parteien berücksichtigt werden, die bei Wahlen angetreten sind. So könnten beispielsweise die Resultate der letzten Kantonsratswahlen im Wahlkreis Luzern Stadt ausschlaggebend sein.

Damit würde die Stadt nicht einfach die meist eher etwas fantasielose politische Plakatierung unterstützen, sondern sie gibt den Parteien Spielraum, Ideen umzusetzen, Engagement zu fördern und einen vielfältigen Beitrag zur politischen Meinungsbildung in dieser Stadt zu leisten – und gleichzeitig profitiert die Stadt von höheren Konzessionseinnahmen.

Der Sprechende bittet die Mitglieder des Grossen Stadtrates, dieses Postulat und im Anschluss die Motion zu überweisen.

Fabian Reinhard: Die Parteien sind darauf angewiesen, dass sie sichtbar sind und dass sie wahrgenommen werden. Die Leute müssen sehen, dass Wahlen oder Abstimmungen sind! Ein Mittel dazu sind Plakate im öffentlichen Raum. In der Stadt ist Wildplakatieren schwierig, und darum bleiben den Parteien fast nur die APG-Plakate. Die Stadt unterstützt die Plakatierung der politischen Parteien mit dem Rabatt, den sie mit der APG aushandelt. Das ist eine indirekte Subvention, und auch wenn es nur eine indirekte Subvention ist, so ist es doch eine Subvention. Die FDP-Fraktion ist überhaupt kein Freund von staatlichen Subventionen. Aus liberaler ordnungspolitischer Optik muss man bei solchen Subventionen sehr kritisch sein. Die FDP-Fraktion ist kritisch. Aus drei Gründen möchte sie aber das jetzige System nicht ändern:

1. Die Bedingungen sind für alle Parteien gleich. Die Parteien finanzieren den Grossteil ihrer Kampagnen selbst.
2. Die FDP-Fraktion ist der Ansicht, dass die Meinungsbildung in der Demokratie auch ihren Preis hat.
3. Das aktuelle System hat sich bewährt.

Was die Fraktion aber am Postulat wirklich stört, steht im letzten Teil. Die Mehreinnahmen sollen nämlich nicht allgemein in die Stadtkasse fliessen, sondern zur Förderung von Massnahmen für die demokratische Meinungsbildung verwendet werden. Das stört die Fraktion, denn sie sieht, dass es den Postulanten nicht um die Finanzen, sondern um etwas anderes geht. Die FDP-Fraktion ist nicht bereit, für solche Experimente ein bewährtes System aufzugeben. Sie ist gegen die Überweisung des Postulats.

Stefan Sägesser: Die GLP-Fraktion ist mit der Antwort des Stadtrates zufrieden, sie lehnt das Postulat ab. Der Sprechende hat nicht ganz verstanden, warum ausgerechnet die SP/JUSO-Fraktion ein sehr demokratisches Element, nämlich Plakate, die für alle erschwinglich sind, aus dieser Stadt eliminieren will. Man muss ja keinen Gebrauch davon machen, wenn man nicht will. Der Sprechende erinnert an die Anfänge der kleinen Partei GLP: Dank dieser Zuteilung, bei welcher es nicht um die Parteigrösse und auch nicht um den Geldsäckel, sondern rein um ein demokratisches Mittel geht, wurde der Partei ermöglicht, sichtbar zu sein. Die GLP-Fraktion ist heute immer noch dankbar, dass es das gibt. Für alle weiteren Parteien, die noch entstehen, ist das ein gutes Mittel, um sich zu zeigen, auch wenn der Sprechende bemängelt, dass die F4-Plakatstellen der APG im Moment nicht mehr zentral, sondern eher peripher sind. Sie werden auch von der Wirtschaft nicht mehr gross nachgefragt und sind also zu Randplakaten geworden. Aber man ist immerhin noch sichtbar. Das Einzige, was dem Sprechenden am Postulat gefällt, ist das, was Fabian Reinhard vorhin daran bemängelt hat: es wäre gut,

wenn man die politische Diskussion breiter abgestützt hätte, weil sie medial schwer durchgesetzt werden kann. Das Stadtmagazin ist vor allem im Hinblick auf junge Wählerinnen und Wähler nicht der richtige Ort dafür. Die Jungen gehen, wie man bei den letzten Wahlen sah, zwar an die Urne, aber im Verhältnis viel zu wenig, und sie sind politisch auch wenig präsent. Deshalb gibt der Sprechende dem Stadtrat die Anregung, er solle doch schauen, wie man junge Leute motivieren könnte, wählen zu gehen. Aber das ist nicht in erster Linie Sinn und Zweck dieses Postulats. Die GLP-Fraktion geht mit dem Stadtrat einig und lehnt das Postulat ab.

Laurin Murer: Nach Ansicht der G/JG-Fraktion ist es wichtig, dass die Bevölkerung am demokratischen Prozess teilnimmt und informiert ist. Deshalb hält die Fraktion Plakatwerbung grundsätzlich für ein gutes Medium. Die Fraktion findet es auch richtig, dass die politische Meinungsbildung von der Stadt mitfinanziert wird, sodass nicht nur Firmen und reiche Privatpersonen ihre Meinung zu einer Vorlage zeigen können.

Allerdings gibt es auch noch weitere Medien, z. B. Inserate in Zeitungen oder im Internet. Aber auch diese Kanäle kosten. Die G/JG-Fraktion begreift nicht, warum die Stadt nur die Plakate subventioniert. Deshalb steht die Fraktion den beiden Vorstössen 280 und 289 grundsätzlich positiv gegenüber. Sie will, dass alle politischen Gruppierungen in einem gewissen Rahmen ihre Meinung in der Öffentlichkeit kundtun können und dass die Stadt das auch weiterhin mitfinanziert. Ausserdem stellt die Fraktion sich vor, dass die Finanzierung in Zukunft nicht mehr relativ ist, so wie es jetzt mit diesen 40 % angedacht ist. Denn damit erhalten diejenigen viel, die schon viel haben. Sondern es soll einen Fixbetrag geben, der z. B. an die Parteien ausbezahlt wird, oder die Subventionierung soll mindestens nach oben limitiert sein. Wie genau der Zugang zur Finanzierung aussieht, ist für die G/JG-Fraktion zweitrangig. Ein Teil der Fraktion möchte eher ein System, wie es jetzt ist, sodass jeder davon profitieren kann. Ein anderer Teil der Fraktion könnte sich auch eine Kopplung an Parteien oder ähnliches vorstellen.

Noch kurz zum Vorstoss 289 mit den „wilden“ Plakatstandorten. Die G/JG-Fraktion hält das für eine gute und in vielen Gemeinden erprobte Idee. Allerdings sieht sie auch die Bedenken des Stadtrates aufgrund der besonderen Umstände in der Stadt. Trotzdem ist die Fraktion zuversichtlich, dass der Stadtrat geeignete Plätze finden wird – wenn es auch nicht ganze 20 Standorte sein werden.

Wenn der Stadtrat diese beiden Vorstösse clever kombiniert, wird er es bestimmt schaffen, auf der einen Seite noch einen Sparbetrag herauszuholen und auf der anderen Seite zu erreichen, dass die Politik in der Öffentlichkeit gut sichtbar ist. Das ist vermutlich heute das einzige Mal, wo auch die G/JG-Fraktion fürs Sparen ist.

Die G/JG-Fraktion wird die beiden Vorstösse überweisen, das Postulat 280 wie es ist, und die Motion 289 als Motion.

Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann fragt zurück: Die G/JG-Fraktion will also die Motion 289 als Motion überweisen?

Laurin Murer bestätigt das.

Thomas Gmür: Die CVP-Fraktion lehnt das Postulat 280 ab. In der Begründung kann sich der Sprechende grösstenteils Stefan Sägesser und Fabian Reinhard anschliessen. Es gilt noch Folgendes zu ergänzen: Von der Rabattierung profitieren können auch politische Gremien, Gruppierungen sowie Abstimmungs- und Wahlkomitees, und die haben in der Regel wenig oder gar kein Geld.

Der Grosse Stadtrat lehnt das Postulat 280 ab.

**6.2 Dringliche Motion 289, Peter With namens der SVP-Fraktion, Simon Roth namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Laurin Murer namens der G/JG-Fraktion, vom 14. September 2015:
Plakatstandorte für Parteien vor Wahlen und Abstimmungen**

Der Stadtrat nimmt die Motion als Postulat entgegen.

Ratspräsidentin Laura Grüter Bachmann: Laurin Murer als einer der drei Erstunterzeichner hat sich gerade vorhin geäussert, dass er mit der Entgegennahme der Motion als Postulat nicht einverstanden ist. Weil alle drei Erstunterzeichner mit der Entgegennahme als Postulat einverstanden sein müssten und das also nicht der Fall ist, wird die Motion 289 nur als Motion behandelt.

Peter With: Die SVP-Fraktion will natürlich auch, dass die Motion 289 als Motion überwiesen wird. Der Sprechende hat den Weg über die Verwaltung bereits versucht, und schon damals wurde eine Prüfung versprochen, die aber zu einer abschlägigen Antwort führte. Der Stadtrat argumentiert in seiner Stellungnahme vor allem mit den kostenpflichtigen Plakatstellen von Plakatgesellschaften; diese sind zwar reduziert, aber eben immer noch sehr teuer. Die Idee der Motion ist aber die, dass den Parteien wie in anderen Gemeinden verschiedene Standorte zur Verfügung gestellt werden. Das sollte in der Stadt Luzern doch auch gehen. Darum bittet der Sprechende die Mitglieder des Grossen Stadtrates, die Motion zu unterstützen.

Fabian Reinhard: Eine Augenweide sind die Wälder von Wildplakaten wirklich nicht. Das sieht man jeweils, wenn man über Land fährt. Aber wie der Sprechende schon vorhin sagte, sind die Parteien darauf angewiesen, dass sie sichtbar sind. Darum ist die FDP-Fraktion bereit, dieser Forderung zuzustimmen, und zwar unter folgenden Bedingungen:

1. Die Standorte müssen klar definiert sein.
2. Es muss eine ordentliche Plakatierung sichergestellt werden können, und ganz besonders darf die Verkehrssicherheit nicht gefährdet sein.
3. Die Stadtverwaltung muss die neue Aufgabe mit Augenmass und Verhältnismässigkeit angehen, das heisst, ohne dass sie dafür eine grosse Bürokratie aufbaut.

Unter diesen Bedingungen ist die FDP-Fraktion bereit, das Anliegen zu unterstützen.

Thomas Gmür: Die CVP-Fraktion lehnt die Motion ab. Natürlich ist es für die Parteien wichtig, sichtbar zu sein, aber während einer gewissen Zeit, in welcher die Wahlen stattfinden, sind

dann einfach alle anderen, die auch gerne sichtbar wären, z. B. kulturelle Institutionen, plötzlich nicht mehr sichtbar. Dann könnte zentral keine Werbung mehr für das Neubad oder für das Luzerner Theater oder für irgendeine andere Institution aufgehängt werden. Das ist eine Ungleichbehandlung vor allem auch denjenigen gegenüber, die z. B. kommerziell aufgestellt sind. Das müssten ja die Liberalen ein bisschen mehr beachten. Deshalb lehnt die CVP-Fraktion die Motion aus generellen Überlegungen ab.

Simon Roth: Die SP/JUSO-Fraktion stimmt der Motion aus generellen Überlegungen zu.

Der Grosse Stadtrat überweist die Motion 289.

Die Traktanden 7 bis 16 werden aus Zeitgründen auf die nächste Ratssitzung verschoben.

Schluss der Sitzung: 18.00 Uhr

Luzern, 7. Dezember 2015

Der Protokollführer:



Franz Lienhard

Eingesehen von:



Toni Göpfert, Stadtschreiber